Nach der Diktatur

Die Aufarbeitung von Gewaltherrschaften

Herausgegeben von
Peter Hoeres und Hubertus Knabe

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Originalausgabe: Peter Hoeres und Hubertus Knabe (Hrsg.), After Dictatorship. Instruments of Transitional Justice in Post-Authoritarian Systems, © 2023 bei den Autoren, Zusammenstellung © 2023 Peter Hoeres und Hubertus Knabe.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

ISBN 978-3-11-125083-0
e-ISBN (PDF) 978-3-11-125267-4
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-125290-2
DOI https://doi.org/10.1515/9783111252674

BY-NC-ND

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz. Weitere Informationen finden Sie unter https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/.

Library of Congress Control Number: 2023934903

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2023 bei den Autorinnen und Autoren, Zusammenstellung © 2023 Peter Hoeres und Hubertus Knabe, publiziert von Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston. Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über www.degruyter.com.
Einbandabbildung: GAPS / iStock Unreleased / Getty Images
Satz: bsix information exchange GmbH, Braunschweig
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort der Herausgeber —— 1

Einleitung

Peter Hoeres
Transitional Justice in historischer Perspektive —— 5

Afrika

Tadesse Simie Metekia
Äthiopien: Der Aufarbeitungsprozess nach der Derg-Ära —— 23

Julia Viebach
Ruanda: Vergangenheitsbewältigung nach dem Genozid —— 85

Hugo van der Merwe
Südafrika: Die offenen Rechnungen der Apartheid —— 161

Europa

Jonila Godole
Albanien: Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur —— 227

Südamerika

Veit Straßner
Argentinien: Nunca Más – Der lange Weg zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung —— 281

Ricardo Brodsky
Chile: Der demokratische Übergangsprozess nach Pinochet —— 345

Veit Straßner
Uruguay: Vergangenheitspolitik – Die Dialektik von Vergessen und Erinnern —— 391

Resümee

Hubertus Knabe
Was wirkt? Aufarbeitungsinstrumente im internationalen Vergleich — 477

Abkürzungen — 531

Bibliografie — 539

Die Autoren — 573

Register — 575

Veit Straßner

Argentinien: Nunca Más – Der lange Weg zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung

1 Diktaturerfahrung

Man kann Argentinien mit gutem Recht als krisen- und diktaturerfahren bezeichnen. Von den 35 Präsidenten, die das Land im 20. Jahrhundert regierten, kamen lediglich zehn durch freie Wahlen ins Amt. Die Machtübergabe von einer *gewählten* Regierung an die nächste *gewählte* Regierung stellte eher die Ausnahme als die Regel dar. Von 1930 bis zum Ende der letzten Militärdiktatur im Jahre 1983 waren 16 der insgesamt 24 Präsidenten Generäle.

Argentinien blickt somit zurück auf eine Tradition von Staatsstreichen und *de facto*-Regimen. Politische Gewalt prägte (und prägt in Teilen noch immer) die politische Kultur des Landes. Über viele Jahrzehnte hinweg waren auch die von Klientelismus geprägten politischen Parteien wenig erfolgreich, wenn es darum ging, politische Konflikte zu kanalisieren und auf parlamentarischem Wege zu klären.

1.1 Relevanter Zeitabschnitt

Die jüngste Militärdiktatur Argentiniens begann mit dem Staatsstreich der Streitkräfte am 24. März 1976 und endete mit der politischen und wirtschaftlichen Krise, die sich infolge der Niederlage gegen das Vereinigte Königreich im kriegerischen Konflikt um die Falkland-/Malvinas-Inseln zuspitzte. Im Oktober 1983 fanden demokratische Wahlen statt, am 10. Dezember 1983 wurde schließlich die Regierungsverantwortung in die Hände des Zivilisten Raúl Alfonsín übergeben, der die Wahlen für sich entschieden hatte.

1.2 Politischer Hintergrund

Um die Militärdiktatur (1976–1983), die Konfliktstruktur und die Repressionsmuster zu verstehen, ist es erforderlich, einen Blick auf die Vorgeschichte zu werfen[1]: Mit Juan Domingo Perón (1895–1974) übernahm 1943 eine der schillerndsten und charismatischsten Persönlichkeiten das Präsidentenamt. Dem *Caudillo* gelang es zunächst mit seiner antikommunistischen und sozial-paternalistischen Haltung, die Unterstützung

1 Sandra Carreras und Barbara Potthast, *Eine kleine Geschichte Argentiniens*. 2. Auflage, Frankfurt am Main 2013, S. 179–218.

Open Access. © 2023 Veit Straßner, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111252674-007

der wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte zu erlangen: der Streitkräfte, der katholischen Kirche und der Arbeiterschaft. Als Mitte der 1950er-Jahre die Spannungen mit der Kirche und den Streitkräften zunahmen, musste Perón – nach dem Krebstod (1952) seiner ebenfalls charismatischen und bei der Bevölkerung beliebten Ehefrau Eva („Evita") – nach einem Militärputsch 1955 ins spanische Exil fliehen. Seine Anhänger wurden von der Militärregierung brutal verfolgt, die Peronistische Partei wurde verboten. Perón selbst versuchte, die Bewegung von Spanien aus weiter zu steuern.

Im Jahr 1968 entstand die linksperonistische Stadtguerilla der *Montoneros*, die seit 1969 durch Terroraktionen, Entführungen und spektakuläre politische Aktionen die Rückkehr Peróns erzwingen wollten. Es gelang den *Montoneros* – nicht zuletzt durch breiten Rückhalt in der Bevölkerung –, umfassende klandestine Strukturen zu schaffen und die Regierung herauszufordern.

Im Kontext dieser politischen Gewalt entstanden landesweit weitere Guerilla-Gruppen wie etwa die 1970 gegründete trotzkistische *Ejercito Revolucionario del Pueblo* (ERP, Revolutionäre Volksarmee) im bergigen Nordwesten des Landes. Während die ERP durch die Streitkräfte niedergeschlagen wurde, stellten die *Montoneros* ihre terroristischen Aktivitäten erst ein, als 1973 Wahlen stattfanden, zu denen auch die Peronistische Partei zugelassen wurde. Juan Perón konnte nach Argentinien zurückkehren und übernahm nach einigen politischen Winkelzügen die Regierung.

Mittlerweile aber hatte sich Perón politisch-weltanschaulich von einem erheblichen Teil seiner links-peronistischen Gefolgschaft (und hier besonders von den *Montoneros*) entfernt. Enttäuscht nahm der linke Flügel der *Montoneros* den bewaffneten Kampf wieder auf. Die Situation spitzte sich weiter zu, als Juan Perón im Juli 1974 starb und seine glücklose dritte Ehefrau Isabell, die bislang Vizepräsidentin war, die Regierungsgeschäfte übernahm. Die politische Gewalt nahm weiter zu. Die teilweise aus regierungsnahen Kreisen unterstützte *Alianza Anticomunista Argentina* (AAA bzw. Triple A), eine rechtsextrem-parastaatliche Terrortruppe, tötete rund 200 *Montoneros*. Linke wurden verfolgt, Studierende zwangsexmatrikuliert, das Militär nahm Einfluss auf die Universitäten des Landes.

Insgesamt waren die Jahre vor der Diktatur von massiver politischer Gewalt geprägt, die von unterschiedlichen Seiten ausging. Die Präsidentin verhängte im November 1974 den Ausnahmezustand (der bis 1983 andauern sollte) und rekurrierte immer mehr auf das Militär, um die politische Gewalt zu kontrollieren. Es war offensichtlich, dass sie politisch nicht in der Lage war, das Land in dieser Situation zu führen. Erste Rücktrittsforderungen wurden laut. In seiner Weihnachtsbotschaft im Jahr 1975 setzte General Jorge Videla, der Oberkommandierende des Heeres, der Präsidentin eine Dreimonatsfrist.[2] Der Putsch am 24. März, also exakt drei Monate nach Weihnachten, kam somit nicht unerwartet.

2 Gerardo L. Munck, *Authoritarianism and Democratization: Soldiers and Workers in Argentina, 1976–1983*. University Park, Pennsylvania 1998, S. 50.

1.3 Ideologische Begründung

Die Streitkräfte bezeichneten ihr Programm als *Proceso de Reorganización Nacional*, also als Prozess zur Wiederherstellung der Nation. Sie wollten – so hielten sie es in der *Acta de Objectivos* fest – die Nation moralisch aufrichten, die nationale Sicherheit wiederherstellen und die Wirtschaft reformieren. So sollten die Voraussetzungen für die Rückkehr zu einer „authentischen repräsentativen Demokratie" geschaffen werden.[3]

Ihr Handeln rechtfertigten die Streitkräfte damit, dass sich das Land in einer Bürgerkriegssituation befände. Die Gefahr für die Nation ging der Logik des Kalten Krieges folgend von der vermeintlichen oder tatsächlichen „kommunistischen Bedrohung" aus. Die Streitkräfte stützten sich in ihrem Rechtfertigungsdiskurs auf die in Lateinamerika weitverbreitete „Doktrin der Nationalen Sicherheit". Diese sah die innere und äußere Sicherheit der Nation als oberstes Ziel allen staatlichen Handelns. Die Militärs gingen von einem inneren Kriegszustand aus. In ihrer Vorstellung konnte jeder Bürger eine potentielle Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellten. Es war somit Aufgabe des Staates, durch (Präventiv-)Maßnahmen drohende Aufstände oder Revolutionen niederzuschlagen. Die ursprünglich zwischenstaatliche Kriegslogik wurde so auf die Innenpolitik übertragen. Zur Subversionsbekämpfung wurde den mit diesen Aufgaben betrauten Einheiten weitgehend freie Hand gelassen. Somit konnten massive Beschränkungen der Bürgerrechte (Zensur, Beschneidung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit etc.) gerechtfertigt werden. Ebenso wurden Grund- und Menschenrechte sowie das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit dem obersten Ziel der „Nationalen Sicherheit" untergeordnet.[4]

1.4 Strukturen, Ausmaß und Formen der Verfolgung

Die Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte bildeten gemeinsam die *Junta Militar*. Sie stellten das sichtbare Zentrum der politischen Macht dar. Schlüsselpositionen wurden mit Militärangehörigen, zunehmend aber auch mit sympathisierenden Zivilisten besetzt, sodass man in Argentinien auch oft von der *dictadura cívico-militar* spricht.

Auf der operativen Ebene war die Verfolgung dezentral organisiert. Das Flächenland Argentinien war in fünf Zonen, weitere Subzonen und *áreas* unterteilt, die jeweils dem Kommando einzelner Teilstreitkräfte bzw. Truppenteile unterstellt waren.[5]

---

3 David Pion-Berlin, „The Fall of Military Rule in Argentina: 1976–1983", *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 27/2 (1985). S. 55–76, hier S. 57.

4 José Comblin, *The Church and the National Security State.* Maryknoll 1979.

5 Unter https://www.mpf.gob.ar/plan-condor/estructura-represiva-argentina/ (letzter Zugriff: 16.10.2022) findet sich eine Übersicht über territoriale Zuständigkeiten. Diese Unterteilung ging bereits auf politische Entscheidungen aus dem Jahr 1975 zurück, als die Zuständigkeiten der Streitkräfte für

Die Repression ging im Wesentlichen auf die Streitkräfte, die Militärpolizei und -geheimdienste zurück. Die zivilen Ordnungs- und Sicherheitskräfte waren nur teilweise eingebunden. Häufig wurden die lokalen Polizeikräfte im Vorfeld von Militäroperationen angewiesen, sich aus bestimmten Gebieten und Stadtteilen zurückzuziehen.

Die konkrete Repression erfolgte jedoch nur selten durch Uniformierte. Vielmehr wurden die Operationen von Einsatzkommandos in Zivilkleidung und mit zivilen Fahrzeugen ohne Kennzeichen durchgeführt.[6] Die Behörden versuchten erst gar nicht, ihren Praktiken durch Kriegsgerichte o. ä. einen legalen Anschein zu verleihen. Vielmehr leugneten die Streitkräfte jede Verbindung mit den Verhaftungen etc.

Über das ganze Land verteilt gab es 762 geheime Haft- und Folterzentren, in denen die Gefangenen festgehalten und in der Regel unter Anwendung physischer und psychischer Gewalt verhört wurden.[7] Viele dieser Verschleppten „verschwanden" anschließend; offizielle Hinrichtungen auf der Grundlage von (Kriegsgerichts-)Urteilen gab es nicht. Viele Leichen oder auch sedierte Häftlinge wurden über dem Meer oder dem Río de la Plata abgeworfen, unzählige Leichen in Massengräbern verscharrt oder verbrannt. Daneben standen außergerichtliche Exekutionen, willkürliche Verhaftungen und Folter auf der Tagesordnung. Es wurden schätzungsweise 30.000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert. Bei rund 7.000 Personen dauerte die Haft länger als einen Monat. Viele Personen wurden unter Hausarrest gestellt oder nach einer Verhaftung unter strengen Meldeauflagen entlassen (*libertad vigilada*). Rund eine halbe Million Argentinier musste als direkte oder indirekte Folge der Repression ins Exil fliehen.[8]

Die Militärs hatten das Land innerhalb kurzer Zeit unter ihre Kontrolle gebracht und die Medien strenger Zensur unterworfen. Politisch unliebsame Personen und Gruppierungen wurden geheimdienstlich überwacht[9], das zivilgesellschaftliche Leben

---

den Antisubversionskampf festgelegt wurden. Vgl. Directiva del Comandante General del Ejército, N° 404/75; ediert in: *Documentos del Estado terrorista*, comp. Rosa Elsa Portugheis (Buenos Aires: Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación. Secretaría de Derechos Humanos, 2012), S. 15–107.

6 CONADEP – Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas, *Nunca Más. Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas*, 3a ed. (Buenos Aires: Editorial de la Universidad de Buenos Aires, 1984), S. 17–22.

7 Eine Auflistung der geheimen Haft- und Folterzentren findet sich unter https://www.argentina.gob.ar/sites/default/files/6._anexo_v_listado_de_ccd-investigacion_ruvte-ilid.pdf (letzte Zugriff: 16.10.2022); der Bericht der CONADEP ging noch von rund 340 dieser Zentren aus (CONADEP, *Nunca Más*, S. 54–78).

8 Peter John King, „Comparative Analysis of Human Rights Violations under Military Rule in Argentina, Brazil, Chile, and Uruguay", *Statistical Abstract of Latin America* 27 (1989), S. 1043–1065, hier S. 1062; exakte Daten über das Ausmaß von politischer Haft und Exil liegen nicht vor (vgl. Silvina I. Jensen und Maria L. Montero, „Prisión política y destierro en la Argentina dictatorial: Materiales y preguntas para la construcción de nuevos objetos de estudio", *Izquierdas* 26 (2016), S. 99–122.)

9 Veit Straßner, „‚*Falsos cristianos*' – Die progressive Kirche Lateinamerikas in der Sichtweise ihrer politischen Gegner, in Margit Eckholt (Hrsg.), *Religion als Ressource befreiender Entwicklung: 50 Jahre nach der 2. Konferenz des lateinamerikanischen Episkopats in Medellín: Kontinuitäten und Brüche*, Ostfildern 2019, S. 99–120, hier S. 113–118.

weitgehend beschnitten. Es war das Anliegen der Militärregierung, der „Subversion“ den möglichen Nährboden zu entziehen. Flankiert wurden diese Maßnahmen durch harte neoliberale Wirtschaftsreformen, die auch deshalb möglich wurden, weil nicht mehr mit dem Widerstand der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften zu rechnen war.

Zur Charakterisierung der argentinischen Militärdiktatur hat sich schon früh der Begriff „Staatsterrorismus“ etabliert. Bereits der Abschlussbericht der 1983 direkt nach dem Ende der Diktatur eingesetzten Wahrheitskommission CONADEP spricht an mehreren Stellen vom *terrorismo de estado*.[10] Auch heute wird dieser Begriff von offizieller Seite verwendet, um die Jahre 1976 bis 1983 zu charakterisieren. Für den aus Argentinien stammenden Politikwissenschaftler und Rechtsphilosophen Ernesto Garzón Valdés kennzeichnen folgende Aspekte den „Staatsterrorismus“: (i) die Annahme, dass es einen „vertikalen Krieg“ gäbe, bei dem ein (oftmals über Ländergrenzen hinweg agierender) Feind alle Ebenen der Gesellschaft infiltriert habe und versuche, die bestehende (Werte-) Ordnung zu zerstören; (ii) die Aufhebung rechtsstaatlicher Normen; (iii) die heimliche Anwendung von Maßnahmen wie Folter und Mord durch staatliche Organe; und (iv) die diffuse Anwendung von gewaltsamen Mitteln zum Entzug von Freiheit, Eigentum oder Leben. Hierbei bleibt es für die Betroffenen und die Gesellschaft oft unklar, wer der Urheber dieser Gewaltmaßnahmen ist. Durch Gewalt gegen Unschuldige wird versucht, die Wirkung dieses „Terrors“ zu verstärken.[11] All diese Aspekte treffen auf den Staatsterrorismus der argentinischen Militärdiktatur zu.

1.5 Opfergruppen

Die dominante Opfergruppe der argentinischen Militärdiktatur waren zweifellos die *Detenidos Desaparecidos* – sowohl hinsichtlich der Repressionsmuster, als auch in der öffentlichen Wahrnehmung und bei der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen. Es handelt sich hierbei um Personen, die verhaftet bzw. verschleppt wurden und deren Spuren sich anschließend verloren. Die Verhaftungen wurden von offizieller Seite bestritten und die Häftlinge häufig in andere Haftzentren verlegt, sodass es für die Angehörigen nahezu unmöglich war, deren Verbleib zu rekonstruieren.

Die Menschenrechtsbewegung sprach (und spricht noch immer) von 30.000 Verschwundenen. „Los 30.000“ ist in Argentinien zu einem feststehenden Begriff gewor-

10 Die CONADEP wurde umgehend nach der Rückkehr zur Demokratie von Präsident Raúl Alfonsín eingesetzt. Ihr Auftrag war, das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären. Mit ihrem Abschlussbericht legte die Kommission den Grundstein für alle weiteren Aufarbeitungsschritte. Auch wenn sie in der überwiegenden Mehrheit der Fälle keine Klarheit über den Verbleib der Verschwundenen schaffen konnte, so legte sie doch die Systematik der Verfolgung offen. Ausführliche Informationen finden sich in Abschnitt 2.10.1.

11 Ernesto Garzón Valdés, „El Terrorismo de Estado (El problema de su legitimación e ilegitimidad),“ *Revista de Estudios Políticos (Nueva Época)* 65 (1989), S. 35–55, hier S. 38 f.

den, auch wenn diese Zahl nicht sicher belegt werden kann. Die von der ersten demokratischen Regierung nach dem Ende der Diktatur eingesetzte Wahrheitskommission CONADEP dokumentierte 8.961 Fälle von Verschwundenen. Raúl Alfonsín, der erste Staatspräsident nach der Diktatur, räumte jedoch selbst ein, dass es sich bei den Ergebnissen zwangsläufig um eine „offene Liste" handle.[12]

Arbeiter und Angestellte machen 48,1 % der Verschwundenen aus, 10,7 % waren Akademiker, 21 % Studenten. 81,39 % waren zwischen 16 und 35 Jahre alt. Der Bericht der CONADEP macht keine Angaben zu möglichen politischen Bindungen der Verschwundenen. Viele von ihnen gehörten jedoch den *Montoneros* oder linksperonistischen Strömungen an oder waren in marxistischen Gruppierungen aktiv. Aber auch andere progressive Kräfte sowie etwa sozial engagierte kirchliche Gruppierungen und Personen gerieten in den Fokus der Repression.

Da sich unter den politischen Aktivisten der 1970er-Jahre auch viele Frauen befanden, war der Frauenanteil unter den Verschwundenen mit 30 % besonders hoch. Rund 10 % dieser Frauen waren zum Zeitpunkt ihrer Entführung schwanger.[13] Teilweise wurden schwangere Gefangene bis zur Geburt des Kindes am Leben gelassen: Die Kinder wurden anschließend von Militärangehörigen oder Bekannten der Folterer adoptiert oder unter falscher Identität als eigene Kinder eingetragen. Ähnlich erging es Kleinkindern, die zusammen mit ihren Eltern verschleppt worden waren. Die CONADEP registrierte 172 solcher Fälle; die *Abuelas de Plaza de Mayo*, der Zusammenschluss der Großmütter, die nach ihren verschleppten Enkeln suchen, gehen von bis zu 500 solcher illegalen Adoptionen aus.[14] Die Suche der *Abuelas* dauert bis heute an. Im Jahr 2019 konnten die Identität und der Verbleib des *nieto 130*, des 130. Enkels, geklärt werden.

Wenngleich es in Argentinien eine große Bandbreite an Menschenrechtsverletzungen gab, spielten die anderen Opfergruppen in der öffentlichen Auseinandersetzung eine untergeordnete Rolle. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich: In Anbetracht des Schicksals der Verschwundenen erschien es vielen Überlebenden als unangemessen, ihren eigenen Opferstatus und ihre eigenen Rechte einzufordern. Zugleich waren für viele die Repressionserfahrungen schambehaftet. Auch von Seiten der Gesellschaft wurde ihnen oftmals nicht das gleiche Maß an Verständnis und Mitgefühl entgegengebracht.[15]

---

12 CONADEP, *Nunca Más*, S. 293.

13 Ebd., S. 294 ff.

14 Ebd., S. 299 ff.; Ruth Fuchs, *Staatliche Aufarbeitung von Diktatur und Menschenrechtsverbrechen in Argentinien: Die Vergangenheitspolitik der Regierungen Alfonsín (1983–1989) und Menem (1989–1999) im Vergleich.* Hamburg 2003, S. 115.

15 Veit Straßner, „From Victimhood to Political Protagonism: Victim Groups and Associations in the Process of Dealing with a Violent Past", in Thorsten Bonacker und Christoph Safferling (Hrsg.), *Victims of International Crimes: An Interdisciplinary Discourse*, Den Haag 2013, S. 331–344, hier S. 335 f.

1.6 Verantwortliche

Der argentinische Staatsterrorismus war durch ein hohes Maß an Verschleierung gekennzeichnet. Das Land selbst war in Zonen unterteilt, die unter der Aufsicht der unterschiedlichen Waffengattungen standen. Beteiligt waren neben den Verantwortlichen auf politischer Ebene auch Tausende von Offizieren und niederen Rängen aller Gliederungen der Streit- und Sicherheitskräfte. Darüber hinaus waren polizeiliche Einheiten, unterschiedliche (Polizei- und Militär-)Geheimdienste und andere staatliche Organe in den Repressionsapparat eingebunden.[16]

Die politische Verantwortung lag bei den Mitgliedern der Regierungsjunta und jenen Generälen und Offizieren, die in verantwortlichen Positionen die einzelnen Zonen und Subzonen leiteten. Die operative Verantwortung ist aufgrund der dezentral-subsidiären Strukturen der Repression sehr viel diffuser und schwerer zu greifen.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang Statistiken der Menschenrechtsorganisation *Centro de Estudios Legales y Sociales* (CELS) von Ende 2017 zur strafrechtlichen Aufarbeitung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit.[17] Von den bis 2017 insgesamt 3.123 angeklagten Personen waren die meisten (85 %) aktive oder ehemalige Mitglieder der Streitkräfte. 11 % Prozent der Beschuldigten in den Menschenrechtsprozessen waren Zivilisten. Davon machten Mitglieder der Justiz (21 %) und zivile Mitarbeiter der Geheimdienste (22 %) die größte Gruppe aus. Weitere 10 % der zivilen Beschuldigten waren Mitarbeiter aus dem Gesundheitswesen; 12 % der Anklagen bezogen sich auf Personen, die Kinder von Verschwundenen als ihre eigenen Kinder ausgegeben hatten.

Die Verfahren gegen Zivilisten spiegeln eine generelle Tendenz bei der Frage nach den Verantwortlichkeiten im argentinischen Staatsterrorismus wider: Nach dem Ende der Diktatur konzentrierte sich die Schuldfrage zunächst auf die Streitkräfte. Mit den Jahren wurde dann auch die Frage gestellt, welche gesellschaftlichen und politischen Konstellationen den Staatsstreich begünstigten. So wurde der Blick auch auf andere Akteure gerichtet, die Verantwortung für die Verbrechen der Diktatur trugen. In diesem Zusammenhang werden seither auch die Verantwortlichkeiten der Kirche, der Unternehmerschaft und weiterer ziviler Akteure thematisiert.

16 Maria Soledad Catoggio, „La última dictadura militar argentina (1976–1983): la ingeniería del terrorismo de Estado“, in *Online Encyclopedia of Mass Violence* (2010), verfügbar unter: http://www.mass-violence.org/PdfVersion?id_article=485 (letzter Zugriff: 16.10.2022).

17 Die Täterstatistik findet sich unter https://www.cels.org.ar/web/estadisticas-delitos-de-lesa-humanidad/.

1.7 Orte der Verfolgung

Die Repression war in Argentinien dezentral organisiert. Das Land war unter den Streitkräften in unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche unterteilt und in Subzonen und *áreas* untergliedert. Durch diese subsidiäre Repressionsstruktur konnten die Streitkräfte das Land effektiv kontrollieren. Schwerpunkte der Repression bildeten freilich die Großstädte und Universitätsstandorte. Besonders im Großraum Buenos Aires ereignete sich ein erheblicher Teil der Menschenrechtsverletzungen. Aber auch andere Städte wie etwa Córdoba waren in besonderer Weise von der Repression betroffen. Wegen der verstärkten Guerilla-Aktivitäten in den 1970er-Jahren waren aber auch ländliche Regionen wie der Nordwesten Argentiniens und vor allem die Provinz Tucumán Schauplatz zahlreicher Verbrechen.

Die Repression erstreckte sich auf das gesamte Staatsgebiet. Über das Land verteilt – selbst im abgelegenen Feuerland – gab es 762 *Centros Clandestinos de Detención* (CCD, geheime Haftzentren), von denen die meisten auf dem Gelände von Einrichtungen der Provinzpolizei, des Heeres oder der Bundespolizei lagen.[18] Unter diesen Zentren gelten einige als besonders emblematisch, weil dort außerordentlich viele Menschen inhaftiert, gefoltert und getötet wurden. Zu den bedeutendsten CCDs gehören die *Escuela Mecánica de la Armada* (ESMA) und *El Vesubio* in Buenos Aires sowie *La Perla* in Córdoba.

1.8 Form der Überwindung des Verfolgungsregimes

Im März 1981 stand ein turnusgemäßer Wechsel an der Spitze der Militärjunta an: General Videla (Heer) übergab das Präsidentenamt an General Roberto Viola (ebenfalls Heer). Es zeichnete sich eine leichte politische Entspannung ab: Die informelle Arbeit der Parteien wurde toleriert, es gab erste Dialogbemühungen mit der sich reorganisierenden Opposition. Wahlen wurden für das Jahr 1984 in Aussicht gestellt. Die Opposition nutzte die sich ihr bietenden Handlungsspielräume. Mitte des Jahres 1981 gründete sich die *Multipartidaria Nacional*, ein oppositionelles (Parteien-)Bündnis, das die Rückkehr zur Demokratie forderte.

Es kam in der Folge zu Richtungskonflikten innerhalb der Junta, die dazu führten, dass der dialogoffene General Viola im Dezember 1981 durch General Leopoldo Galtieri, einen Hardliner, ersetzt wurde. Die Bemühungen, die Entwicklungen rückgängig zu machen, blieben jedoch erfolglos. Die Proteste ließen sich nicht mehr unterbinden, Streiks lähmten das Land. Um von der innenpolitischen Krise abzulenken und nach innen und außen Handlungsfähigkeit zu zeigen, beschloss die Militärführung, die

18 Eine nach Regionen gegliederter Auflistung der geheimen Haftzentren findet sich unter https://www.argentina.gob.ar/sites/default/files/6._anexo_v_listado_de_ccd-investigacion_ruvte-ilid.pdf (letzter Zugriff: 16.10.2022).

Falkland-/Malvinas-Inseln „zurückzuerobern“, die seit 1833 von Großbritannien besetzt und von Argentinien beansprucht werden. Die Strategie zeigte kurzfristige Erfolge: Angesichts des Konfliktes mit dem äußeren Feind Großbritannien traten die inneren Konflikte in den Hintergrund. Patriotische Gefühle überdeckten die innenpolitische Krise.

Jedoch hatte das Regime nicht mit der entschlossenen Reaktion der Thatcher-Regierung gerechnet, die umgehend ihre Flotte in den Südpazifik schickte. Von der Gegenwehr Großbritanniens überrascht, zeigte sich schnell, dass die argentinische Militäroperation nicht gründlich geplant war und dass weder die Führung noch die Soldaten selbst auf tatsächliche Kampfhandlungen vorbereitet waren.

Der Krieg war nach 72 Tagen beendet. Er kostete fast 2.000 Menschenleben und rund zwei Mrd. US-Dollar. Es war für die Streitkräfte mehr als nur eine militärische Niederlage. Sie hatten in ihrem ureigensten Kompetenzbereich, der Kriegsführung und Landesverteidigung, versagt. Die Planungsfehler und die offensichtliche Korruption beförderten die politische und moralische Delegitimation der Militärregierung. Die wenig ruhmreiche Kapitulation der Truppen passte nicht in das Bild der heroischen Vaterlandsverteidiger, als die sich die Streitkräfte gerne darstellten.

General Galtieri trat zurück; die Luftwaffe und die Marine zogen ihre Vertreter aus der Junta ab; die Präsidentschaft ging an den Heeresgeneral Reynaldo Bignone über, den vierten Präsidenten innerhalb von 16 Monaten. Seine Versuche, den Transitionsprozess zumindest im Sinne der Streitkräfte zu steuern, waren nicht erfolgreich.[19] Einer dieser hilflosen Versuche war die Verabschiedung der *Ley de Pacificación Nacional* (Nationales Befriedungsgesetz, Ley Nr. 22.924) kurz vor den Wahlen.[20] Mit diesem Amnestiegesetz sollten die Militärangehörigen vor möglichen strafrechtlichen Konsequenzen geschützt werden.

Am 30. Oktober 1983 konnte der Menschenrechtsaktivist und Rechtsanwalt Raúl Alfonsín die Wahlen mit einer knappen Mehrheit von 51,75 % gegen den peronistischen Kandidaten Italo Luder für sich entscheiden. Die Amtsübergabe fand am 10. Dezember 1983 statt – dem internationalen Tag der Menschenrechte.

---

19 Marcos Novaro und Vicente Palermo, *La Dictadura Militar 1976/1983: Del Golpe de Estado a la Restauración Democrática*. Buenos Aires, Barcelona und Mexico 2003, S. 461–484.

20 Hinweis zu den Gesetzestexten: Mittlerweile sind alle in diesem Text erwähnten Gesetze, Dekrete und Verordnungen online abrufbar. Die Texte liegen teilweise auf den Seiten der unterschiedlichen Ministerien oder Einrichtungen, teilweise auf offiziellen Seiten, die sich mit der jüngsten Geschichte Argentiniens befassen. Die Seitenarchitektur ändert sich aber häufig, sodass die URLs nicht sehr stabil sind. Es ist deshalb nicht sinnvoll, die URLs zu den Gesetzesnormen in den Fußnoten anzuführen. Die Texte sind durch eine einfache online-Suche mit der Nummer des Gesetzes bzw. Dekretes (ggf. mit dem zusätzlichen Suchbegriff „Argentina“) problemlos aufzufinden.

2 Aufarbeitung

2.1 Politisch-institutionelle Änderungen

Mit der Übergabe der Regierungsmacht an Raúl Alfonsín begann der Prozess der demokratischen Konsolidierung. Im Gegensatz zu anderen Regime-Übergängen konnten die Militärs den argentinischen Transitionsprozess nur vergleichsweise wenig steuern. Da sie die Macht aus der Position der Schwäche übergaben, konnten sie sich kaum Enklaven sichern, in denen ihre Macht unangetastet blieb. So löste die Regierung umgehend alle Richter am Obersten Gerichtshof ab, die allesamt in der Zeit der Militärdiktatur ernannt worden waren. Ebenso versetzte Alfonsín 50 Generäle in den Ruhestand.[21] Weitere Reformmaßnahmen innerhalb der Streitkräfte zielten darauf ab, die zivile Suprematie über das Militär sicherzustellen; so sollte etwa die Rolle des (zivilen) Verteidigungsministeriums gestärkt werden um den Einfluss der (militärischen) Oberkommandierenden einzuschränken. Ebenso wurde die Rolle der Streitkräfte bei der Gefahrenabwehr beschnitten und der Verteidigungsetat empfindlich gekürzt.[22]

Von großer Bedeutung war die Reform des *Código Militar*, des Militärgesetzbuches: Wenngleich Menschenrechtsprozesse gegen Militärangehörige zunächst vor der Militärjustiz geführt werden sollten, kam der zivilen ordentlichen Gerichtsbarkeit die Zuständigkeit im Berufungsfall sowie bei prozessrechtlichen Unregelmäßigkeiten zu. Darüber hinaus wurde festgeschrieben, dass die Verhandlungen öffentlich geführt werden (Ley Nr. 23.049, Art. 7). Die Streitkräfte mussten diese Maßnahmen zunächst hinnehmen. Der angestaute Unmut brach sich jedoch in den kommenden Jahren in etlichen Militäraufständen und in zunehmenden zivil-militärischen Spannungen Bahn.

Darum spielte die Normalisierung der zivil-militärischen Beziehungen in der Politik Carlos Menems, des peronistischen Amtsnachfolgers Alfonsíns, eine wichtige Rolle. Es hatte sich gezeigt, dass der Korpsgeist der Truppe immer dann besonders ausgeprägt war, wenn die institutionellen Interessen der Streitkräfte gefährdet schienen. Eine militärische Unterordnung unter das zivile Kommando war zu Beginn der Regierung Menem noch nicht erreicht. Ebenso wenig schien das Verteidigungsministerium die Rolle der Schnittstelle der zivil-militärischen Interaktion auszuüben. Vielmehr do-

21 Elin Skaar, „Argentina: Truth, Justice, and Reconciliation“, in Elin Skaar et al. (Hrsg.), *Roads to Reconciliation*, Lanham und Maryland 2005, S. 157–175, hier S. 161; Wolfgang S. Heinz, „Militär und Demokratie“, in Detlef Nolte und Nikolaus Werz (Hrsg.), *Argentinien: Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*, Frankfurt am Main 1996, S. 225–240, hier S. 227.

22 Carlos Santiago Nino, *Radical Evil on Trial*. New Haven und London 1996, S. 81 f.; Rut Diamint, „Streitkräfte und Demokratie“, in Peter Birle und Sandra Carreras (Hrsg.), *Argentinien nach Menem: Wandel und Kontinuität*, Frankfurt am Main 2002, S. 313–339, hier S. 336 f.

minierten klientelistische Strukturen innerhalb der Streitkräfte sowie enge persönliche Bindungen zu Mitgliedern der zivilen Elite.[23]

Im Laufe seiner Regierungszeit gelang es Menem aber dennoch, die Streitkräfte zu reformieren und dabei sowohl das Budget als auch die Truppenstärke zu halbieren. Er konnte sich hierbei auf die desolate Haushaltslage berufen und auf diese Weise mit wirtschaftlichen Mitteln jene Militärreform erreichen, die Alfonsín durch politische Maßnahmen nicht hatte durchsetzen können.[24] Da argentinische Truppen im Rahmen von UN-Einsätzen tätig wurden, nahm auch die Bedeutung des Außenministeriums für die Streitkräfte zu.[25]

Es gelang Menem so, die Streitkräfte der zivilen Herrschaft unterzuordnen. Auf Regelverstöße und Insubordination reagierte er mit konsequenter Härte. Zugleich kam er den Streitkräften etwa durch seine umfangreichen Begnadigungen von Militärs entgegen, die wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt worden waren.

Die militärische Führung verhielt sich nach dem Ende der Diktatur politisch weitgehend abstinent und zeigte keine tatsächlichen Ambitionen auf eine erneute Machtübernahme, so wie es in der Geschichte häufig der Fall gewesen war. Dennoch war es ein Lernprozess, die Unterordnung unter die zivile Regierung zu akzeptieren und zu erkennen, dass dem Militär keine politischen Entscheidungen zukommen, sondern es vielmehr ein ausführendes Organ der Entscheidungen sein muss, die von der demokratischen Regierung getroffen werden.[26]

Als eine deutliche Symbolhandlung kann eine Marginalie betrachtet werden, die sich am 28. Jahrestag des Putsches ereignete: Über Jahre hinweg hatten Menschenrechtsorganisationen gefordert, aus dem *Colegio Militar*, der Offiziersschule des Heeres, die Bildnisse der Junta-Generäle Jorge Rafael Videla und Reynaldo Bignone aus der Galerie der ehemaligen Direktoren der Einrichtung zu entfernen. Über Jahre war kein politischer Wille erkennbar, dieser Forderung nachzukommen. Im März 2004 teilte Präsident Néstor Kirchner dem Verteidigungsministerium mit, dass er gedenke, am Jahrestag des Putsches in einem offiziellen Akt diese Bildnisse entfernen zu lassen. So nahm am 24. März General Bendini, der amtierende Oberkommandierende des Heeres, im Beisein Kirchners und des gesamten Kabinetts in einem öffentlichen Akt diese Bilder ab. Die Tatsache, dass einer der ranghöchsten Militärs auf Geheiß des Präsidenten die Bilder der ehemaligen Militärmachthaber entfernte, wurde weithin als ein Zeichen der Unterordnung der Streitkräfte unter die Zivilregierung gedeutet. Im Vorfeld war es zu zahlreichen Spannungen und Kontroversen gekommen; fünf Generäle hatten ihren Rücktritt erklärt.

---

23 Diamint, „Streitkräfte und Demokratie“, S. 323–328.

24 Heinz, „Militär und Demokratie“, S. 233 f.

25 Diamint, „Streitkräfte und Demokratie“, S. 333 ff.

26 Rut Diamint, „La historia sin fin: el control civil de los militares en Argentina“, *Nueva Sociedad* 213 (2008), S. 95–111, hier S. 104–107.

2.2 Strafverfolgung

Bei der strafrechtlichen Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen leistete Argentinien – zumindest im lateinamerikanischen Kontext – Pionierarbeit, indem es die Hauptverantwortlichen für den Staatsterrorismus in den sogenannten Junta-Prozessen vor ordentliche Gerichte stellte und die Generäle zu hohen Haftstrafen verurteilte. Möglich wurde dies durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren: Als die Militärs die Herrschaft im Zustand der Schwäche abgaben, hatten sie nicht nur politisch und wirtschaftlich versagt. Sie waren auch moralisch diskreditiert und hatten sogar im militärischen Bereich nichts als Misserfolge zu verbuchen. Anders als in anderen Ländern wie etwa Chile oder Brasilien gab es keine nennenswerten Bevölkerungsgruppen, in denen die Streitkräfte Rückhalt gehabt hätten. Vielmehr bestand (und besteht noch heute) ein weitreichender gesellschaftlicher Konsens in der Verurteilung der Diktatur. Auch innerhalb des (partei-)politischen Spektrums hatte das Militär keine einflussreichen Fürsprecher.

Das von ihm selbst erlassene Amnestiegesetz (Ley Nr. 22.924) hatte weder eine politische noch eine moralische Legitimation und konnte deshalb problemlos aufgehoben werden. Das Parlament erklärte dieses Gesetz für verfassungswidrig und somit ungültig. Dieses Aufhebungsgesetz (Ley Nr. 23.040) war das erste Gesetz, das Präsident Alfonsín unterzeichnete. Direkt im Anschluss ordnete er per Dekret an, das Verfahren gegen die Mitglieder der ersten drei Militärjuntas zu eröffnen. Trotz dieses vielversprechenden Auftakts zeigte sich, dass die Strafverfolgung ungeachtet des politischen Willens und günstiger Rahmenbedingungen zu erheblichen Problemen führte, weil die Streitkräfte in den Folgejahren als mächtiger Veto-Akteur auftraten.

2.2.1 Die Haftentlassung der politischen Gefangenen

Da politisch motivierte Haft in Argentinien, anders als etwa in Chile oder Uruguay, nicht zu den zentralen Repressionsstrategien zählte, spielte die Frage der Haftenlassung nach dem Ende der Diktatur keine herausragende Rolle. Die meisten Personen, die sich 1983 noch aus politischen Gründen in Haft befanden, waren nicht rechtskräftig verurteilt, sondern unter den Bedingungen des Ausnahmezustands inhaftiert worden. In diesen Fällen endete die Haft mit der Aufhebung des Ausnahmezustands im Vorfeld der Wahlen.

Bei der Amtsübernahme Alfonsíns befanden sich nur noch 117 Personen aus politischen Gründen in Haft. Anstelle von Amnestien oder Begnadigungen verwies Alfonsín diese Fälle zur Überprüfung an die Gerichte. Diese Verfahren zogen sich teilweise über Monate hin, sodass die letzten politischen Häftlinge erst 1986 entlassen wurden.[27]

27 Veit Straßner, *Die offenen Wunden Lateinamerikas: Vergangenheitspolitik im postautoritären Argentinien, Uruguay und Chile*. Wiesbaden 2007, S. 95 f.

2.2.2 Die „Junta-Prozesse“ (1983 bis 1985)

Präsident Alfonsín hatte im Wahlkampf damit geworben, die für die Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Die ohnehin hohen Erwartungen in der Bevölkerung wurden durch die Arbeit der CONADEP (vgl. Kap. 2.10.1.) noch weiter geschürt. Es bot sich also eine historische Möglichkeit, welche die Regierung Alfonsín zu nutzen wusste.

Um Unruhe in den Reihen der Streitkräfte zu vermeiden, plante Alfonsín jedoch, den Kreis der Angeklagten und die Zeitspanne der Prozesse zu begrenzen. Zur Verantwortung sollten lediglich jene gezogen werden, die die Befehle für die Menschenrechtsverletzungen gegeben hatten, oder jene, die bei der Ausführung von Befehlen „Exzesse“ begangen hatten.[28] Alle übrigen Beschuldigten sollten sich auf den Befehlsnotstand berufen können.

Bereits drei Tage nach seinem Amtsantritt ordnete Alfonsín die Festsetzung der Mitglieder der ersten drei Militärjuntas[29] sowie von vier Anführern der Guerilla an.[30] Um den Eindruck einer Siegerjustiz zu vermeiden, optierte Alfonsín – entgegen seiner Position im Wahlkampf – zunächst dafür, die Verfahren den Militärgerichten zu überlassen. Den Streitkräften sollte so die Möglichkeit einer Selbstreinigung geboten werden. Zuvor hatte Alfonsín noch den *Código Militar*, das Militärgesetzbuch, überarbeiten lassen, was sich als kluger Schachzug erwies: Nachdem die Militärgerichte die Prozesse verschleppten und verzögerten, übernahm – wie im reformierten *Código Militar* vorgesehen – die zivile *Cámara Federal de Apelaciones* in Buenos Aires im Oktober 1984 die Fälle.[31] Nach dem Scheitern der als spannungsarm geplanten Strategie der Selbstreinigung trat die strafrechtliche Aufarbeitung so in eine neue Etappe ein, die für die Regierung jedoch auch mit höheren politischen Kosten verbunden war.

Als Novum der argentinischen Rechtsgeschichte ist auch zu sehen, dass die Verhandlungen öffentlich stattfanden. Die Justiz, der der CONADEP-Bericht bescheinigt hatte, während der Diktatur nahezu untätig gewesen zu sein, hatte so die Möglichkeit, ihre Autonomie und Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Diese neue Transparenz verschaffte den Urteilen eine große Legitimität.

Bei den ersten Verhandlungstagen im April 1985 versammelten sich rund 50.000 Demonstranten zur Unterstützung auf den Straßen von Buenos Aires. Die *Juicios* (Verfahren) dauerten bis Dezember 1985; in fast 500 Stunden Verhandlungen sagten über

---

28 Raúl Alfonsín, *Memoria Política: Transición a la democracia y derechos humanos*. Buenos Aires 2004, S. 35.

29 Es handelte sich um die Generäle Jorge Videla, Roberto Viola und Leopoldo Galtieri, um die Admiräle Emilio Massera, Armando Lambruschini und Jorge Anaya sowie um die Brigadiere Orlando Agosti, Omar Graffigna und Basilio Lami Dozo.

30 Carlos H. Acuña und Catalina Smulovitz, „Catalina, Militares en la transición argentina: del gobierno a la subordinación constitucional“, in Carlos H. Acuña et al. (Hrsg.), *Juicio, castigos y memorias: Derechos humanos y justicia en la política argentina*, Buenos Aires 1995, S. 19–99, hier S. 51.

31 Nino, *Radical Evil on Trial*, S. 75–78.

800 Zeugen aus. Anhand von 709 Fällen konnte die Anklage nachweisen, dass die Junta-Generäle die Verantwortung für den systematischen Staatsterrorismus trugen. Die Junta-Mitglieder Videla und Massera wurden wegen Mordes, Folter, Freiheitsberaubung, Raub und Nötigung zu lebenslangen Freiheitsstrafen, General Viola zu 17 Jahren, Admiral Lambruschini und Brigadier Agosti zu acht bzw. drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Die vier anderen Beschuldigten wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen.[32] Der gesamte Prozess fand unter breiter Anteilnahme der Bevölkerung statt. Eine eigens initiierte Wochenschrift berichtete ausschließlich über den Fortgang des Prozesses. Die Zeitungen druckten Zeugenaussagen ab, das Fernsehen berichtete – wenn auch ohne Ton.[33]

2.2.3 Die Prozesse gegen die „Exzess-Täter“

Während diejenigen, die Befehlsgewalt und die politische Verantwortung für den Staatsterrorismus trugen, relativ leicht zu identifizieren waren, war es eine Herausforderung, jene Personengruppe zu definieren, die ihre Befehle „exzessiv“ ausgeführt hatten und deshalb, wie es Alfonsíns Strategie vorsah, ebenfalls bestraft werden sollten. Ein erster Versuch war, dass die Streitkräfte im Rahmen des von Alfonsín angestrebten Selbstreinigungsprozesses selbst eine Liste mit rund 30 Namen von Personen vorlegen sollten, die Exzesse begangen hatten und deren Verurteilung die Streitkräfte akzeptieren würden.

Es war der Versuch der Regierung, einerseits das öffentlich gegebene Versprechen einzulösen, andererseits keine unnötige Unruhe in der Truppe zu verursachen. Man wollte die Zahl der Prozesse gering halten und dennoch die schlimmsten und bekanntesten Exzess-Täter bestrafen.[34] Dieser Versuch scheiterte an der mangelnden Kooperation der Militärführung.

Alfonsín und seine Berater wollten dennoch versuchen, die Zahl und Dauer der Prozesse zu begrenzen. Sie planten deshalb, dass rund 100 Militärs exemplarisch verurteilt werden sollten.[35] Dieser Plan wurde durch die Ergebnisse, die die CONADEP zutage förderte, und durch den daraus resultierenden öffentlichen Druck in Frage ge-

32 Julio B. J. Maier, „Die strafrechtliche Aufarbeitung von staatlich gesteuertem Unrecht in Argentinien“, in *Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft* 107 (1995), S. 143–156, hier S. 146 f.; Carlos H. Acuña und Catalina Smulovitz, „Guarding the Guardians in Argentina: Some Lessons about the Risks and Benefits of Empowering the Courts“, in A. James McAdams (Hrsg.), *Transitional Justice and the Rule of Law in New Democracies*, Notre Dame und London 1997, S. 93–122, hier S. 105 f.

33 Claudia Feld, *Del estrado a la pantalla: Las imágenes del juicio e los ex comandantes en Argentina.* Madrid 2002; dies., „Memoria colectiva y espacio audiovisual: Historia de las imágenes del juicio a las ex Juntas Militares (1985–1998)“, in Bruno Groppo und Patricia Flier (Hrsg.), *La imposibilidad del olvido: Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, La Plata 2001, S. 103–114.

34 Acuña und Smulovitz, „Guarding the Guardians“, S. 103 f.

35 Alfonsín, *Memoria Política*, S. 50.

stellt. Die CONADEP hatte u. a. konstatiert, dass es keine „Exzesse“ gegeben habe, sondern dass das, was man üblicherweise als besonders abartige und grausame Praktiken bezeichnen würde, während der Diktatur den Rang des Normalen erhalten hatte.[36] Auch im Junta-Prozess war die Notwendigkeit unterstrichen worden, die nachgeordneten Hierarchie-Ebenen ebenfalls zur Verantwortung zu ziehen.[37]

Somit stand die Regierung vor einem Problem: Die Strategie, Verantwortliche und Exzess-Täter zügig zu verurteilen, um einerseits die Bevölkerung zufriedenzustellen und andererseits die zivil-militärischen Beziehungen nicht über Gebühr zu belasten, schien nicht aufzugehen. Bis zum August 1984 hatten Menschenrechtsorganisationen bereits rund 2.000 Anzeigen wegen Menschenrechtsverletzungen erstattet; die CONADEP übergab weitere 1.087 Fälle an die Justiz. Ende 1984 waren vor argentinischen Gerichten rund 6.000 Verfahren anhängig, in denen ca. 600 Mitglieder der Streit- und Sicherheitskräfte beschuldigt wurden.[38] Zunächst waren die Militärgerichte zuständig, jedoch zogen aus Revisionsgründen oder wegen prozessrechtlicher Unregelmäßigkeiten immer häufiger die zivilen Gerichte die Verfahren an sich. Diese Gerichte forschten tatsächlich nach und verhängten Freiheitsstrafen.

Die Unruhe in den Reihen der Uniformierten nahm ebenso zu wie deren Druck auf die Regierung, die ursprünglichen Zusagen hinsichtlich Dauer und Ausmaß der Verfahren einzuhalten. Die Regierung sah sich also genötigt, Wege zu suchen, um das Ausmaß der Prozesse einzudämmen und keine weitere Unruhe in der Truppe zu verursachen.

2.2.4 Die Beendigung der Strafverfolgung durch die Amnestiegesetze (1986 bis 1987)

Zunächst suchte die Regierung nach einer informellen Lösung, um die Zahl der Verfahren gegen Militärangehörige zu reduzieren. Alfonsín wies die erstinstanzlich zuständige Militärstaatsanwaltschaft an, den Rechtfertigungsgrund des Befehlsnotstands extensiv anzuwenden und so die Zahl der Verfahren zu verringern. Nach den massiven öffentlichen Protesten, Widerständen in der eigenen Partei und der Drohung etlicher Richter, ihr Amt niederzulegen, musste die Regierung die Entscheidung zurücknehmen und nach anderen Lösungen suchen.[39]

36 CONADEP, *Nunca Más*, S. 481.

37 Fuchs, *Staatliche Aufarbeitung*, S. 81.

38 A. Barahona de Brito, „Truth, Justice, Memory, and Democratization in the Southern Cone“, in A. Barahona de Brito et al. (Hrsg.), *The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies*, Oxford 2001, S. 119–160, hier S. 122.

39 Kai Ambos, „Zur ‚rechtlichen‘ Struktur der Repression und strafrechtlichen Vergangenheitsbewältigung in Argentinien: Ein Kommentar aus juristischer Sicht“, in Detlef Nolte (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, Frankfurt am Main 1996, S. 86–95, hier S. 91 f.

Mit dem am 23. Dezember 1986 verabschiedeten „Schlusspunktgesetz“ (*Ley de Punto Final*, Ley Nr. 23.492) sollte schließlich der Zeitraum begrenzt werden, in dem Klagen wegen Menschenrechtsverletzungen eingereicht werden konnten. Das Gesetz sah eine Frist von 60 Tagen nach der Verabschiedung vor. Taten, die bis Ende Februar 1987 nicht zur Anklage gebracht waren, sollten somit als verjährt gelten. Ausgenommen blieben Delikte wie Dokumentenfälschung, Entführung und das Verbergen von Minderjährigen – Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Raub von Kindern der Verschwundenen von Bedeutung waren. Diese Ausnahmen sollten später bei der Wiederaufnahme der Strafverfolgung eine wichtige Rolle spielen. Raúl Alfonsín schrieb später in seinen Memoiren, dass dieses Gesetz einen Bumerang-Effekt hatte: Man hatte darauf gehofft, die Zahl der Verfahren effektiv begrenzen zu können – zumal in der Zwei-Monatsfrist die Weihnachtstage und die (südhemisphärische) Sommerpause lagen. Die Menschenrechtbewegung bereitete jedoch mit Hochdruck Anzeigen vor, die Gerichte setzten ihre Sommerpause aus, sodass bis zum Ablauf der Frist im Februar 1987 mehr als 300 Strafanzeigen gegen hochrangige Militärs vorlagen.[40] Die Justiz zeigte so ihre Unabhängigkeit und ihren Willen, die Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich zu verfolgen. Die Effekte, die mit der *Ley de Punto Final* erzielt werden sollten, blieben somit aus.

Die Unruhe in der Truppe nahm weiter zu und kumulierte in etlichen Meutereien von Offizieren. Am bedeutendsten waren die Osteraufstände der *Carapintadas*, einer Gruppe junger Offiziere, die eine Kaserne nahe Buenos Aires besetzt hatten. Viele Militärangehörige brachten ihre Sympathie und Unterstützung zum Ausdruck. Die Situation im Land war maximal angespannt, Tausende, die um die junge Demokratie fürchteten, versammelten sich vor der *Casa Rosada*, dem Regierungssitz in Buenos Aires. In persönlichen Verhandlungen mit den *Carapintadas* gelang es Alfonsín schließlich, den Aufstand zu beenden.[41]

Auch wenn Alfonsín behauptete, den Streitkräften keine Zugeständnisse gemacht zu haben, können die Militäraufstände und Putschdrohungen als Grund dafür gesehen werden, dass seine Regierung durch ein weiteres Gesetz versuchte, die Strafverfolgung zu begrenzen. Einen Monat nach den Aufständen legte Alfonsín dem Parlament den Entwurf für das „Befehlsnotstandsgesetz“ (*Ley de Obediencia Debida*, Ley Nr. 23.521) vor: Dieses im Parlament kontrovers diskutierte und am 4. Juni 1987 verabschiedete Gesetz schrieb verpflichtend eine weite Interpretation des Befehlsnotstands vor. Wer nicht mindestens die Leitung einer der militärischen Subzonen innehatte, konnte sich *per se* auf die pflichtgemäße Erfüllung von Befehlen berufen. Mit diesem Rechtfertigungsgrund war eine Bestrafung ausgeschlossen. Das Gesetz schrieb fest, dass alle offenen Verfahren, deren Angeklagte die genannten Kriterien erfüllten, unabhängig vom Prozessstadium umgehend zu schließen seien. Von dieser Regelung aus-

40 Alfonsín, *Memoria Política*, S. 53; Acuña und Smulovitz, „Guarding the Guardians“, S. 107.
41 Nino, *Radical Evil on Trial*, S. 95–100.

genommen blieben Vergewaltigung, Kindesentführung und die Fälschung der Dokumente der Kinder sowie Delikte, die der Bereicherung dienten.

Mit diesem Gesetz erreichte die Regierung schließlich die gewünschte Begrenzung der Verfahren: Durch die Anwendung des Schlusspunktgesetzes war die Zahl bereits auf 450 reduziert worden. Nach der Anwendung des Befehlsnotstandsgesetzes blieben noch rund 100 Verfahren übrig, deren Zahl sich im Laufe der Anhörungen weiter verringerte, sodass am Ende noch 18 Klagen zugelassen wurden.[42] Dennoch kam es in der Folge zu weiteren Spannungen mit den Streitkräften, die sich zu Unrecht öffentlich diffamiert fühlten.

2.2.5 Die Begnadigung der verurteilten Militärs (1989 bis 1991)

Im Jahr 1989 übernahm der Peronist Carlos Menem die Präsidentschaft. Es war dies der erste Fall in der Geschichte Argentiniens, dass die Macht verfassungsgemäß von einem gewählten Präsidenten an einen ebenfalls gewählten Präsidenten übergeben wurde, der einer anderen Partei angehörte als sein Vorgänger.

Die große politische Herausforderung der ersten Amtsjahre war die Bekämpfung der Wirtschaftskrise, die mit einer Hyperinflation einherging. Das permanente Säbelrasseln der unzufriedenen Militärs, das die letzten Monate der Amtszeit Alfonsíns überschattet hatte, war eine weitere Belastung. War Alfonsín zu einer intensiven und streitbaren Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bereit, so unterstrich Menem die Notwendigkeit einer „nationalen Versöhnung“ bzw. „Befriedung“. Die Nation solle – so Menem – den Blick nach vorne richten und die Vergangenheit ruhen lassen.

Um seine Aussöhnungsrhetorik mit Taten zu untermauern, machte Menem extensiv vom präsidentiellen Begnadigungsrecht Gebrauch. Die überwiegende Mehrheit der von ihm begnadigten Personen waren Mitglieder der Streitkräfte und Zivilisten, die wegen Vergehen im Rahmen des „Antisubversionskampfes“ belangt worden waren. Ebenso begnadigte er Personen, die in die Militäraufstände und Putschversuche der Jahre 1987 und 1988 involviert waren.[43]

Die Begnadigungen stießen auf breite Kritik: Laut Umfragen lehnten fast vier Fünftel der Bevölkerung die Begnadigungen ab. Es gab keinen gesellschaftlichen Rückhalt für diese Entscheidungen, die die Mehrheit der Argentinier nicht nachvollziehen konnte. Trotz zahlreicher Massenkundgebungen verfolgte Menem seine Begnadigungsstrategie weiter.[44] Anfang 1991 begnadigte er sogar die vier Generäle, die wäh-

42 Diamint, „Streitkräfte und Demokratie“, S. 319.

43 Ambos, „Zur ‚rechtlichen‘ Struktur der Repression“, S. 93; Acuña und Smulovitz, „Guarding the Guardians“, S. 109 f.

44 Nino, *Radical Evil on Trial*, S. 104; Elizabeth Jelin, „The Politics of Memory: The Human Rights Movement and the Construction of Democracy in Argentina“, *Latin American Perspectives* 21/2 (1994), S. 38–58, hier S. 49.

rend der Junta-Prozesse zu langen Haftstrafen verurteilt worden waren. So hatten auch die letzten Militärs, die unter Alfonsín verurteilt worden waren, die Freiheit wiedererlangt. Auch beendeten die Begnadigungen die wenigen noch offenen Verfahren. Mit der Begnadigungspolitik Menems war die Strafverfolgung nicht nur zu einem Ende gekommen. Sie konterkarierte geradezu die Bemühungen der Vorgängerregierung um eine strafrechtliche Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen. Auf diese Weise erreichte Menem, dass sich die Streitkräfte immer mehr der zivilen Regierung unterordneten und sowohl die Budget-Kürzungen als auch Strukturreformen tolerierten.[45]

2.2.6 Die Wiederaufnahme der strafrechtlichen Aufarbeitung (seit Mitte der 1990er-Jahre)

Mit den Amnestiegesetzen der Regierung Alfonsín und den Begnadigungen der Regierung Menem schien jede Möglichkeit der Strafverfolgung unterbunden zu sein. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre spielte der Umgang mit den Verbrechen der Diktatur in der argentinischen Öffentlichkeit eine nachgeordnete Rolle. Die marktliberale Wirtschaftpolitik und die Privatisierungen zeigten erste Erfolge. Es waren Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs. Der argentinsiche Peso war an den Dollar gekoppelt und hatte eine beachtliche Kaufkraft. Die Argentinier machten ausgiebig von der Möglichkeit des Konsumierens und Reisens Gebrauch. Menems Strategie, die Vergangenheit hinter sich zu lassen und stattdessen den Blick auf die Zukunft zu richten, schien aufzugehen.

Dennoch suchten die Angehörigen der Opfer sowie die Menschenrechtsorganisationen nach Möglichkeiten, die Strafverfolgung voranzutreiben. Erste Erfolge dieser Bemühungen zeigten sich ab Mitte der 1990er-Jahre, als das Thema bedingt durch spektakuläre Enthüllungen und im Kontext des 20. Jahrestages des Putsches erneut öffentliche Aufmerksamkeit erhielt (vgl. Kap. 2.13.).

(i) Die „Wahrheitsprozesse“ (seit 1995)

Das *Centro de Estudios Legales y Sociales* (CELS) ist eine renommierte Menschenrechtsorganisation mit Hauptsitz in Buenos Aires. Es verfügt über eine leistungsstarke Rechtsabteilung mit findigen Anwälten. Das CELS forderte Mitte der 1990er-Jahre die Justiz auf, im Falle zweier verschwundener Frauen (beides Töchter von führenden CELS-Mitgliedern) weitere Nachforschungen anzustellen. Es argumentierte mit dem *Derecho a la Verdad*, dem Recht der Angehörigen (und der Gesellschaft) auf Aufklä-

45 Michael Radseck, „Das argentinische Militär: Vom Machtfaktor zum Sozialfall?“, in Klaus Bodemer et al. (Hrsg.), *Argentinien heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*, Frankfurt am Main 2002, S. 83–103, hier S. 98.

rung und Wahrheit. Die Amnestiegesetze, so die Argumentation, schließen zwar die Bestrafung der Verantwortlichen aus. Davon unberührt aber sei die Pflicht der Gerichte, die Sachverhalte vollständig aufzuklären, auch dann, wenn solche gerichtlichen Untersuchungen nicht in die Verurteilung der Täter mündeten. Es sei die Aufgabe der Justiz, den Angehörigen zu ihrem Recht zu verhelfen, über die Umstände des Verschwindens und den Verbleib der sterblichen Überreste informiert zu werden und so einen angemessenen Trauerprozess zu ermöglichen.[46] Es ging also nicht darum, die Legitimität der Amnestiegesetze anzufechten. Vielmehr wurde die Frage gestellt, wie weit die Verpflichtung der Gerichte gehe, Untersuchungen anzustellen – unabhängig von einer möglichen Verurteilung der Schuldigen. Das CELS stützte sich auf die Argumentation des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs in Costa Rica, der bereits in anderen Fällen Staaten dazu verpflichtet hatte, das Schicksal vermeintlich Verschwundener lückenlos aufzuklären.

Im Falle des vom CELS angestrengten Verfahrens erkannte das Gericht erstinstanzlich das prinzipielle „Recht auf Wahrheit" an, das von den Bestimmungen der Amnestiegesetze nicht berührt werde. Dasselbe Gericht schloss das Verfahren jedoch, als die Streitkräfte angaben, über keine Informationen zum Verbleib der verschwundenen Personen zu verfügen. Eine Klage gegen dieses Vorgehen wurde vom Obersten Gerichtshof abgelehnt, sodass das CELS eine Klage vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof anstrengte, da der argentinische Staat gegen die Amerikanische Menschenrechtskonvention (*Convención Americana sobre Derechos Humanos*) verstoße. Als die Klage zugelassen und eine Verurteilung wahrscheinlich wurde, strebte die Regierung Menem eine außergerichtliche Einigung mit den Klägern an. Im November 1999 kam man überein, dass die Klage zurückgezogen werde und der argentinische Staat im Gegenzug das Recht der Angehörigen auf Aufklärung anerkenne, garantiere und alle Möglichkeiten ausschöpfen werde, um das Schicksal der Verschwundenen zu klären. In diesem Vergleich wurde nicht nur das nicht verjährende Recht auf Wahrheit explizit anerkannt. Ebenso wurden Verfahrensregeln und Zuständigkeiten geklärt. Mindestens zwei Sonderstaatsanwälte sollten eingesetzt werden, um die untersuchenden Gerichte zu beraten und zu vernetzen.[47]

Wenngleich durch die Wahrheitsprozesse keine Strafverfolgung im engeren Sinne möglich wurde, trugen sie doch dazu bei, die Spielräume für gerichtliche Untersuchungen wieder zu öffnen, dem Bedürfnis der Angehörigen nach Aufklärung zu entsprechen und politischen wie gesellschaftlichen Druck zu erzeugen. Diese Entwicklung

46 Fuchs, *Staatliche Aufarbeitung*, S. 124 ff.

47 CELS – Centro de Estudios Legales y Sociales, *Derechos Humanos en la Argentina: Informe anual enero – diciembre 1998*. Buenos Aires 1999, S. 70–88 und CELS, *Derechos Humanos en Argentina: Informe anual 2000*. Buenos Aires 2000, S. 39–51; zum Fall Carmen Aguiar de Lapacó siehe: Comisión Interamericana de Derechos Humanos, Informe Nr. 21/00. Caso 12.059 Carmen Aguiar de Lapacó, 29.02.2000, in: https://www.cidh.oas.org/annualrep/99span/Soluci%C3%B3n%20Amistosa/Argentina12059.htm (letzter Zugriff: 21.09.2020).

musste jedoch von der Menschenrechtsbewegung gegen den erbitterten Widerstand der Regierung erstritten werden.

In der Folge wurden vor zahlreichen Bundesgerichten Wahrheitsprozesse initiiert, wobei die Streitkräfte die Kooperation verweigerten; in einigen Fällen konnten Militärangehörige wegen Meineides belangt werden.[48]

(ii) Strafverfahren im Ausland

Politischen Handlungsdruck erzeugte die Menschenrechtsbewegung auch durch Verfahren, die in anderen Ländern angestrengt wurden. Unter den Verschwundenen fanden sich etliche Ausländer bzw. Argentinier mit doppelter Staatsbürgerschaft, was die Möglichkeit eröffnete, auch in anderen Ländern juristische Schritte einzuleiten. So untersuchte etwa Italien bereits seit 1983 einige Fälle von Verschwundenen mit italienischer Staatsbürgerschaft, und in Frankreich wurden Verfahren zum Verbleib zweier in Argentinien verschwundener französischer Nonnen angestrengt. Der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzón, der auch für die Festsetzung des chilenischen Diktators Augusto Pinochet in London (1999) verantwortlich war, untersuchte das Verschwinden von 320 spanischen Staatsbürgern.

Präsident Menem kritisierte diese Verfahren als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, lehnte Auslieferungsanträge ab und untersagte den argentinischen Behörden per Dekret die Kooperation mit der spanischen Justiz (Decreto 111/98). Außenpolitisch geriet Menem so immer wieder unter Druck, da er sich bei Staatsbesuchen, wie etwa 1998 in Frankreich und Schweden, für seine Menschenrechts- und Vergangenheitspolitik rechtfertigen musste.[49] Innenpolitisch nahm der Druck ebenfalls zu, da die Verfahren im Ausland den Fokus auf die Praxis der Straflosigkeit und der verweigerten strafrechtlichen Aufarbeitung im Land richteten.

Trotz des internationalen Drucks behielten die nachfolgenden Regierungen diese Haltung bei. Im Jahr 2001 legte Präsident Fernando de la Rúa in einem Dekret fest, dass Rechtshilfeersuchen sowie Auslieferungsanträge, die sich auf Verbrechen aus der Zeit der Diktatur beziehen, abzuweisen seien (Decreto 1581/2001). Dieses Dekret wurde unter der Präsidentschaft Néstor Kirchners 2003 jedoch wieder aufgehoben (Decreto 420/2003). Die Regierung zeigte so ihre Bereitschaft, die juristische Aufarbeitung im In- und Ausland zu unterstützen.[50]

---

48 Estela Schindel, „Verschwunden, aber nicht vergessen: Die Konstruktion der Erinnerung an die *Desaparecidos*“, in Klaus Bodemer et al. (Hrsg.), *Argentinien heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*, Frankfurt am Main 2002, S. 105–134, hier S. 115 f.

49 CELS, *Derechos Humanos en la Argentina 1998*, S. 21.

50 Verónica Torras et al., *Memoria, verdad y justicia como política de Estado: Análisis de políticas públicas implementadas durante los gobiernos kirchneristas (2003–2015) respecto de los delitos de lesa humanidad ocurridos en la última dictadura argentina* (Friedrich-Ebert-Stiftung Argentina, Análisis Nr. 11 – 2016/September 2016), S. 10.

(iii) Verfahren wegen Kindesraubs (seit 1996)

Die Anwälte der *Abuelas de Plaza de Mayo*, der Vereinigung der Großmütter, die nach ihren verschwundenen Enkeln suchen, hatten Ende 1996 ein Strafverfahren gegen den Junta-General Jorge Videla und andere Armeeangehörige wegen Kindesraub angestrengt. Diese Delikte waren explizit von den Amnestiegesetzen der Regierung Alfonsín ausgenommen. Es gelang der Anklage nachzuweisen, dass es einen systematischen Plan hinter der Praxis der Entführung von Kindern und Neugeborenen sowie der Fälschung ihrer Identitäten und der anschließenden Adoption durch fremde Familien gab. Ebenso gelang es, glaubhaft zu machen, dass die oberen militärischen Ränge dafür die politische Verantwortung trugen. Auf dieser Grundlage wurde General Jorge Videla im Juli 1998 als indirekter Verantwortlicher in fünf Fällen zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Strafe wurde allerdings nach kurzer Zeit in Hausarrest umgewandelt, da Videla das 70. Lebensjahr erreicht hatte. Beachtlich war dieses Urteil auch aus einer anderen Perspektive: Der zuständige Bundesrichter stufte diese Vergehen erstmals als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein, als Straftaten also, die weder verjähren noch amnestierbar sind.[51]

In der Folge dieses Urteils wurden in den kommenden Monaten und Jahren rund ein Dutzend weiterer hoher Militärs zu Haftstrafen verurteilt. Es waren nach den Amnestiegesetzen und den Begnadigungen die ersten Urteile wegen Diktaturverbrechen, die nach fast einem Jahrzehnt in Argentinien gesprochen wurden. Sie zeigten, dass Strafverfolgung dennoch möglich war. Auch hier war es die kontinuierliche und unermüdliche Arbeit der Opfer und ihrer Anwälte, die eine solche Entwicklung möglich machten – gegen alle Widerstände von staatlicher Seite.

(iv) Die Aufhebung der Amnestiegesetze (1998, 2003 und 2005)

Bereits 1992 hatte der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof in Costa Rica die Amnestiegesetze für unvereinbar mit den Menschenrechtsabkommen erklärt, die für Argentinien bindend sind.[52] Im Kontext des gesellschaftlichen Beschweigens der jüngsten Vergangenheit konnte die Regierung dies jedoch problemlos ignorieren. Als jedoch die Vergangenheit seit Mitte der 1990er-Jahre wieder auf der gesellschaftlichen, juristischen und politischen Agenda erschien, war dies nicht länger möglich. Im Jahr 1998 brachte die Opposition einen Gesetzentwurf ein, mit dem die Amnestiegesetze aufgehoben werden sollten. So sollten die Strafverfahren gegen 1.180 Personen, die von diesen Gesetzen profitiert hatten, wieder aufgenommen werden. Dieser Vorstoß löste eine breite politische und juristische Debatte über die Richtigkeit und Zulässigkeit sowie über die Gefahren eines solchen Vorgehens aus. Die erste parlamentarische

51 CELS, *Derechos Humanos en la Argentina 1998*, S. 88–103.

52 Interamerikanische Menschenrechtskommission, Informe Nr. 28/92, VI, 1: „Las Leyes N° 23.492 y N° 23.521 y el Decreto N° 1002/89 son incompatibles con el artículo XVIII (Derecho de Justicia) de la Declaración Americana de los Derechos y Deberes del Hombre y los artículos 1,8 y 25 de la Convención Americana sobre Derechos Humanos.“

Initiative scheiterte. Es folgten weitere Vorschläge. Diskutiert wurde auch, ob eine Annullierung oder eine Derogation (teilweise Außerkraftsetzung) der Gesetze sinnvoller sei. Eine Annullierung hätte eine rückwirkende Funktion, d. h. das Gesetz und alle seine Rechtsfolgen würden für nichtig erklärt. Die Derogation hingegen lässt die Rechtsfolgen des so aufgehobenen Gesetzes bis zum Zeitpunkt der Derogation unangetastet und wirkt sich lediglich auf zukünftige Fälle aus. Am 24. März 1998, dem 22. Jahrestag des Putsches, wurde schließlich nach einer langen Debatte im Parlament die *derogación* der beiden Amnestiegesetze beschlossen (Ley Nr. 24.952). Die Menschenrechtsbewegung war von dieser – zunächst rein symbolischen – Entscheidung enttäuscht, da die bereits geschlossenen Verfahren nicht neu eröffnet werden konnten.[53]

Unter den veränderten vergangenheitspolitischen Vorzeichen der Regierung von Néstor Kirchner annullierte das Parlament 2003 die beiden Amnestiegesetze. Mit diesem Gesetz (Ley Nr. 25.779) wurde es möglich, die Verfahren, die gegen Ende der 1980er-Jahre geschlossen wurden, wieder aufzunehmen. Zugleich aber begann eine juristische und rechtspolitische Kontroverse über diese Entscheidung. Letzte Klarheit wurde im Juni 2005 mit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs erreicht, der die beiden Amnestiegesetze für ungültig und verfassungswidrig erklärte. Zugleich wurde die Verfassungsmäßigkeit der Ley Nr. 25.779 aus dem Jahr 2003, mit der die Amnestiegesetze annulliert worden waren, bestätigt.[54]

(v) Institutionelle Unterstützung der juristischen Aufarbeitung

Mit der Wiederaufnahme der gerichtlichen Untersuchungen zeigten sich zahlreiche praktisch-organisatorische Probleme, welche die Aufarbeitung erschwerten. Aus diesem Grund wurden während der Regierungszeit Néstor Kirchners und später seiner Frau Cristina Kirchner etliche Maßnahmen getroffen, um die gerichtlichen Untersuchungen zu forcieren und auf praktische Probleme zu reagieren.

So wurde etwa bei der Staatsanwaltschaft eine Unterstützungseinrichtung geschaffen, die den einzelnen Gerichten zuarbeiten sollte, um so eine Beschleunigung der Verfahren zu erreichen. Zeugenschutzprogramme wurden etabliert, Richtlinien für die Durchführung gerichtlicher Untersuchungen erarbeitet, weitere Personalressourcen zur Verfügung gestellt etc.[55] Insgesamt zielten diese Maßnahmen darauf ab, die gerichtlichen Untersuchungen zu unterstützen, auf praktische Probleme zu reagieren und insgesamt den Prozess der juristischen Aufarbeitung voranzutreiben.

---

53 Straßner, *Die offenen Wunden Lateinamerikas*, S.116 f.

54 Maria José Guembe, „Reopening of Trials for Crimes Committed by the Argentine Military Dictatorship“, in *Sur – International Journal on Human Rights* 3 (2005), S. 115–131.

55 Torras et al., *Memoria, verdad y justicia*, S. 11–14.

2.2.7 Weitere rechtspolitische Maßnahmen

Im Jahr 2003 entschied die Regierung Kirchner, die internationale Konvention über die Nichtanwendbarkeit der Verjährungsfrist auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ratifizieren und somit – auch rückwirkend – etwaige Verjährungsfristen bereits begangener Straftaten auszusetzen. Diese von Argentinien bereits seit 1995 unterzeichnete, aber noch nicht durch das Parlament ratifizierte Rechtsnorm erhielt mit der Zustimmung durch das Abgeordnetenhaus im Dezember 2003 Verfassungsrang.[56]

Als Konsequenz aus den Erfahrungen mit den Amnestiegesetzen der Regierung Alfonsín und den Begnadigungen der Regierung Menem verabschiedete das Parlament 2015 die Ley Nr. 27.156, die festschreibt, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen unter keinen Umständen Gegenstand von Amnestien oder Begnadigungen sein können.

Als ein weiterer rechtspolitischer Meilenstein kann die Derogation des *Código Militar* im Jahr 2008 gesehen werden. Mit der Ley Nr. 26.394 wurde die Militärgerichtsbarkeit aufgelöst, und die Mitglieder der Streitkräfte wurden der ordentlichen Gerichtsbarkeit unterstellt.

2.2.8 Strafrechtliche Aufarbeitung – eine Zwischenbilanz

Nach der Wiederaufnahme der Strafverfolgung wurde im Jahr 2006 das erste Urteil in einem Menschenrechtsprozess gesprochen, nachdem die Amnestiegesetze annulliert und für verfassungswidrig erklärt worden waren. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft war bis Ende September 2020 die Zahl der Gerichtsverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf 597 gestiegen. Insgesamt waren 3.329 Personen wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen angeklagt worden. In 997 Fällen waren bis zum September 2020 Urteile gesprochen worden. Wegen ihres hohen Alters verbüßt jedoch die Mehrheit der Verurteilten ihre Haftstrafe im Hausarrest. 162 Personen wurden freigesprochen.[57] Die durchschnittliche Dauer der Verfahren bis zur Urteilsverkündung inklusive möglicher Rechtsmittel und Revisionen lag bei 5,3 Jahren, was die Komplexität der Untersuchungen unterstreicht.[58]

Die gerichtlichen Untersuchungen wurden auch auf Vergehen ausgeweitet, die *vor* dem eigentlichen Putsch stattgefunden hatten, aber in direktem Zusammenhang

56 Torras et al., Memoria, verdad y justicia, S. 11–14, hier S. 10.

57 Verfügbar unter: https://www.fiscales.gob.ar/lesa-humanidad/argentina-llega-a-las-casi-mil-personas-condenadas-por-haber-cometido-delitos-de-lesa-humanidad-durante-el-terrorismo-de-estado/ (letzter Zugriff: 06.10.2020).

58 Verfügbar unter: https://www.infobae.com/politica/2020/03/24/a-44-anos-del-golpe-de-estado-suman-968-condenados-por-delitos-de-lesa-humanidad/ (letzter Zugriff: 06.10.2020).

mit diesem standen (so etwa Morde, die von der *Alianza Anticomunista Argentina* begangen wurden). Ebenso wurde im Zusammenhang mit den Untersuchungen zum *Plan Cóndor* die transnationale Dimension der Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktaturen im Süden Lateinamerikas in den Blick genommen.[59] Weiterhin wurde die Perspektive der gerichtlichen Untersuchungen in den vergangenen Jahren ausgeweitet: Ging es zu Beginn vornehmlich um die Schuld der Militärs, so wird nun auch vermehrt die Frage der Verantwortlichkeit von Nicht-Militärs (etwa von Priestern, Ärzten etc.) oder auch von ökonomischen Akteuren gestellt.[60]

2.3 Elitenaustausch

2.3.1 Elitenaustausch unter der ersten demokratischen Regierung

Mit dem Abtreten der Militärs von der Macht wurde automatisch ein Wechsel der politischen Eliten vollzogen. Die über Jahre im Verborgenen agierenden politischen Parteien hatten sich in der Phase der politischen Öffnung des autoritären Regimes reorganisiert. Aus ihren Reihen wurden nach den Präsidentschaftswahlen die wesentlichen Ämter besetzt.

Präsident Alfonsín entließ direkt nach seinem Amtsantritt alle Richter an der *Corte Suprema de Justicia*, dem Obersten Gerichtshof. Es handelte sich um Richter, die von den Militärs ernannt worden waren. Ebenso versetzte Alfonsín 50 Generäle in den Ruhestand. Somit war zunächst in der Justiz und innerhalb der Streitkräfte der wesentliche Elitenaustausch vollzogen.[61]

2.3.2 Kontroversen um Beförderungen von Offizieren

Auch wenn im Rahmen der Transition zur Demokratie etliche Generäle in den Ruhestand versetzt worden waren, fanden sich in den Reihen der Streit- und Sicherheitskräfte zahlreiche Personen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt gewesen waren. Viele versahen dort weiter ihren Dienst und machten innerhalb der militärischen Hierarchie Karriere.

Es war vom Beginn der Demokratisierung an ein Anliegen der Menschenrechtsbewegung, zu verhindern, dass in dieser Weise belastete Militärs befördert werden. Die

59 Torras et al., *Memoria, verdad y justicia*, S. 15.
60 Luz Palmás Zaldua et al., „Las políticas de memoria, verdad y justicia a cuarenta años del golpe“, in *Derechos humanos en la Argentina: Informe 2016*, Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS), Buenos Aires 2016, S. 25–56, hier S. 33–49.
61 Skaar, „Argentina“, S. 161; Heinz, „Militär und Demokratie“, S. 227.

Forderung nach der Schaffung von Instanzen, die solche Beförderungen unterbinden sollten, wurde von der Regierung lange ignoriert.

Sobald durch die Presse bekannt wurde, dass Offiziere befördert oder mit besonderen Aufgaben betraut werden sollten, suchten die Menschenrechtsorganisationen deshalb in ihren Archiven nach Informationen zu den betreffenden Personen und legten diese unaufgefordert der Regierung und dem Kongress als den an der Beförderung beteiligten Stellen vor. Die Menschenrechtsbewegung versuchte so ihren Widerspruch und ihre Vorbehalte zu unterstreichen.

Seit 1993 fragte die für Beförderungsangelegenheiten zuständige Parlamentskommission regelmäßig in den Archiven der CONADEP sowie bei den beiden Menschenrechtsorganisationen APDH und CELS nach den Vorgeschichten der zur Beförderung vorgesehenen Offiziere. Es handelte sich hierbei um die erste formalisierte bzw. institutionalisierte Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Beförderungsverfahren. Seit 2003 folgen auch die zuständigen Stellen im Verteidigungsministerium dieser Praxis.[62] Somit wurde fast zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Diktatur ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Institutionen – hier besonders der Streitkräfte – geleistet.

2.4 Wiedergutmachung

Bereits 1984 regte die CONADEP in ihrem Abschlussbericht an, dass die Opfer des Staatsterrorismus entschädigt werden sollten. Neben einer finanziellen Entschädigung schlug die Kommission die Etablierung von Stipendien- und Arbeitsprogrammen sowie die psychosoziale Unterstützung der Angehörigen vor.[63] Die argentinische Entschädigungspolitik der folgenden Regierungen sollte sich aber maßgeblich auf finanzielle Maßnahmen konzentrieren.[64]

2.4.1 Sofortmaßnahmen für die Opfer von Arbeitsverboten etc.

Zeitnah nach dem Ende der Diktatur wurden einige Gesetze erlassen, mit denen die arbeitsrechtliche Situation von Personen geklärt wurde, die aus politischen Gründen entlassen oder mit anderen Sanktionen belegt worden waren.[65] So regelte 1984 die Ley

62 Torras et al., *Memoria, verdad y justicia*, S. 19 f.
63 CONADEP, *Nunca Más*, S. 477 f.
64 Ana Guglielmucci, „Transición política y reparación a las víctimas del terrorismo de estado en la Argentina: algunos debates pendientes“, in *Taller: Revista de Sociedad, Cultura y Política en América Latina* 4/5 (2015), S. 24–42; Maria José Guembe, „Economic Reparations for Grave Human Rights Violations“, in Pablo de Greiff (Hrsg.), *The Handbook of Reparations*, Oxford 2006, S. 21–47.
65 Guembe, Economic Reparations, S. 23 f.

Nr. 23.053 die Rückkehr von Personen des Auswärtigen Dienstes, denen aus politischen Gründen die Einreise verweigert worden war. Die Ley Nr. 23.117 regulierte im selben Jahr die Wiedereingliederung von Arbeitern in öffentlichen Unternehmen, die wegen politischer oder gewerkschaftlicher Aktivitäten entlassen worden waren. In den folgenden Jahren wurden ähnliche Regelungen für Lehrkräfte (Ley Nr. 23.238) bzw. für Bankmitarbeiter (Ley Nr. 23.523) getroffen. Im September 1985 regelte Ley Nr. 23.278 die Anrechnung der Zeiten von politisch bedingter Arbeitslosigkeit auf die Renten- und Pensionsansprüche.

2.4.2 Erste Entschädigungen für die Angehörigen der Verschwundenen (1986)

Den Empfehlungen der CONADEP folgend verabschiedete das Parlament Ende des Jahres 1986 ein erstes Entschädigungsgesetz (Ley Nr. 23.466), das den Ehepartnern oder langjährigen Lebensgefährten der Verschwundenen eine Pension im Umfang von 75 % des Mindestlohnes gewährte. Dieselbe Summe sollten die Kinder von Verschwundenen bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres erhalten.[66] Diese aus Sicht der Betroffenen sehr bescheidene Entschädigungsmaßnahme berücksichtigte lediglich die direkten Angehörigen der Verschwundenen. Andere Opfergruppen erhielten keinerlei Entschädigung.

2.4.3 Befreiung vom Militärdienst für Angehörige der Verschwundenen (1990)

Aufgrund ihrer traumatischen Erfahrungen hatten die Angehörigen von Verschwundenen schon lange gefordert, vom Militärdienst befreit zu werden. Sie wiesen auf die psychischen Spannungen, die seelischen Grausamkeiten und die Diskriminierung hin. Im September 1990 wurde deshalb ein Gesetz (Ley Nr. 23.852) verabschiedet, das die Kinder der Verschwundenen von der Wehrpflicht entband. Präsident Menem blockierte dieses Gesetz zunächst, da es eine besondere Privilegierung einer Personengruppe darstelle. Auch die Streitkräfte übten Kritik, da in dem Gesetz eine antimilitärische Haltung zum Ausdruck komme und es von nicht bewiesenen Behauptungen (nämlich, dass die Streitkräfte für das Verschwinden verantwortlich seien) ausgehe.[67] Das Veto des Präsidenten konnte aber überstimmt werden. Das Gesetz verlor mit der Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht (1995) seine Bedeutung.

---

66 Diana Conti, „La democracia y su respuesta a las violaciones a los Derechos Humanos el pasado“, in *Hechos y Derechos*, 8 (2001), S. 57–70, hier S. 62.

67 Patricia Valdéz, „'Tiempo Óptimo' para la Memoria“, in Bruno Groppo und Patricia Flier (Hrsg.), *La imposibilidad del olvid: Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, La Plata 2001, S. 63–82, hier S. 67.

2.4.4 Entschädigungen für die ehemaligen politischen Häftlinge (1991)

Kurz nach dem Ende der Diktatur reichten zahlreiche ehemalige politische Gefangene Zivilklagen gegen den argentinischen Staat ein, um ihre Ansprüche auf Schadensersatz geltend zu machen. Wenngleich viele dieser Klagen in der ersten Instanz positiv beschieden wurden, scheiterten sie vor höheren Berufungsinstanzen. Schließlich entschied der Oberste Gerichtshof, dass die Frist zur Geltendmachung solcher Ansprüche abgelaufen sei und weitere Zivilforderungen somit nicht mehr zulässig seien.

Nachdem der Rechtsweg im Land selbst erschöpft war, wandten sich rund 270 ehemalige politische Gefangene an die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) in Costa Rica. Als absehbar war, dass Argentinien zur Zahlung von Entschädigungsleistungen verpflichtet werden würde, fand die Regierung zunächst eine außergerichtliche Einigung mit den Klägern. Als Argentinien aber eine erneute Vorladung vor die CIDH drohte, da sich die Verabschiedung entsprechender Entschädigungsgesetze verzögerte, regelte Staatspräsident Carlos Menem die Entschädigung der ehemaligen politischen Häftlinge im Januar 1991 in einem Dekret (Decreto 70/91).

Dieses Dekret sah ein Schmerzensgeld von rund 75 US-Dollar pro Hafttag vor; Sonderzahlungen im Falle von besonders schweren Verletzungen und Misshandlungen waren ebenfalls vorgesehen. Jedoch bezog sich dieses Entschädigungsdekret nicht auf alle ehemaligen politischen Gefangenen, sondern nur auf jene, die innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach dem Ende der Diktatur eine Zivilklage eingereicht hatten. Lediglich 277 Personen erfüllten diese Bedingung. Die große Mehrheit der ehemaligen Häftlinge blieb somit von einer Entschädigung ausgeschlossen. Mit der Implementierung dieser Regelung wurde die *Subsecretaría de Derechos Humanos* beauftragt. Insgesamt wurden auf der Grundlage dieses Dekrets Entschädigungen von fast 20 Mio. US-Dollar gezahlt.[68]

Menem wurde für diese eigenmächtige Lösung, die die Mehrheit der Betroffenen von Leistungen ausschloss, auch aus den Reihen der eigenen Partei kritisiert. Eine fraktionsübergreifende Gesetzesinitiative zur Regelung der Entschädigung wurde noch im selben Jahr (1991) verabschiedet. Die Ley Nr. 24.043 sah vor, dass alle Personen, die während des Ausnahmezustands durch die Exekutive oder durch Militärgerichte inhaftiert worden waren, Anrecht auf die Entschädigungsleistungen des Dekrets 70/91 hatten – unabhängig davon, ob sie bereits eine Zivilklage gegen den Staat erhoben hatten. Anträge konnten bis 1998 eingereicht werden. Von den rund 14.000 Anträgen wurden ca. 8.000 bewilligt. Die Entschädigungsleistungen von insgesamt rund 690 Mio. US-Dollar wurden in Form von Staatsanleihen ausgezahlt.[69]

68 Conti, „La democracia“, S. 62.
69 Fuchs, *Staatliche Aufarbeitung*, S. 108 ff.

2.4.5 Die Klärung des rechtlichen Status der Verschwundenen (1994)

Aus dem Verschwinden von Personen resultierten neben den schwerwiegenden psychischen und sozialen Folgen für die Angehörigen auch vermögens- und zivilrechtliche Probleme: So konnten sie etwa nicht über die Vermögenstitel eines Verschwundenen verfügen oder erneut heiraten. Um weiter handlungsfähig zu bleiben, mussten die Angehörigen in solchen Notlagen oft unter schweren Gewissensnöten die Verschwundenen als „vermutlich tot" (*fallecimiento presunto*) erklären lassen. Dies war freilich besonders schmerzlich und problematisch, da die Angehörigen, denen von staatlichen Stellen jegliche Information über das Schicksal des Verschwundenen verweigert wurde, nun bei den Behörden desselben Staates die Anerkennung des Todes des Verschwundenen beantragen mussten.

Die Mitte 1994 verabschiedete Ley Nr. 24.321 erfüllte somit eine bereits lange formulierte Forderung der Angehörigen: Vor Zivilgerichten konnten sie eine *declaración de ausencia por desaparición forzada* (Erklärung der Abwesenheit aufgrund von erzwungenem Verschwinden) beantragen. In zivil- und vermögensrechtlicher Hinsicht war der Status dem *fallecimiento presunto* gleichgesetzt, ohne jedoch vom Tod des Betroffenen auszugehen.

2.4.6 Das Entschädigungsgesetz für die Angehörigen der Verschwundenen (1994)

Mit Ley Nr. 23.466 von 1986 war den Angehörigen der Verschwundenen bereits eine bescheidene Entschädigung zugebilligt worden, nämlich eine Pension im Umfang von 75 % des Mindestlohnes. Unabhängig davon hatten einige Familien Zivilklagen gegen den argentinischen Staat eingereicht und vor Gericht Entschädigungs- und Schmerzensgeldzahlungen erstritten, die Summen zwischen 250.000 und drei Millionen US-Dollar umfassten.[70] Mit der 1994 einstimmig und ohne Debatte verabschiedeten Ley Nr. 24.411 wurde eine einheitliche Lösung für alle Angehörigen von Verschwundenen und Ermordeten erreicht. Diese hatten nunmehr Anrecht auf eine einmalige Entschädigung in Höhe von ca. 220.000 US-Dollar. Die Annahme dieser Summe war verbunden mit der Verpflichtung der Angehörigen, von weiteren rechtlichen Schritten abzusehen.

Die Antragsstellung war mit einem großen bürokratischen Aufwand verbunden. Für bestimmte Schritte des Antragsverfahrens war ein Rechtsanwalt erforderlich, was wiederum zu erheblichen Kosten führte. Für die Entschädigungszahlungen veranschlagte die Regierung Menem ein Gesamtvolumen von rund drei Milliarden US-Dollar. Die Auszahlung in Form von Staatsanleihen entlastete den Haushalt, war aber für

70 Priscilla B. Hayner, *Unspeakable Truths: Facing the Challenge of Truth Commissions.* New York und London 2002, S. 176 f.

die Empfänger mit dem Risiko von Verlusten verbunden, wenn sie diese Anleihen vor dem Ende der zehnjährigen Laufzeit an der Börse veräußern wollten.[71]

Diese Entschädigungslösung sorgte für starke Spannungen unter den Angehörigen der Verschwundenen. Viele nahmen diese Einmalzahlung als Schweigegeld wahr – gerade durch die Kombination mit der Verpflichtung, von weiteren rechtlichen Schritten abzusehen.

2.4.7 Die Entschädigung inhaftierter oder in Haft geborener Kinder (2004)

Nachdem durch die Entschädigungsgesetze der Regierungen Alfonsín und Menem die ehemaligen politischen Gefangenen und die Angehörigen der Verschwundenen bzw. Ermordeten entschädigt worden waren, wurden während der Regierungszeit Néstor Kirchners mit der Ley Nr. 25.914 Personen entschädigt, die entweder während der Haft der Mütter im Gefängnis zur Welt kamen oder mit ihren Eltern verschleppt und inhaftiert worden waren. Das Gesetz sah eine Einmalzahlung in Höhe von 20 Monatsgehältern eines hohen Angestellten der öffentlichen Verwaltung vor. Im Falle schwerer Verletzungen waren auch hier Sonderzahlungen vorgesehen. Auch bei diesem Entschädigungsgesetz war eine Bedingung für die Inanspruchnahme der Leistung, von weiteren Schadensersatzforderungen abzusehen.

2.4.8 Weitere Entschädigungsgesetze

(i) Ausweitung der bestehenden Entschädigungsgesetze (2009 und 2015)

Ende des Jahres 2009 wurde ein weiteres Entschädigungsgesetz (Ley Nr. 26.564) verabschiedet, das den Kreis der Berechtigten der Entschädigungsleistungen gemäß Ley Nr. 24.043 (Entschädigung für ehemalige politische Häftlinge) und Ley Nr. 24.411 (Entschädigung für die Angehörigen der Verschwundenen und Ermordeten) auf Personen ausweitete, die in der Zeit vom 16. Juni 1955, also dem Militärputsch gegen Juan Perón, bis zum Ende der Diktatur (9. Dezember 1983) zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen geworden waren. Hierbei wurden auch Personen einbezogen, die Opfer der „Rebellen“ wurden, aber auch solche, bei denen die Menschenrechtsverletzungen von den Streit- oder Sicherheitskräften oder von paramilitärischen Gruppierungen ausgingen. Ebenso wurden Soldaten berücksichtigt, die den Putschisten den Gehorsam verweigerten und deshalb inhaftiert worden waren. 2015 wurde entschieden, dass es für die maßgeblichen Entschädigungsgesetze (Leyes Nr. 24.043, 24.411, 26.564) keine Verjährung der Antragsfristen geben soll (Ley Nr. 27.143).

71 Fuchs, *Staatliche Aufarbeitung*, S. 112 f. Die Antragsfristen wurden mehrmals verlängert, zuletzt bis Anfang 2007 (Ley Nr. 25.985).

(ii) Pensionszahlungen für ehemalige politische Gefangene (2013)
Die Ende 2013 verabschiedete Ley Nr. 26.913 billigte den ehemaligen politischen Gefangenen (den Empfangsberechtigten der Leistungen gemäß Ley Nr. 24.043 sowie weiteren Personengruppen) eine Gnadenpension (*pensión graciable*) zu. Diese Leistung wird unabhängig von anderen Pensionsleistungen oder Entschädigungszahlungen gewährt. Sie sieht eine monatliche Zahlung vor, deren Höhe sich an einer der niedrigsten Eingruppierungen im öffentlichen Dienst orientiert und in etwa dem Mindestlohn entspricht (ca. 375 Euro pro Monat, Stand: Oktober 2020).[72]

(iii) Ausweitung der Entschädigungen auf ehemalige Exilierte (2016)
Bereits 2004 hatte der Oberste Gerichtshof letztinstanzlich im Falle von Susana Yofre de Vaca Narvaja, deren Ehemann ermordet und deren Sohn entführt worden war und die ins Exil fliehen musste, entschieden, dass die Jahre des Exils in gleicher Weise entschädigt werden müssten wie die Zeit in Haft. Das Leid, das die Klägerin im Exil erfahren musste, so bestätigte das Gericht, sei mit dem der politischen Gefangenen gleichzusetzen. Nach dieser Einzelfallentscheidung – und in Anbetracht der erheblichen Zahl von Argentiniern, die aus politischen Gründen ins Exil gehen mussten – wurde an einer gesetzlichen Regelung der Entschädigungsansprüche gearbeitet. Der Gesetzgebungsprozess verzögerte sich immer wieder. So wurde diese Frage 2016 nicht durch ein Gesetz, sondern durch eine Resolution des Ministers für Justiz und Menschenrechte (Resolución MJYDH 670/16) entschieden. Diese Resolution, die explizit den Fall Susana Yofre de Vaca Narvaja erwähnt, sieht vor, dass Argentinier, die nachweislich aus politischen Gründen das Land verlassen mussten, Anspruch auf ein Viertel der Leistungen haben, welche die Ley Nr. 24.043 für ehemalige politische Häftlinge vorsieht.

2.4.9 Psycho-soziale Unterstützung für Repressionsopfer

Als im Jahr 2005 ehemalige Häftlinge der ESMA gemeinsam mit Präsident Néstor Kirchner dieses Haft- und Folterzentrum besuchten, wurden die schwerwiegenden Folgen deutlich, unter denen die Opfer auch noch nach Jahren litten. Nach langen konzeptionellen Debatten um eine angemessene *asistencia integral* wurde 2011 das *Centro de Asistencia a Víctimas de Violaciones de Derechos Humanos „Dr. Fernando Ulloa“* (Zentrum zur Unterstützung von Opfern von Menschenrechtsverletzungen „Dr. Fernando Ulloa“) als Einrichtung der *Secretaría de Derechos Humanos* des Justizministeriums geschaffen. Im folgenden Jahr wurde der Zuständigkeitsbereich auch auf Op-

72 Ley Nr. 26.913, Art. 5: „El beneficio que establece la presente ley será igual a la remuneración mensual asignada a la Categoría D Nivel 0 (cero), Planta Permanente Sin Tramo – Agrupamiento General – del Escalafón para el personal del Sistema Nacional de Empleo Público – SINEP – en los términos que establezca la autoridad de aplicación.“

fer gegenwärtiger Menschenrechtsverletzungen ausgeweitet.[73] Eine besondere Bedeutung kam dem Zentrum auch im Kontext der wieder aufgenommenen strafrechtlichen Aufarbeitung der Vergangenheit zu, da diese Verfahren sowohl bei Zeugen als auch bei Opfern und Angehörigen Retraumatisierungen auslösten.[74]

Das *Centro Ulloa* hat neben der ganzheitlichen Therapie, Begleitung und Beratung von Opfern auch die Aufgabe, die Vernetzung und Qualifizierung von Therapeuten auf nationaler Ebene zu fördern, die inhaltliche Debatte über den Zusammenhang von Menschenrechtsverletzungen und psychischen Erkrankungen zu fördern und politikberatend tätig zu sein.

2.5 Versöhnung

Der Begriff „Versöhnung" ist im argentinischen Kontext nicht sehr präsent und – vor allem aus Sicht der Opfer und der Menschenrechtsbewegung – negativ besetzt. Der Hintergrund dürfte darin zu suchen sein, dass das Konzept der Versöhnung oft eine religiöse Komponente hat und von der katholischen Kirche immer wieder ins Spiel gebracht wurde. Die katholische Kirche spielte in Argentinien – anders als etwa im Nachbarland Chile – überwiegend eine ambivalente bis unrühmliche Rolle: Es fand keine öffentliche Anklage des Unrechts statt; Hilfesuchenden blieben die Türen oft verschlossen; etliche Bischöfe standen in enger Verbindung zum Militärregime etc. Darüber hinaus spielten einige Militärgeistliche eine zweifelhafte Rolle in den Haft- und Folterzentren.[75] Auch im öffentlichen Diskurs zeigte die Bischofskonferenz immer wieder ihre Nähe zum Regime.[76] So erklärte sie etwa 1984, zur selben Zeit, als die CONADEP versuchte, die Verbrechen der Diktatur zu erfassen und zu untersuchen, und als die Prozesse gegen die Hauptverantwortlichen des Staatsterrorismus vorbereitet wurden, „dass die wahrhafte Versöhnung nicht nur auf Wahrheit und Gerechtigkeit

73 Vera Vital Brasil, „Fabiana Rousseaux and Bárbara Conte, Reparación simbólica en América Latina como Política de Estado: La experiencia de asistencia a víctimas en Brasil y la Argentina", in *Territorios Clínicos de la Memoria* (2019), verfügbar unter: https://tecmered.com/reparacion-simbolica-en-america-latina-como-politica-de-estado/ (letzter Zugriff: 17.10.2022).

74 Mariana Wikinski, „Testimonio y experiencia traumática: la declaración ante la justicia", in *Experiencias en salud mental y derechos humanos: Aportes desde la política pública*, hrsg. vom Ministerium für Justiz und Menschenrechte, Menschenrechtssekretariat, Buenos Aires 2015, S. 134–141.

75 Loris Zanatta, *La larga agonía de la Nación Católica: Iglesia y dictadura en la Argentina*. Buenos Aires 2015, S. 211–302; Stephan Ruderer, „Between Religion and Politics: The Military Clergy during the Dictatorships of the Late Twentieth Century in Argentina and Chile", in *Journal of Latin American Studies* 47/3 (2015), S. 463–489.

76 Veit Straßner, „‚La lucha continúa' – Der Kampf um die Erinnerungen an die Verschwundenen der argentinischen Militärdiktatur", in *Totalitarismus und Demokratie: Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung* 3 (2006), S. 345–386, hier S. 300–302.

beruht, sondern auch auf Liebe und Verzeihen“[77]. Die Öffentlichkeit nahm dies überwiegend als Parteinahme für die alten Verbündeten wahr. Dieses Konzept der „Versöhnung“ wurde von den Opfern als Versuch verstanden, die Vergangenheit zurückzulassen, ohne dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und die lange Zeit geleugneten Tatsachen überhaupt untersucht würden.

In gleicher Weise bediente sich Präsident Carlos Menem immer wieder dieses Topos’ und rechtfertigte damit etwa die Begnadigung der bereits verurteilten Militärs und einiger Mitglieder der Guerilla. Seine Vergangenheitspolitik folgte dem Ideal der *Reconciliación* oder *Pacificación Nacional*, das maßgeblich von der Vorstellung geprägt war, man solle die Vergangenheit ruhen lassen und den Blick nach vorne richten. Für die Opfer und ihre Angehörigen stellten die Straflosigkeit und das Vergessen die zwei Seiten der Münze dar, mit der diese vermeintliche Nationale Versöhnung bezahlt werden sollte.[78]

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass Versöhnungsinitativen in Argentinien keinen großen Erfolg hatten und auch in der Vergangenheitspolitik keine bedeutende Rolle einnehmen konnten.

2.6 Aufarbeitungsgesetze

Die Fragen der Aufarbeitung und hier besonders der Entschädigung wurden in Argentinien stets rechtsförmig behandelt. Da die Genese, die Inhalte und Entstehungskontexte der Aufarbeitungsgesetze bereits an den entsprechenden Stellen dieser Studie ausführlicher dargelegt wurden, soll hier ein tabellarischer Überblick über die relevanten Rechtsnormen genügen.

Rechtsnorm	Jahr	Inhalt
Ley Nr. 22.924	1983	Ley de Pacificación Nacional: Amnestie für mögliche Straftaten, die im Rahmen des Antisubversionkampfes begangen wurden, aber auch für mögliche terroristische Straftaten
Ley Nr. 23.040	1983	Aufhebung des Auto-Amnestiegesetzes der Militärregierung (*Ley de Pacificación Nacional*, Ley Nr. 22.924)
Decreto 187/83	1983	Schaffung der Wahrheitskommission *Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas*
Ley Nr. 23.049	1984	Reform des Militärgesetzbuches (*Código Militar*)
Ley Nr. 23.053	1984	Rückkehr von Personen des Auswärtigen Dienstes, denen aus politischen Gründen die Einreise verweigert worden war

77 Conferencia Episcopal Argentina, „Asamblea Plenaria: *Democracia, responsabilidad y esperanza* (13.04.1984)“, in *Iglesia y Democracia en la Argentina. Selección de documentos del Episcopado Argentino*, hrsg. von der Argentinischen Bischofskonferenz, Buenos Aires: Conferencia Episcopal Argentina, 2006, S. 95–102, 101.

78 Straßner, *Die offenen Wunden Lateinamerikas*, S. 132.

Rechtsnorm	Jahr	Inhalt
Ley Nr. 23.117	1984	Wiedereingliederung von Arbeitern in öffentlichen Unternehmen, die wegen politischer oder gewerkschaftlicher Aktivitäten entlassen worden waren
Ley Nr. 23.238	1985	Wiedereingliederung von Lehrkräften, die aus politischen Gründen entlassen worden waren
Ley Nr. 23.278	1985	Anrechnung von Zeiten politisch bedingter Arbeitslosigkeit auf die Renten- und Pensionsansprüche
Ley Nr. 23.466*	1986	Erstes Gesetz zur finanziellen Entschädigung von Angehörigen Verschwundener durch eine minimale Pension
Ley Nr. 23.511	1987	Einrichtung der Nationalen Gen-Datenbank
Ley Nr. 23.523	1988	Wiedereingliederung von Bankmitarbeitern, die aus politischen Gründen entlassen worden waren
Ley Nr. 23.852	1990	Befreiung der Kinder von Verschwundenen von der Wehrpflicht
Decreto 70/91*	1991	Dekret zur finanziellen Entschädigung ehemaliger politischer Häftlinge
Ley Nr. 24.043*	1991	Entschädigungsgesetz für ehemalige politische Häftlinge
Ley Nr. 25.457	1992	Einrichtung der CONADI
Ley Nr. 24.321*	1994	Klärung des rechtlichen Status der Verschwundenen durch eine *declaración de ausencia por desaparición forzada*
Ley Nr. 24.411*	1994	Entschädigung der Angehörigen der Verschwundenen und Ermordeten durch eine Einmalzahlung in Höhe von ca. 220.000 US-Dollar
Ley Nr. 25.633	2002	Erklärung des 24. März als *Día Nacional de la Memoria por la Verdad y la Justicia*
Ley Nr. 26.085	2004	Erklärung des 24. März (*Día Nacional de la Memoria por la Verdad y la Justicia*) zum nationalen Feiertag
Ley Nr. 26.564	2009	Ausweitung der Leyes Nr. 24.043 und 24.411 auf den Zeitraum vom 16. Juni 1955 bis zum 9. Dezember 1983
Decreto 4/2010	2010	Regelung des Zugangs zu Akten und Archiven
Ley Nr. 26.691	2011	Erklärung der Geheimen Haftzentren aus der Zeit der Diktatur zu Erinnerungsorten
Ley Nr. 26.913	2013	Zubilligung einer Gnadenpension für die Leistungsempfänger der Ley Nr. 24.043 sowie weiterer Personengruppen
Ley Nr. 27.143	2015	Aufhebung der Antragsfristen für Entschädigungsleistungen gemäß der Leyes Nr. 24.043, 24.411 und 26.564
Resolución 670/16 (Ministerio de Justicia y Derechos Humanos)	2016	Finanzielle Entschädigungen für Personen, die aus politischen Gründen ins Exil gehen mussten

Hinweis: Alle hier angeführten Gesetze, Dekrete und Verordnungen sind mittlerweile online abrufbar, die URLs ändern sich jedoch häufig. Die Gesetze sind durch eine einfache Online-Suche mit der Nummer des Gesetzes bzw. Dekretes (ggf. mit dem zusätzlichen Suchbegriff „Argentina“) problemlos aufzufinden.
Die mit * gekennzeichneten Gesetze (sowie ggf. weitere Ausführungsbestimmungen) finden sich in englischer Übersetzung in Pablo de Greiff (Hrsg.), *The Handbook of Reparations*, Oxford 2006, Kapitel 22.

Betrachtet man den Korpus und den Entstehungsprozess der argentinischen Aufarbeitungs- und Entschädigungsgesetze, so fallen drei Aspekte besonders auf:

(i) Üblicherweise wurden die wesentlichen inhaltlichen Fragen der Aufarbeitung bzw. Entschädigung durch die Legislative in Form von Gesetzen geregelt. Rechtsnormen unterhalb der Gesetzesebene wie präsidentielle Dekrete oder ministerielle Erlasse stellen die Ausnahme dar (davon unberührt sind freilich die auf die Gesetze als Ausführungsnormen folgenden Dekrete und Resolutionen). Im Falle des Entschädigungsdekrets 70/91 folgte auf das unabgestimmte Vorpreschen des Präsidenten bald eine einheitliche gesetzliche Regelung durch den Gesetzgeber.

(ii) Auffällig ist auch, dass viele Aufarbeitungsgesetze (sowohl im Bereich der Reparationen als auch in dem der strafrechtlichen Aufarbeitung) erstritten werden mussten. Die Initiative für die Gesetze ging in der Regel nicht von staatlichen Stellen aus. Vielmehr war es der Druck, den die Menschenrechts- und Opferorganisationen durch Musterprozesse aufbauten, der die Themen auf der öffentlichen und auf der politischen Agenda platzierte.

Mit den peronistischen Regierungen von Néstor und später Cristina Kirchner ist hier ein Wandel festzustellen. Die Aufarbeitung der Vergangenheit wurde unter diesen Präsidentschaften zum expliziten Politikziel erhoben. Hinsichtlich der vorangegangenen Präsidenten (mit Einschränkungen bei der Präsidentschaft von Raúl Alfonsín) kann man dagegen fast sagen, dass Fortschritte im Bereich der Aufarbeitung eher trotz statt wegen der Regierungspolitik erzielt werden konnten.

(iii) Im Zusammenhang mit den erwähnten Präzedenzfällen und Musterklagen kommt im Falle Argentiniens – wie auch in vergleichbaren Fällen – internationalen Rechtsnormen eine besondere Bedeutung zu. So war es immer wieder der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof in San José, Costa Rica, der von den Opfern angerufen wurde. Eine drohende Niederlage in San José bewegte die Regierung dann zu außergerichtlichen Einigungen und zur einheitlichen Regelung der zur Debatte stehenden Fragen in Form von Gesetzen.

2.7 Aktenzugang

2.7.1 Die angebliche „Nicht-Existenz“ von staatlichen Informationen und Akten

Wie in vielen Ländern mit vergleichbarer Vergangenheit stellte der Zugang zu verlässlichen Informationen über Art und Ausmaß der Repression wie auch über das Schicksal einzelner Opfer oder über die Verantwortlichkeiten ein heikles Thema dar.[79] Gerade in Argentinien war die Repression durch ein hohes Maß an Verschleierung

79 Elizabeth Jelin, „Introducción: Gestión política, gestión administrativa y gestión historica: Ocultamientos y descubrimientos de los archivos de la represión“, in Ludmila da Silva Catela und Elizabeth Jelin (Hrsg.), *Los archivos de la represión: Documentos, memoria y verdad*, Madrid 2002, S. 1–13.

geprägt, wie auch die weit verbreitete Praxis des Verschwindenlassens zeigt. Die Streit- und Sicherheitskräfte bestritten deshalb stets, in die repressiven Aktionen eingebunden (gewesen) zu sein. Sie gaben vor, nichts vom Verschwinden von Personen zu wissen und folglich auch über keinerlei Akten oder Archive zu verfügen. Es gäbe – so das über Jahrzehnte gepflegte Narrativ – schlichtweg keine Dokumente über den „Anti-Subversionskampf".

2.7.2 Die Bedeutung der Archive der Menschenrechts- und Opferorganisationen

Folglich stellten die Archive, die von den Menschenrechts- und Opferorganisationen im Laufe der Jahre zusammengetragen wurden, die einzige Informationsquelle dar. So stützte sich auch die CONADEP bei ihrer Arbeit maßgeblich auf die Dokumentation dieser Organisationen. Ähnlich verhielt es sich mit den Nachforschungen im Rahmen der Junta-Prozesse und später der „Wahrheitsprozesse" sowie mit den gerichtlichen Untersuchungen vor der Justiz anderer Nationen. Zugleich förderten diese Prozesse weiteres Material und weitere Erkenntnisse zutage, die oft zerstreut in den Gerichtsarchiven lagen.

2.7.3 Die Gründung des Nationalen Erinnerungsarchivs (2003)

Um die im Laufe der Zeit angesammelten Dokumente zu verwalten und zu pflegen, schuf Präsident Néstor Kirchner im Dezember 2003 das dezentral organisierte *Archivo Nacional de la Memoria* (ANM) (Decreto 1259/2003), das der *Secretaría de Derechos Humanos* angegliedert war. Das Gründungsdekret nennt als Aufgaben des Archivs das Entgegennehmen, Analysieren, Klassifizieren, Vervielfältigen, Digitalisieren und Archivieren von Informationen, Zeugenaussagen und Dokumenten über die Verletzungen der Menschenrechte und der Freiheitsrechte durch den argentinischen Staat und über die gesellschaftlichen und institutionellen Antworten auf diese Vergehen.

Das ANM sollte auch aktiv bei anderen Behörden nach entsprechenden Informationen und Dokumenten suchen. In den vorangegangenen Jahren waren in verschiedenen Provinzen geheime Archive unterschiedlicher Einheiten der Streit- und Sicherheitskräfte entdeckt worden.[80] Das ANM sollte diese und noch folgende Bestände erschließen und zugänglich machen.

Im Rahmen der Untersuchungen seit der Aufhebung der Amnestiegesetze wollten die Gerichte immer wieder auf Beweismaterial aus dem ANM zurückgreifen. In der Praxis stellte sich dies als Problem dar, da viele dieser Dokumente der Geheimhaltungspflicht unterlagen. Es war somit in jedem Einzelfall notwendig, die jeweiligen Akten für die Gerichtsuntersuchungen freizugeben. Im Jahr 2010 wurde durch das De-

80 Torras et al., *Memoria, verdad y justicia*, S. 6 f.

creto 4/2010 der Zugang zu entsprechenden Akten (mit Ausnahme der Akten, die den Malvinas-/Falkland-Konflikt oder andere zwischenstaatliche Konflikte zum Gegenstand haben) gewährt. Die Geheimhaltungspflicht, so hieß es in dem Dekret, würde der vergangenheitspolitischen Strategie zuwiderlaufen, die der argentinische Staat seit 2003 verfolge, also seit dem Beginn der Präsidentschaft Néstor Kirchners.

2.7.4 Entdeckung und Erschließung der Militärarchive

In den unterschiedlichen Behörden und Ministerien wurden in der Folge Arbeitsgruppen eingerichtet, die in ihren Einrichtungen nach entsprechenden Akten und Archivbeständen suchen sollten. Im Jahr 2013 vermeldete etwa das Verteidigungsministerium, dass in den Kellern eines Gebäudes der Luftwaffe 1.500 Akten mit „schwarzen Listen“ aus der Zeit der Diktatur gefunden worden seien. Ebenso wurden Protokolle von Junta-Sitzungen entdeckt. Nach diesen Funden ordnete der Verteidigungsminister an, die Chefs der Generalstäbe der Teilstreitkräfte hätten dafür Sorge zu tragen, dass in allen Einrichtungen der Streitkräfte etwaige Archivbestände lokalisiert und gemeldet werden sollten. Im Jahr 2015 wurde innerhalb des Verteidigungsministeriums eine Archivstruktur geschaffen, um diese Bestände zu erschließen und zugänglich zu machen.[81]

2.7.5 Erschließung und Konservierung der Archive der Menschenrechts- und Opferorganisationen

Die Archive der Menschenrechts- und Opferorganisationen beinhalteten über Jahrzehnte die einzigen Dokumente und Akten zu den Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktatur. Der Zustand dieser „Archive“ hing dabei maßgeblich von den finanziellen Möglichkeiten der NGOs und dem Engagement der Personen ab, die sich um die Erschließung und Pflege der Archivbestände kümmerten. Im Jahr 2000 schlossen sich die bedeutendsten NGOs zu einer erinnerungspolitischen Allianz zusammen.[82] *Memoria Abierta*, so der Name des Zusammenschlusses, setzte sich zum Ziel, die Archivbestände der beteiligten Organisationen vollständig zu erfassen, zu verschlagworten und digital zugänglich zu machen, um so interessierten Journalisten und Wissenschaftlern einen besseren Zugang zu den Quellen zu ermöglichen. Auf diese Weise

81 Torras et al., Memoria, verdad y justicia, S. 7 f.

82 Derzeit sind folgende NGOs eingebunden: Asamblea Permanente por los Derechos Humanos (APDH), Buena Memoria, Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS), Comisión de Homenaje a las Víctimas de Vesubio y Protobanco, Comisión por la Memoria, la Verdad y la Justicia de Zona Norte, Familiares de Desaparecidos y Detenidos por Razones Políticas, Fundación Memoria Histórica y Social Argentina, Madres de Plaza de Mayo – Línea Fundadora, Servicio de Paz y Justicia (SERPAJ).

wurden bereits rund 25.000 Archivalien registriert. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Staat wollten die Menschenrechts- und Opferorganisationen die Hoheit über ihre Archivbestände behalten und waren nicht gewillt, diese in staatliche Obhut zu geben.

Daneben baute *Memoria Abierta* ein audiovisuelles Archiv auf. Zu diesem Zweck wurden über Jahre Hunderte von Zeitzeugeninterviews aufgezeichnet und verschlagwortet.[83]

2.7.6 Zwischenbilanz

Nachdem anfangs außer den Archiven und Materialsammlungen der Menschenrechts- und Opferorganisationen scheinbar keine Archive bestanden und später der Zugang zu den Archiven streng reglementiert war, konnten in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Fortschritte erzielt werden. Im Jahr 2011 legte die NGO *Memoria Abierta* einen Archivführer vor, in dem die damals bekannten und erschlossenen Bestände aufgelistet waren. Ziel war es, die Arbeit der Staatsanwaltschaften bei der Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu unterstützen. Bereits 2011 konnte in der Publikation auf 26 Archive hingewiesen werden;[84] in den vergangenen Jahren kamen weitere hinzu. Ein qualitativ neuer Schritt war die Öffnung erster Militärarchive.[85] Da der Zugang zu den einzelnen Archiven in der Regel auf der Ebene der Provinzen und in Bezug auf das jeweilige Archiv geregelt ist, variieren die konkreten Arbeits- und Zugangsbedingungen von Archiv zu Archiv und hängen nicht zuletzt von der Kooperationswilligkeit der Einrichtungen ab.[86]

2.8 Gedenkorte

Das Thema Erinnerung und Gedenken spielte unmittelbar nach dem Ende der Diktatur zunächst eine untergeordnete Rolle. Die Aktivitäten der Menschenrechts- und Opferorganisationen konzentrierten sich auf die Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit.

---

83 Straßner, *Die offenen Wunden Lateinamerikas*, S.132 f.; Federico G. Lorenz, „Archivos de la represión y memoria en la República Argentina“ (2007), S. 5 f., verfügbar unter: http://www.historizarelpasadovivo.cl/downloads/archivoargentina.pdf (letzter Zugriff: 17.10.2022).

84 Memoria Abierta, *Guía de archivos útiles para la investigación judicial de delitos de lesa humanidad*. Buenos Aires 2011.

85 Cinthia Balé, „Usos del archivo y políticas de la memoria: un análisis del proceso de ‚apertura‘ de los archivos militares en Argentina (2003–2015)“, in *Nuevo Mundo Mundos Nuevos (2018)*, verfügbar unter: http://journals.openedition.org/nuevomundo/73860; DOI: https://doi.org/10.4000/nuevomundo.73860 (letzter Zugriff: 17.10.2022).

86 Juan Luis Besoky, „Como dos extraños: dilemas del joven historiador frente al archivo“, in *Hilos Documentales* 1/1 (2018), verfügbar unter: https://revistas.unlp.edu.ar/HilosDocumentales/article/view/5956/5332 (letzter Zugriff: 17.10.2022).

Im Kontext des 20. Jahrestages des Putsches (1996) konkretisierten sich die Wünsche und Forderungen der Menschenrechtsbewegung nach einem Gedenkort. Nach zahlreichen Debatten und Kontroversen wurde im Stadtparlament von Buenos Aires die Einrichtung eines *Parque de la Memoria*, eines Erinnerungsparks, an den Ufern des Río de la Plata beschlossen, über dessen Mündungsdelta zahlreiche Regimegegner bei den berüchtigten „Todesflügen" abgeworfen worden waren. Viele Leichen wurden an die Ufer des Flusses gespült; noch mehr Leichen blieben für immer verschwunden. Es dauerte etliche Jahre, bis der Park fertiggestellt wurde. Neben dem Gedenken finden dort heute auch Kulturevents und Veranstaltungen zur Menschenrechtserziehung statt.[87]

Etwa zur gleichen Zeit setzte Carlos Menem, der damalige Staatspräsident, ein entgegengesetztes Zeichen: Im Januar 1998 ordnete er den Abriss der *Escuela Mecánica de la Armada* (ESMA) an (Decreto 8/98). Die in Buenos Aires gelegene ESMA war während der Diktatur eines der berüchtigtsten Haft- und Folterzentren. Tausende Menschen wurden dort gefangen gehalten und gefoltert. Viele von ihnen wurden anschließend tot oder betäubt über dem Río de la Plata abgeworfen.

Im Decreto 8/98 war ausdrücklich davon die Rede, dass der Abriss einen „unleugbaren symbolischen Wert" habe und Zeugnis für den Willen sei, die „Widersprüche der Vergangenheit" hinter sich zu lassen, die „Lehren der jüngsten Geschichte anzunehmen". So käme der „Wille zur Versöhnung zwischen den Argentiniern zum Ausdruck". An derselben Stelle sollte ein repräsentatives Symbol der nationalen Einheit entstehen.[88]

Dieser Vorstoß Menems löste heftige Protest seitens der Menschenrechtsbewegung sowie eine breite öffentliche Debatte aus. Angehörige der Verschwundenen klagten gegen diese Pläne und bekamen im Oktober 1998 Recht: Als Ort massiver Menschenrechtsverletzung komme der ESMA bei laufenden oder künftigen Gerichtsprozessen eine wichtige Funktion zu, wenn es etwa darum gehe, das dort Geschehene zu rekonstruieren. Darüber hinaus stelle die ESMA einen Teil des kulturellen Erbes der Nation dar und sei deswegen schutzwürdig.[89] Fünf Jahre später wurde die ESMA unter Präsident Kirchner den Menschenrechtsorganisationen übergeben, damit dort ein *Museo de la Memoria* entstehe.

Das *Museo de la Memoria* untersteht direkt dem Menschenrechtssekretariat des Ministeriums für Justiz und Menschenrechte und wird aus öffentlichen Mitteln finanziert. Mit einem Mitarbeiterstab von rund 50 Personen (zuzüglich des Aufsichts- und Dienstpersonals) ist es gut ausgestattet.

---

87 Einen (visuellen) Eindruck bietet https://parquedelamemoria.org.ar/en/empy/ (letzter Zugriff; 17.10.2022).

88 Estela Schindel, „Die Präsenz der Vergangenheit im urbanen Raum: Erinnerungsorte in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay", in *Lateinamerika Analysen* 9 (2004), S. 155–180, hier S. 169 f.

89 CELS, *Derechos Humanos en la Argentina 1998*, S. 68 ff.

Die Dauerausstellung befindet sich im Hauptgebäude der ESMA. Auf mehreren Stockwerken und in vielen Ausstellungssälen werden unterschiedliche Aspekte des Staatsterrorismus in Bezug zum konkreten Ort – der ESMA – vermittelt: Mit Filmen, Informationstafeln und Videoinstallationen werden etwa der historische Kontext, die Geschichte der ESMA und die *Juicios* (Gerichtsverfahren) thematisiert. Einzelne Themenräume behandeln etwa das Schicksal der schwangeren Häftlinge, Folter, Zwangsarbeit, das Personal (Folterer, Befehlshaber) oder die Bereicherung am Besitz der Verschleppten. Die Dauerausstellung wurde in einem langen Konsultationsprozess erarbeitet, an dem neben Fachwissenschaftlern und Museumsexperten auch Überlebende der ESMA, Zeitzeugen und Vertreter der Menschenrechts- und Opferorganisationen beteiligt waren.[90]

Neben einer Dauerausstellung werden immer wieder thematische Sonderausstellungen angeboten. Ebenso finden dort kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen rund um das Thema Erinnerungskultur und Diktatur statt. Neben didaktischen Materialien bietet das Museum auch Lehrerfortbildungen sowie geführte Besuche an. Jedes Jahr besuchen Tausende Menschen das Museum.

Ausgehend von der Einzelfallentscheidung, die ESMA zu einem Erinnerungsort zu machen, wurde im Jahr 2011 ein Gesetz verabschiedet, das alle geheimen Haftzentren aus der Zeit der Diktatur zu Erinnerungsorten erklärte (Ley Nr. 26.691). Dieses Gesetz verpflichtet die Regierung, diese Orte zu erhalten und gerichtliche Untersuchungen zu ermöglichen. Außerdem sollten die Orte als Gedenkorte bewahrt werden, an denen die Erinnerung an das wachgehalten werden soll, „was sich während des Staatsterrorismus in unserem Land ereignete“ (Art. 2). Seither wurden in Argentinien fast 50 Gedenkstätten an Erinnerungsorten der Diktatur geschaffen, für deren Verwaltung das *Archivo Nacional de la Memoria* zuständig ist.[91] An weiteren 160 Stellen wurden Informationstafeln angebracht. Die Zuständigkeit hierfür liegt teilweise auf der Ebene der Bundesregierung, teilweise auf der Ebene der Provinzregierungen.[92] In die Gestaltung der Erinnerungsorte sowie der Informationstafeln werden stets auch zivilgesellschaftliche Akteure wie etwa Opfer- und Menschenrechtsorganisationen oder auch Überlebende eingebunden, die diese Orte aus ihrer eigenen Erfahrung kennen.[93]

90 Marisa González de Oleaga, „¿La memoria en su sitio? El museo de la Escuela de Mecánica de la Armada“, in *Kamchatka: Revista de análisis cultural* 13 (2019), S. 117–162.

91 Ein Überblick über die Gedenkstätten und Erinnerungsorte findet sich unter https://www.argentina.gob.ar/sites/default/files/mapa_espacios_memoria.pdf (letzter Zugriff; 06.10.2020).

92 Unter https://www.argentina.gob.ar/sites/default/files/mapa_senalizaciones_sitios_memoria.pdf (letzter Zugriff: 06.10.2020) findet sich eine Auflistung der Gedenktafeln, Hinweisschilder etc.

93 Torras et al., *Memoria, verdad y justicia*, S. 9 f.

2.9 Gedenkveranstaltungen

2.9.1 Die Donnerstags-Proteste der Madres de Plaza de Mayo

Der Donnerstag ist seit Jahrzehnten der wöchentlich wiederkehrende Gedenktag, an dem die *Madres de Plaza de Mayo*, die Mütter der Verschwundenen mit ihren weißen Kopftüchern, vor dem Präsidentenpalast die Menschenrechtsverletzungen anklagen und Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen fordern. Seit April 1977 treffen sich die *Madres* wöchentlich auf der Plaza de Mayo, um ihre Runden um den Obelisken auf der Plaza zu drehen. Während der Diktatur waren Proteste im Stehen verboten. Im November 2020 fand die *Marcha* zum 2.222. Mal auf der Plaza de Mayo statt. An normalen Donnerstagen beteiligen sich rund zwei bis drei Dutzend Personen an der *Marcha*; altersbedingt nehmen immer weniger *Madres* an den Kundgebungen teil.

2.9.2 Die Entwicklung des 24. März zum Nationalen Gedenktag

Der emblematische Tag des Gedenkens im Zusammenhang mit der argentinischen Militärdiktatur ist der 24. März, der Tag des Putsches. Während der Militärdiktatur nutzten die Streitkräfte diesen Tag, um an die Verantwortung zu erinnern, aus der heraus sie die Aufgabe übernommen hatten, die Nation vor der Bedrohung der Subversion zu retten. Ab Anfang der 1980er-Jahre wurden aber im Kontext des Jahrestags des Putsches auch immer wieder kritische und abweichende Meinungen bei Protestaktionen artikuliert.[94]

Mit der Rückkehr zur Demokratie nutzte die Menschenrechtsbewegung diesen Tag, um ihren Forderungen nach *Verdad y Justicia*, nach Aufklärung und Gerechtigkeit, Nachdruck zu verleihen. Es war zunächst ein inoffizieller Gedenktag, den die außerparlamentarische Opposition und die Zivilgesellschaft nutzten, um die unzulängliche Aufarbeitung der Vergangenheit anzuklagen. Regelmäßig gingen Tausende von Menschen an diesem Tag auf die Straßen. Die Regierungschefs bemühten sich über Jahre, dieses Datum so weit wie möglich zu ignorieren. Erst anlässlich des 20. Jahrestags des Putsches im Jahr 1996 äußerte sich mit Carlos Menem zum ersten Mal ein demokratisch gewählter Präsident an diesem Datum zum Putsch. Er tat dies allerdings in einer abstrakten Weise, benannte keine Verantwortlichkeiten und sprach von einem „schmutzigen Krieg“, bei dem viel Blut vergossen worden sei.[95] Er bediente damit das in Argentinien immer wieder bemühte Bild von den zwei Dämonen (dem der Subversion und dem der Militärs), die gegeneinander einen blutigen Krieg führten. Dieses

94 Federico G. Lorenz, „¿De quién es el 24 de Marzo? Las luchas por la memoria del golpe de 1976“, in Elizabeth Jelin (Hrsg.), *Las conmemoraciones: Las disputas en las fechas „in-felices“*, Madrid 2002, S. 53–100.

95 Lorenz, „¿De quién es el 24 de Marzo?“, S. 85 f.

als „Theorie der zwei Dämonen“ bekannte Narrativ setzt die Gewalt beider Seiten gleich und blendet gleichzeitig die Verantwortung und Beteiligung anderer Akteure und der Gesellschaft als Ganzer aus.[96] Anlässlich des 20. Jahrestags des Putsches fanden zahlreiche von der Menschenrechtsbewegung initiierte Veranstaltungen statt, an denen allein in Buenos Aires zwischen 50.000 und 100.000 Menschen teilnahmen.[97]

Nachdem der 24. März über lange Jahre ein Gedenktag war, der von der Menschenrechtsbewegung mit Inhalten gefüllt wurde, griff Präsident Menem im Jahr 1998 diese Datum auf und ordnete in einem Dekret (Decreto Nr. 314/98) an, dass in den Schulen und Bildungseinrichtungen an diesem Tag eine „kritische Analyse“ des Staatsstreichs stattfinden und der Opfer gedacht werden solle – „sowohl der Opfer der irrationalen Gewalt, die von den bewaffneten Gruppen ausging, als auch der Opfer der illegalen Repression.“

Vier Jahre später, im Jahr 2002, verabschiedete das Parlament die Ley Nr. 25.633, die den 24. März als *Día Nacional de la Memoria por la Verdad y la Justicia* („Nationaler Erinnerungstag für die Wahrheit und die Gerechtigkeit“) etablierte. Er sollte dem Gedenken an diejenigen dienen, die „Opfer jenes Prozesses wurden, der an diesem Tag im Jahr 1976 seinen Anfang nahm“ (Art. 1). Somit wurde der 24. März zum offiziellen Gedenktag, war jedoch noch kein „Feiertag“ in dem Sinne, dass er arbeitsfrei wäre. Dies wurde im Jahr 2006 erreicht, als das Parlament einer Gesetzesvorlage von Präsident Néstor Kirchner zustimmte und den 24. März zum nationalen Feiertag erhob (Ley Nr. 26.085).

Zu gesellschaftlichen Kontroversen kam es, als der konservative Präsident Mauricio Macri im Januar 2017 den *Día Nacional de la Memoria, por la Verdad y la Justicia* in einen beweglichen Feiertag umwandeln wollte, sodass er bei Bedarf auf einen Montag oder einen Freitag verschoben werden konnte, was der Bevölkerung ein verlängertes Wochenende beschert hätte. Diese Entscheidung zog so massive Proteste nach sich, dass Macri zurückrudern musste. Seine Kritiker sahen darin ein weiteres Zeichen für die Strategie Macris, die Bedeutung der Diktatur in der öffentlichen Wahrnehmung zurückzudrängen und den Staatsterrorismus zu banalisieren. Zu dieser Strategie passte auch, dass Macri bei der Neuauflage des CONADEP-Berichts lediglich den kontrovers diskutierten Prolog der Erstausgabe aufnehmen und das zweite Vorwort, das bei anderen Neuauflagen des Berichts ergänzt worden war, streichen ließ (vgl. Kap. 2.10.1.).

2.9.3 Die „Widerstandsmärsche“ der Menschenrechtsbewegung

Seit 1981 organisierten die *Madres de Plaza de Mayo* jedes Jahr im Dezember eine *Marcha de Resistencia*. Sie nahmen dabei stets auf die aktuelle politische Situation sowie

96 Straßner, „La lucha continúa!“.
97 Lorenz, „¿De quién es el 24 de Marzo?“, S. 87 f.

auf ihre Anliegen Bezug (Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, Bestrafung der Verantwortlichen etc.). Die ersten *Marchas* standen unter dem Motto „*Con vida los llevaron, con vida los queremos*“ („Lebendig haben sie sie mitgenommen, lebendig wollen wir sie zurück“). Im Kontext des Falkland-/Malvinas-Konfliktes etwa lautete das Motto der *Marcha „Las Malvinas son argentinas, los desaparecidos también*“ („Die Malvinas-Inseln sind argentinisch, die Verschwundenen auch“). Im Laufe der Zeit wandelte sich das Profil der *Marchas*, auch wenn die Grundforderungen nach *Verdad y Justicia* immer gleich blieben. Die *Marchas*, an denen sich regelmäßig Tausende Menschen beteiligten, hatten die Funktion, die Politik der Straflosigkeit anzuklagen.[98]

Im Jahr 2006, während der Präsidentschaft Néstor Kirchners, stellten die *Madres* ihre alljährlichen *Marchas* ein. Mit Kirchner im Präsidentenpalast, so die *Madres*, hätten sie einen Freund und nicht mehr einen Feind in der *Casa Rosada*, dem Regierungssitz.

Am 10. Dezember 2015 aber, dem Internationalen Tag der Menschenrechte und dem Tag des Amtsantritts des Konservativen Mauricio Macri, nahmen die mittlerweile hochbetagten *Madres* ihre *Marchas* wieder auf.

2.10 Aufarbeitungsinstitutionen

2.10.1 Die Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas (CONADEP)

Die Erwartungen waren hoch, die sich an die erste Regierung nach dem Ende der Diktatur richteten. Raúl Alfonsín war bereits im Wahlkampf mit dem Versprechen angetreten, die Menschenrechtsverletzungen der Diktatur zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Alfonsín war 1975 Gründungsmitglied der Menschenrechtsorganisation *Asamblea Permanente por los Derechos Humanos* (APDH) und somit den Anliegen der Opfer seit langem verbunden.

In der ersten Woche nach seiner Amtsübernahme richtete Alfonsín die *Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas* (CONADEP, Nationale Kommission über das Verschwinden von Personen) ein.[99] Ihr Auftrag war es, innerhalb eines halben Jahres das Schicksal aller Verschwundenen der Jahre 1976 bis 1983 zu untersuchen (Decreto 187/83). Alle staatlichen Einrichtungen ebenso wie die Streit- und Sicherheitskräfte wurden zur Zusammenarbeit verpflichtet. Die CONADEP hatte die Aufgabe, die Arbeit der Gerichte vorzubereiten und zu unterstützen. Sie selbst sollte jedoch keine rechtliche Bewertung vornehmen.

Entgegen den Forderungen der Menschenrechtsbewegung handelte es sich bei der CONADEP nicht um eine parlamentarische Untersuchungskommission, sondern

98 Inés Vázquez et al., *Luchar Siempre: Las Marchas de la Resistencia 1981–2003*. Buenos Aires 2004.
99 Emilio Crenzel, „Argentina’s National Commission on the Disappearance of Persons: Contributions to Transitional Justice“, in *The International Journal of Transitional Justice* 2 (2008), S. 173–191.

um eine vom Präsidenten eingesetzte, deren Mitglieder von ihm bestimmt wurden. Das 13-köpfige Gremium bestand aus Vertretern des Parlaments, der Religionsgemeinschaften sowie aus bekannten Persönlichkeiten aus Kultur und Gesellschaft. Den Vorsitz hatte der Schriftsteller Ernesto Sábato inne. Die Mehrheit der rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CONADEP stammte aus den Reihen der Menschenrechtsorganisationen, deren Archive die wesentliche Informationsquelle der Kommissionsarbeit bildeten.

Das Mandat der CONADEP war ursprünglich auf sechs Monate angelegt, wurde aber einmal um drei weitere Monate verlängert. Rund 7.000 Personen wurden während dieser Zeit angehört. Besonders wertvoll für die Rekonstruktion des Schicksals der Verschwundenen waren die Aussagen der Überlebenden. So gelang es, rund 340 geheime Haftzentren im ganzen Land zu identifizieren und teilweise in Augenschein zu nehmen. Auf Friedhöfen und in möglichen Massengräbern wurde nach den sterblichen Überresten der Verschwundenen gesucht.

Nach neunmonatiger Arbeit stellte Alfonsín am 20. September 1984 in einer bewegenden Feier die Ergebnisse der Kommissionsarbeit vor. Auf den Straßen nahmen rund 70.000 Menschen öffentlich Anteil an der Übergabe des Berichts. Auf rund 50.000 Aktenseiten wurde das Verschwinden von 8.960 Menschen dokumentiert. Zugleich räumte die Kommission ein, dass die tatsächliche Zahl höher liege.[100] Die CONADEP hielt in ihrem Bericht fest, dass es sich bei den Verbrechen nicht um Einzelfälle handelte, sondern dass man von einem systematischen Staatsterrorismus sprechen müsse, bei dem die „Exzesse“ zur Normalität gehörten.[101] Der Bericht nannte die Verantwortlichen nicht beim Namen. Diese Namen wurden dem Präsidenten gesondert übergeben. Die Bedeutung der CONADEP kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es gab im Juli 1984 einen zweistündigen Dokumentarfilm über die Arbeit der Kommission, in dem Angehörige und Opfer zu Wort kamen.[102]

Mit der *Subsecretaría de Derechos Humanos* wurde eine Einrichtung geschaffen, die die Arbeit und die Archive der CONADEP weiterführen sollte. Sie sollte auch das Schicksal der verschwundenen Kinder aufklären und weitere Anzeigen entgegennehmen. Sie erarbeitete eine Zusammenfassung der CONADEP-Ergebnisse, die unter dem Titel *Nunca Más. Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas* im November 1984 in Buchform erschien. Innerhalb von zwei Monaten waren zwei weitere Auflagen erforderlich. In den folgenden Jahren erschien das Werk in zahlreichen Auflagen und Neueditionen.[103] Bis heute ist es im Buchhandel erhältlich.

100 CONADEP, *Nunca Más*, S. 479.

101 Ebd., S. 8.

102 Crenzel, „Argentina’s National Commission“, S.181–184.

103 Der Prolog der ersten Auflage sorgte für polemische Diskussionen, da dieser einem Narrativ folgt, das in Argentinien unter dem Begriff *Teoría de los dos demonios* bekannt ist: Verkürzt zusammengefasst bedeutet es, dass zwei „Dämonen“ (die subversiven Kräfte auf der einen und die Streitkräfte auf der anderen Seite) gegeneinander einen blutigen Krieg führten. Es wird also eine Symmetrie zwischen der Gewalt der beiden Akteure hergestellt. Die Gesellschaft selbst spielt in diesem Kontext keine Rolle,

Die CONADEP übergab, wie es ihr Mandat vorsah, über 1.000 Fälle an die Justiz. Die neu eingerichtete *Subsecretaría* unterstützte die Gerichte und leitete weitere Fälle von Menschenrechtsverletzungen an die Justiz weiter.[104]

2.10.2 Die Schaffung einer zentralen Menschenrechtsinstitution

Im Kontext der Arbeit der CONADEP wurde im September 1984 die *Subsecretaría de Derechos Humanos* geschaffen (Decreto 3090/84). Diese Institution war zunächst dem Innenministerium angegliedert und hatte u. a. die Aufgabe, als Anlaufstelle für die Anzeige von Menschenrechtsverletzungen zu dienen, den Menschenrechtsschutz zu fördern, die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen voranzutreiben etc. Vor allem aber sollten die Unterlagen der CONADEP bewahrt und gepflegt werden.

Die *Subsecretaría de Derechos Humanos* besteht bis heute fort. Allerdings haben sich im Laufe der Zeit die Bezeichnungen, die institutionelle Anbindung, das Aufgabenfeld sowie die Bedeutung verändert. Im Rahmen einer Strukturreform des Innenministeriums erhielt die Institution zunächst den Rang einer *Dirección Nacional de Derechos Humanos*. Die Zuständigkeit wurde um die Einhaltung internationaler Menschenrechtsnormen erweitert. Ebenso war die Institution zuständig für die Abwicklung der Entschädigungszahlungen. Bei einer weiteren Strukturreform des Innenministeriums wurde sie 1996 in *Subsecretaría de Derechos Humanos y Sociales* umbenannt. Im Jahr 1999 wurde die *Subsecretaría* dem Justizministerium angegliedert und im Jahr 2002 in den Rang einer *Secretaría* erhoben (Decreto Nr. 357/2002).

Schrittweise wuchs die Institution. Zu Beginn waren rund 50 Personen in der *Subsecretaría* beschäftigt. Die Zahl stieg während der Regierungszeit Néstor Kirchners zeitweise bis auf 1.000 Mitarbeiter an. Ebenso wurden die Aufgabenfelder ausgeweitet. Aktuell gehört die *Secretaría de Derechos Humanos* dem Ministerium für Justiz und Menschenrechte an und gliedert sich in zwei *Subsecretarías* – eine zur Förderung der Menschenrechte und eine zum Schutz der Menschenrechte. Zu ihren Aufgabenbereichen gehören u. a. folgende Unterabteilungen: das Nationale Institut für die Anliegen der Indigenen, der Bundesmenschenrechtsrat, das Nationale Erinnerungsarchiv (vgl. Kap. 2.7.3.), die CONADI (vgl. Kap. 2.10.3.), das *Centro Cultural de la Memoria Ha-*

---

vielmehr ist sie der „Ort“, an dem die beiden Dämonen aufeinandertreffen. Zum 30. Jahrestag des Putsches erschien unter der Präsidentschaft des Peronisten Néstor Kirchner eine Neuausgabe des Buches, der ein weiterer Prolog hinzugefügt wurde, der sich von dieser Sichtweise distanziert. Zehn Jahre später, mittlerweile war der marktliberale Konservative Mauricio Macri Präsident, erschien erneut eine weitere Neuauflage – jedoch ausschließlich mit dem ursprünglichen Prolog. An diesem Beispiel zeigt sich die geschichtspolitische Bedeutung von Narrativen und Frames. Vgl. Emilio Crenzel, „The Crimes of the Last Dictatorship in Argentina and its Qualification as Genocide: A Historicization“, in *Global Society* (2019), verfügbar unter: DOI: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13600826.2019.1598944 (letzter Zugriff: 17.10.2022).

104 Nino, *Radical Evil on Trial*, S. 80.

roldo Conti (Zentrum für Menschenrechtsbildung/-erziehung), die zentrale Koordinierungsstelle für Erinnerungsorte und Gedenkstätten, das Erinnerungsmuseum der *Escuela Mecánica de la Armada* (ESMA) und das Einheitliches Register für Opfer des Staatsterrorismus (RUVTE).[105]

Es zeigt sich, dass die in der Folge der CONADEP-Arbeit eingerichtete Institution nicht nur weiter bestand, sondern im Laufe der Zeit weiter gestärkt wurde. Ebenso wurde ihr Zuständigkeitsbereich ausgeweitet. Hierin spiegelt sich das sich ausweitende Menschenrechtsbewusstsein in Argentinien wider: Wurde das Thema „Menschenrechte" zunächst ausschließlich mit der Diktatur assoziiert, herrscht heute ein umfassenderes Verständnis vor. Im Laufe der Zeit waren es immer wieder prominente Persönlichkeiten aus den Reihen der Menschenrechtsbewegung, die die Leitung der *(Sub-)Secretarías* innehatten.

2.10.3 Die Comisión Nacional por el Derecho a la Identidad (CONADI)

Im Fokus der CONADEP stand das Schicksal der Verschwundenen. Die CONADI, die Nationale Kommission für das Recht auf Identität, hingegen sollte sich um das Schicksal der *desaparecidos vivos*, der „lebenden Verschwundenen", also der verschwundenen Kinder kümmern.

Bereits 1987 war die *Banco Nacional de Datos Genéticos*, die Nationale Gen-Datenbank, geschaffen worden (Ley Nr. 23.511). Die *Asociación Civil Abuelas de Plaza de Mayo*, die Vereinigung der Großmütter, die nach ihren verschwundenen bzw. in der Haft der Eltern geborenen Enkeln suchen, setzte sich in der Folge immer wieder für die Verbesserung der Ausstattung der Gen-Datenbank ein. Nach langem Insistieren erreichte sie 1992 die Einrichtung der zunächst von der *Subsecretaría de Derechos Humanos* abhängigen, später aber eigenständigen CONADI (Ley Nr. 25.457), in der Regierungsvertreter eng mit den *Abuelas* zusammenarbeiten. Um das Vertrauen der Opfer in diese Institution zu stärken, übernahm Claudia Carloto, die Tochter der Präsidentin der *Abuelas*, der weithin geschätzten Estela Carloto, die Leitung der CONADI.

Neben der Suche nach den verschwundenen Kindern bietet die CONADI Angehörigen und Betroffenen Rechtsbeistand und leistet psychosozialen Beistand für die Eltern sowie für jene Kinder bzw. jungen Erwachsenen, deren Identität aufgeklärt werden konnte.

Bei ihrer Suche nach den verschwundenen Kindern setzte die CONADI auch auf breit angelegte öffentliche Informationskampagnen, in denen für das Problem der verschwundenen Kinder sensibilisiert wurde. Durch Hinweise aus der Bevölkerung und anschließende Gentests konnte so bei zahlreichen Kindern die tatsächliche Identi-

105 Verfügbar unter: https://www.argentina.gob.ar/derechoshumanos (letzter Zugriff: 06.10.2020).

tät geklärt werden. Im Jahr 2019 gelang es, den Verbleib und die Identität von Javier Matías Darroux Mijalchuk, des 130. Enkels, zu klären.[106]

2.11 Opferverbände

Die argentinische Diktatur hat viele Opfer. In der öffentlichen Wahrnehmung, in der politischen Debatte und in der juristischen Aufarbeitung dominieren aber die Verschwundenen bzw. deren Angehörige. Emblematisch stehen dafür die *Madres de Plaza de Mayo*, die Mütter, die sich während der Diktatur zusammenfanden, als sie in unterschiedlichen Polizeidienststellen nach ihren verhafteten und seither verschwundenen Kindern fragten.[107] Von vergleichbarer Bedeutung sind die *Abuelas de Plaza de Mayo*, die Großmütter, die nach den verschwundenen bzw. während der Haft der Mütter geborenen Enkeln suchen. Andere Opfergruppen spielen in Argentinien eine deutlich nachgeordnete Rolle.

Wenngleich die *Madres* bzw. *Abuelas* die zentralen Protagonistinnen sind, so sind die Menschenrechtsorganisationen dennoch von herausragender Bedeutung. Sie unterstützen und begleiten die Opfer und Opferorganisationen und leisten mit ihren Rechtsabteilungen bzw. mit Juristen, die sie solidarisch bei ihrer Arbeit unterstützen, maßgebliche Beiträge für die politische und juristische Aufarbeitung. In der Regel agieren die advokatorischen Menschenrechtsorganisationen und die Opfergruppierungen gemeinsam.

106 Bei dem 130. Enkel handelte es sich um Javier Matías Darroux Mijalchuk, der 1977 im Alter von vier Monaten gemeinsam mit seiner Mutter „verschwand“. Sein Vater war wenige Tage zuvor entführt worden, wie Augenzeugen bestätigen konnten. Seither galt er als verschwunden. Seine Mutter erhielt einen Hinweis, wo sie ihren Partner finden könne. Als sie diesen Ort mit ihrem Baby aufsuchte, wurde auch sie entführt und gilt seither als verschwunden. Das Baby wurde zur Adoption freigegeben. Die offizielle Version war, dass es sich um ein auf der Straße ausgesetztes Findelkind handle, dessen Identität unklar sei. Mit den Jahren erwuchsen bei Javier Matías Darroux Mijalchuk Zweifel an seiner Identität. Durch die Öffentlichkeitsarbeit der *Abuelas* war er auf deren Anlaufstellen aufmerksam geworden und meldete sich dort. Genanalysen konnten schließlich bestätigen, dass er über vier Jahrzehnte mit einer falschen Identität aufgewachsen war und dass es sich bei seinen Eltern um zwei „Verschwundene“ handelte. Fraglich ist, ob er noch einen ebenfalls verschwundenen Bruder bzw. eine Schwester hat. Seine Mutter war zum Zeitpunkt ihrer Verschleppung bereits wieder schwanger (Victoria Ginzberg, „Quién es el nieto 130: La historia de Javier Matías Darroux Mijalchuk“, in *Página/12*, 14.06.2019).

107 Kuno Hauck und Rainer Huhle, „20 Jahre *Madres de Plaza de Mayo*: Geschichte, Selbstverständnis und aktuelle Arbeit der *Madres de Plaza de Mayo* in Argeninien“, in Detlef Nolte (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, Frankfurt am Main 1996, S. 108–127; Asociación Madres de Plaza de Mayo, *Historia de las Madres de Plaza de Mayo. 2. Auflage, Buenos Aires 2003; Marguerite Guzman Bouvard, Revolutionizing Motherhood: The Mothers of the Plaza de Mayo*. Wilmington 1994.

2.11.1 Die argentinischen Menschenrechtsorganisationen

Die meisten Menschenrechtsorganisationen Argentiniens entstanden im Kontext der politischen Gewalt der 1970er-Jahre.[108] 1975 wurde die *Asamblea Permanente por los Derechos Humanos* (APDH) gegründet, in deren Reihen sich Aktivisten unterschiedlicher Weltanschauungen und Parteien fanden. Etwa zeitgleich entstand das *Movimiento Ecuménico por los Derechos Humanos* (MEDH). Die Initiative ging von Seelsorgern unterschiedlicher Kirchen aus, die nach Möglichkeiten suchten, den Verfolgten außerhalb des oftmals engen institutionellen Rahmens ihrer Kirchen beizustehen. Es waren vor allem historische protestantische Kirchen, aber auch einzelne katholische Diözesen, die sich im MEDH engagierten. Versuche, die katholische Kirche als Ganze oder die Bischofskonferenz zur Mitarbeit zu bewegen, blieben erfolglos.[109] Eine besondere Stärke des MEDH war die Anbindung an und die Unterstützung durch den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, was der Organisation auch internationale Kommunikationsmöglichkeiten eröffnete.

Ebenfalls in den 1970er-Jahren entstand zunächst als kontinentale Bewegung der befreiungstheologisch inspirierte *Servicio Paz y Justicia* (SERPAJ); 1974 wurde der Argentinier Adolfo Pérez Esquivel Sekretär von SERPAJ-Lateinamerika. Im April 1977 wurde er verhaftet und blieb trotz internationaler Kampagnen 14 Monate in Haft. Nach seiner Entlassung wurde schließlich die argentinische Sektion von SERPAJ gegründet. Als Pérez Esquivel 1980 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, erhöhte dies sein moralisches Gewicht und die Bedeutung seiner Organisation. Pérez Esquivel hat in der argentinischen Menschenrechtsbewegung bis heute einen nahezu ikonenhaften Status. SERPAJ begleitete die Angehörigen von Inhaftierten und Verschwundenen, kooperierte eng mit anderen NGOs und Opferorganisationen, klagte die Menschenrechtsverletzungen öffentlich an, wirkte aber auch auf die Kirchen ein und forderte ein engagiertes Eintreten für die Menschenrechte.

Im Jahr 1980 bildete sich aus der APDH das *Centro de Estudios Legales y Sociales* (CELS). Das CELS, in dessen Reihen sich etliche Angehörige von Verschwundenen fanden, verfügte von Anfang an über fähige Juristen. Neben der Rechtsberatung dokumentierte das CELS die Menschenrechtsverletzungen, begleitete Angehörige und

108 Elizabeth Jelin, „La política de la memoria: El movimiento de Derechos Humanos y la construcción democrática en argentina“, in Carlos H. Acuña et al. (Hrsg.), *Juicio, castigos y memorias. Derechos humanos y justicia en la política argentina*, Buenos Aires 1995, S. 103–146, hier S. 105–111; Louis Bickford, „Human Rights Archives and Research on Historical Memory: Argentina, Chile, and Uruguay“, in *Latin American Research Review* 35/2 (2000), S. 160–182, hier S. 170–176.

109 Stephan Ruderer und Veit Straßner, „Ecumenism in National Security Dictatorships: Ecumenical Experiences in the Southern Cone“, in Alberto Melloni (Hrsg.), *A History of the Desire for Christian Unity*, Bd. III, Paderborn i.E.. Daniel Jones, „Santiago Luján and Analía Quintáns, De la resistencia a la militancia: las Iglesias evangélicas en la defensa de los derechos humanos (1976–1983) y el apoyo al matrimonio igualitario (2010) en Argentina“, in *Espiral, Estudios sobre Estado y Sociedad* XX/59 (2014), S. 109–142, hier S. 122–126.

Betroffene und wurde nach dem Ende der Diktatur zur zentralen Menschenrechtsorganisation im Bereich der juristischen Aufarbeitung.

Seit Mitte der 1990er-Jahre, als das Thema Erinnerungsarbeit immer bedeutender wurde, entstand eine Reihe von Menschenrechtsorganisationen und lokalen Initiativen, die sich dem Thema *Memoria* verpflichtet fühlen. Etliche dieser Gruppierungen haben sich in der Allianz *Memoria Abierta* zusammengeschlossen und bemühen sich um einen angemessenen gesellschaftlichen Umgang mit den Menschenrechtsverletzungen der Diktatur.[110]

Die argentinischen Menschenrechtsorganisationen entstanden also im Kontext der Militärdiktatur bzw. der ihr vorausgegangenen politischen Gewalt. Mit dem Ende der Diktatur 1983 standen die Menschenrechtsverletzungen des Staatsterrorismus und später der Kampf gegen die Straflosigkeit im Mittelpunkt. Mit der Zeit weitete sich aber das Themenspektrum, sodass sich diese Organisationen auch um Rechte indigener Gruppen, Frauen- und Kinderrechte, Polizeigewalt oder die Situation im Strafvollzug kümmern.

2.11.2 Die Madres de Plaza de Mayo

Die Mütter mit ihren weißen Kopftüchern, die sich seit 1977 jeden Donnerstag auf der Plaza de Mayo treffen, um für die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und die Bestrafung der Verantwortlichen zu demonstrieren, sind weltweit zum Symbol für die Menschenrechtsverletzungen der argentinischen Militärdiktatur und für den Kampf um *Verdad y Justicia*, um Wahrheit und Gerechtigkeit, geworden. Sie organisierten sich zunächst in Buenos Aires, später im ganzen Land.

Im Jahr 1986, also während der ersten demokratischen Präsidentschaft unter Raúl Alfonsíns, gab es eine Spaltung innerhalb der Organisation: Bereits längere Zeit hatte es Uneinigkeit in der Frage gegeben, wie weit die Kooperation mit staatlichen Stellen gehen sollte. Ein weiterer kritischer Punkt war die Frage, ob man vom Staat Entschädigungszahlungen annehmen sollte. Darüber hinaus spielten persönliche Animositäten und innere Machtfragen eine Rolle. Ein großer Teil der *Madres* (ca. 2.500) schloss sich Hebe de Bonafini, der Vertreterin des radikaleren Flügels, an und gründete die *Asociación Madres de Plaza de Mayo*.[111] Diese lehnte die Kooperation mit staatlichen Stellen weitgehend ab und verweigerte sich jeder Form der finanziellen Entschädigung. Sie wies alle Versuche, die Verschwundenen für tot zu erklären, ebenso zurück wie die Errichtung von Ehren- und Denkmälern, solange die Schuldigen nicht identifi-

110 Damián Ferrari, *Memoria Abierta: Una experiencia de Coordinación Interinstitucional para facilitar el acceso a la información sobre Derechos Humanos.* Minneapolis 2005, verfügbar unter: http://www.memoriaabierta.org.ar/materiales/pdf/utilizando_cooperacion.pdf (letzter Zugriff: 17.10.2022).

111 Elin Skaar, *Human Rights Violations and the Paradox of Democratic Transition: A Study of Chile and Argentina.* Bergen 1994, S. 157 f.

ziert und bestraft wurden. Mit der Zeit radikalisierte und politisierte sich der Diskurs der *Asociación de Madres*. Bis zum Beginn der Regierungszeit von Néstor Kirchner nahm sie eine absolute Oppositionshaltung ein. Die im November 2022 mit 93 Jahren verstorbene Hebe de Bonafini, die seit der Abspaltung diese Gruppe der *Madres* angeführt hatte, war medial sehr präsent. Innerhalb der Menschenrechtsbewegung nahm die *Asociación de Madres* wegen ihrer radikal-kompromisslosen Haltung oft eine Sonderrolle ein.

Die zweite Gruppe der *Madres*, die *Madres de Plaza de Mayo – Línea Fundadora*, war besser in die Menschenrechtsbewegung eingebunden und zeigte sich nach dem Ende der Diktatur staatlichen Stellen gegenüber kooperativer. Die Öffentlichkeit nahm die *Madres* in der Regel jedoch eher als *eine* Gruppe wahr. Dabei bestimmte überwiegend die Gruppe um Hebe de Bonafini die öffentliche Wahrnehmung der *Madres.*

2.11.3 Die Abuelas de Plaza de Mayo

Etwa zeitgleich zu den *Madres* entstanden die *Abuelas de Plaza de Mayo*, die Mütter von Frauen, die zum Zeitpunkt der Verhaftung schwanger waren oder gemeinsam mit ihren Säuglingen und Kleinkindern entführt worden waren.[112] Sie suchten nicht nur nach ihren Kindern, sondern auch nach den Enkelkindern. Dabei sind die *Abuelas* vor allem auf Hinweise aus der Bevölkerung und die Unterstützung der Regierung angewiesen. Aufgrund ihres Anliegens und ihres moderaten und diplomatischen Tons verfügen sie über große öffentliche Sympathien und eine hohe Medienpräsenz.

2.11.4 Die Familiares de Detenidos y Desaparecidos por Razones Políticas

Als Aufnahmekriterium für die Gruppen der *Madres* und der *Abuelas* galt stets ein konkretes Verwandtschaftsverhältnis zu den Verschwundenen. Die Organisation *Familiares de Detenidos y Desaparecidos por Razones Políticas*, die 1976 gegründet wurde, steht hingegen allen Angehörigen von Verschwundenen oder Inhaftierten offen. Bereits der Name zeigt, dass es sich um eine Organisation der Angehörigen von Personen handelte, die aus *politischen* Gründen zum Opfer der Diktatur wurden. Die *Familiares* zeigten schon sehr früh ein politisches Bewusstsein und betonten die politischen Hintergründe des Verschwindens, während bei den *Madres* und *Abuelas* zunächst

112 Valeria Vegh Weis, „The Relevance of Victims' Organizations in the Transitional Justice Process: The Case of the Grandmothers of Plaza de Mayo in Argentina", in *Intercultural Human Rights Law Review* 12 (2017), S. 1–70, verfügbar unter: https://www.stu.edu/Portals/law/docs/human-rights/ihrlr/volumes/12/12-1%20Vegh%20Weis.pdf (letzter Zugriff: 17.10.2022).

noch das Narrativ von den „Kindern“ dominierte, die verschleppt wurden, weil sie sich sozial engagiert hatten.

2.11.5 Die Angehörigen von Verschwundenen anderer Nationalitäten

Für die strafrechtliche Aufarbeitung waren jene Fälle von Verschwundenen von besonderer Bedeutung, die (auch) eine andere Nationalität hatten (vgl. Kap. 2.2.6.). So schlossen sich die Angehörigen dieser Verschwundenen oft (noch zusätzlich) in kleineren Gruppen zusammen, um mit den Botschaften und den zivilgesellschaftlichen Kooperationspartnern in den jeweils anderen Ländern zusammenzuarbeiten. So entstanden Gruppierungen wie etwa die *Familiares de Detenidos Desaparecidos alemanes y de origen alemán* (Angehörigen der deutschen oder deutschstämmigen Verschwundenen) oder die *Familiares, Abuelas y Madres Línea Fundadora residentes en España*).

2.11.6 Die Hijos por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio (H. I. J. O. S.)

Die Organisation H. I. J. O. S. (Söhne/Töchter für Identität und Gerechtigkeit und gegen das Vergessen und das Schweigen)[113] entstand ab Mitte der 1990er-Jahre als Zusammenschluss von Kindern der Verschwundenen.[114] Ziel dieser Organisation ist der Kampf gegen die Straflosigkeit und gegen das Vergessen. Zu Beginn setzten die H. I. J. O. S. auf spektakuläre Aktionen, bei denen sie in einer „Mischung aus Volksjustiz, politischer Demonstration und Straßenkarneval“[115] die Wohn- und Arbeitsorte von Militärs aufsuchten, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren, um sie in ihrem Umfeld als Folterer und Mörder zu enttarnen.

Da sich die Generation der Eltern der Verschwundenen mit der Zeit immer mehr aus dem aktiven Kampf gegen die Straflosigkeit und das Vergessen zurückgezogen hat, rückten die Vertreter der H. I. J. O. S. nach und nahmen als „legitime Vertreter“ der Anliegen der Opferorganisationen immer mehr eine öffentliche Rolle im Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit ein. In Kommissionen und Ausschüssen vertreten sie derzeit die Anliegen der Opfer.

113 Das Wort „Hijos“ bedeutet im Spanischen Söhne oder Nachfahren, was in der Abkürzung H.I.J.O. S. aufgegriffen wird.
114 Nazareno Bravo, „H. I. J. O. S. en Argentina: La emergencia de prácticas y discursos en la lucha por la memoria, la verdad y la justicia“, in *Sociológica* 27/76 (2012), S. 231–248.
115 Schindel, „Verschwunden, aber nicht vergessen“, S. 127.

2.12 Maßnahmen im Bildungssystem

Während der Diktatur standen die Schulen unter besonderer Beobachtung, da eine Politisierung der Schülerschaft unterbunden werden sollte. Dabei ging es vor allem um disziplinarische und schulorganisatorische Aspekte. Inhaltlich spielten zeitgeschichtliche Themen in den Lehrplänen bis zur Bildungsreform von 1993 eine untergeordnete Rolle. Die Jahre der Diktatur wurden aber in den Schulbüchern überwiegend wohlwollend dargestellt. Von 1993 an setzte sich eine tendenziell kritischere Sicht auf die Jahre 1976 bis 1983 durch.[116]

Die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit wurde im Jahr 2006 unter der Präsidentschaft Néstor Kirchners durch die *Ley de Educación Nacional* (Ley Nr. 26.206) verbindlich festgeschrieben. In Artikel 92c wird die Auseinandersetzung mit den „geschichtlichen und politischen Prozessen, die zum Bruch des Verfassungsrahmens und zum Staatsterrorismus geführt haben“ festgelegt. Das explizite Ziel ist es, „die Reflexion bei den Schülerinnen und Schülern anzustoßen und demokratisch und rechtsstaatliche Einstellungen sowie die Einstellung zu den Menschenrechten zu fördern“. Dies ist die Vorgabe des auf Bundesebene maßgeblichen Gesetzes. Die Konkretisierung dieser Forderung auf der Ebene der Provinzen verlief jedoch höchst unterschiedlich.[117] In der historisch-politischen Bildung wird durch die Auseinandersetzung mit der Diktatur und mit den Menschenrechtsverletzungen vor allem die Stärkung demokratischer Einstellungen und die Wertschätzung der Menschenrechte verfolgt.[118]

2.13 Aufarbeitung durch Medien

Die Medien spielten bei der Aufarbeitung der Vergangenheit in Argentinien eine wichtige Rolle. Sie berichteten kontinuierlich und hielten dieses Thema so im gesellschaftlichen Bewusstsein. Ein Rückgang der Berichterstattung war allerdings zu Beginn der 1990er-Jahre festzustellen, nachdem infolge der Begnadigungen durch Präsident Menem das Erbe der Diktatur von der öffentlichen Agenda verschwunden schien.

Durch die regelmäßige Berichterstattung wurde einerseits die öffentliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Jahren der Militärdiktatur gefördert. Andererseits gelang es der Menschenrechtsbewegung mit und durch die Medien immer

116 Gonzalo de Amézola, „Currículo oficial y memoria: El pasado reciente en la escuela argentina“, in *Enseñanza de las ciencias sociales* 7 (2008), S. 47–55, hier S. 47 f.

117 Joan Pagès und Jesús Marolla, „La historia reciente en los currículos escolares de Argentina, Chile y Colombia: Desafíos de la educación para la ciudadanía desde la Didáctica de las Ciencias Sociales“, in *Historia y Memoria* 17 (2018), S. 153–184, hier S. 170–172.

118 Gonzalo de Amézola, „Una educación por el repudio: La formación ciudadana con el ejemplo de la dictadura militar 1976–1983 en escuelas secundarias de Argentina“, in *CLIO: History and History teaching* 41 (2015), S. 2 f., verfügbar unter: http://clio.rediris.es/n41/articulos/mono/MonAmezola2015.pdf (letzter Zugriff: 17.10.2022).

wieder, politischen Handlungsdruck zu erzeugen. Die strategische Funktion der Medien für die Menschenrechtsbewegung zeigt sich auch darin, dass etwa die Menschenrechtsorganisation APDH eigens eine Handreichung für Journalisten erarbeitete, mit der notwendige Hintergrundinformationen für die Berichterstattung zu Menschenrechtsfragen vermittelt werden.[119]

In der frühen Phase der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit spielte die ausführliche Berichterstattung über die Arbeit und die Ergebnisse der CONADEP eine wichtige Rolle. Die Kommission versuchte auch durch Pressekonferenzen auf nationaler und regionaler Ebene, über den Prozess der Wahrheitssuche zu informieren und mögliche Zeugen und Angehörige zu Aussagen zu ermutigen.[120]

Auch die Prozesse gegen die Militärjunta wurden von den Medien intensiv begleitet. Erstmals gab es im Fernsehen Filmaufnahmen von Gerichtsverhandlungen (wenngleich nur die Bilder übertragen wurden, nicht aber das gesprochene Wort). Zusätzlich zur normalen Presseberichterstattung gab es mit *El Diario del Juicio* eine eigene Wochenschrift, die über den Fortgang des Verfahrens berichtete und die TV-Berichterstattung komplementierte. Das *Diario* erschien zwischen Mai 1985 und Januar 1986 und veröffentlichte auch die Abschriften der Zeugenaussagen. Insgesamt wurden rund 2,5 Millionen Exemplare verkauft, die wöchentliche Auflage betrug also durchschnittlich rund 71.000 Exemplare. Es erschienen 36 Ausgaben des *Diario*.[121]

Diesem Beispiel folgend, erstellte im Jahr 2010 die *Facultad de Periodismo y Comunicación Social* der Universität von La Plata (Provinz Buenos Aires) gemeinsam mit der Menschenrechtsorganisation APDH die Zeitschrift *Verdad y Justicia. El diario del juicio a los penitenciarios*, in der über den Prozess gegen 14 ehemalige Mitarbeiter eines Gefängnisses in La Plata berichtet wurde, denen Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Diktatur vorgeworfen wurden.

Die Medien – und hier vor allem der investigative Journalismus – spielten eine wichtige Rolle für das Verständnis des Staatsterrorismus und für die (strafrechtliche) Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen. Es waren Enthüllungsjournalisten wie etwa María Seoane oder Horacio Verbitsky, die durch ihre Recherchen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Diktatur immer wieder neue Impulse gaben.[122]

Von herausragender Bedeutung war ein Interview, das Horacio Verbitsky, Journalist der linksliberalen Tageszeitung *Página/12*, Mitte der 1990er-Jahre mit Adolfo Scilingo, einem ehemaligen Marineoffizier, führte. In diesem Gespräch beschrieb Scilingo

119 APDH – Asamblea Permanente por los Derechos Humanos, *Memoria, Verdad y Justicia: Herramientas para la comunicación desde los derechos humanos* (Buenos Aires 2019).

120 Hayner, *Unspeakable Truths*, S. 33 f.; CONADEP, *Nunca Más*, S. 443–456.

121 Feld, *Del estrado a la pantalla*; Feld, „Memoria colectiva“.

122 Alicia Miller und Vanina Berghella, „Una mirada sobre el periodismo de investigación en la Argentina“, in *¿Qué periodismo se hace en Argentina? Perspectivas locales y globales*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Buenos Aires 2018, S. 75–108, hier S. 81 f.

die Praxis der sogenannten Todesflüge, bei denen Häftlinge unter dem Vorwand einer Impfung medikamentös sediert, in ein Flugzeug verladen und über der offenen See abgeworfen wurden. Scilingo selbst war an zwei dieser Flüge beteiligt; einem Rotationsprinzip folgend wurden diese Operationen immer von unterschiedlichen Personen vorgenommen, um so den „Pakt des Schweigens" zu festigen. Scilingo gab an, dass diese Todesflüge über zwei Jahre hinweg zweimal wöchentlich stattfanden. Rund 1.500 bis 2.000 Menschen seien auf diese Weise „verschwunden". Das Interview wurde zunächst in der Tagespresse publiziert; später arbeitete Verbitsky das Thema in dem Buch *El vuelo* (Der Flug) aus.[123]

Auch wenn die Geständnisse Scilingos nichts enthüllten, was nicht schon zuvor bekannt gewesen wäre, lösten sie eine enorme gesellschaftliche und politische Debatte aus. Wenige Monate vor dem 20. Jahrestag des Putsches erschien so die Frage nach dem angemessenen gesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit wieder auf der öffentlichen und politischen Agenda. Die Versuche der Regierung Menem, dieses Thema durch die Begnadigungen und den Diskurs von der nach vorn gerichteten „nationalen Versöhnung" zu beenden, waren damit gescheitert.

Neben den öffentlichen Medien spielten auch die Publikationen und Periodika der Menschenrechts- und Opferorganisationen eine wichtige Rolle, wenngleich sie sich in der Regel nicht an ein größeres Publikum richteten, sondern vielmehr der gegenseitigen Unterstützung und Vernetzung innerhalb der Menschenrechtsszene und dem sympathisierenden Umfeld dienten. Von überregionaler Bedeutung war die seit 2000 von der *Comisión Provincial por la Memoria* in La Plata herausgegebene Zeitschrift *Puentes*, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Aufarbeitung und der Erinnerungskultur Argentiniens beschäftigt, darüber hinaus aber auch übergreifende Fragen des Umgangs mit der Vergangenheit thematisiert. Bis 2016 waren insgesamt 31 Ausgaben der Zeitschrift erschienen.[124]

2.14 Künstlerische Aufarbeitung

Argentinien ist ein Land mit einer ausgeprägten literarischen und künstlerischen Tradition, in der politische und gesellschaftliche Fragen stets eine bedeutende Rolle spielen. Somit ist es nicht verwunderlich, dass die jüngste Vergangenheit Gegenstand vielfältiger Formen kultureller Auseinandersetzung wurde.

In der argentinischen literarischen Produktion findet sich eine Vielzahl von Texten, die sich implizit oder explizit mit der Diktatur auseinandersetzen.[125] Diese literari-

123 Horacio Verbitsky, *El vuelo*. Buenos Aires 1995 (auf Deutsch *Der Flug*, Wien 2016).

124 Verfügbar unter: https://www.comisionporlamemoria.org/project/puentes/ (letzter Zugriff: 06.10.2020). Dort sind auch die erschienenen Ausgaben online abrufbar.

125 Ana Rosa Domenella Amadio, „Novelas sobre la dictadura cívico-militar en los ochenta y treinta años después", in *Revista Huella de la Palabra* 12 (2018), S. 14–29.

sche Auseinandersetzung begann während der Jahre der Militärherrschaft, spiegelt sich in der Exilliteratur dieser Jahre wieder und dauert bis in die Gegenwart an.[126] Die Diktatur ist sowohl Gegenstand essayistischer als auch fiktionaler Literatur. Im Laufe der Zeit fächerte sich das Panorama der Auseinandersetzung weiter auf: So nahm etwa die Bedeutung der Testimonialliteratur zu.[127]

In der jüngsten Zeit erschienen vermehrt literarische Werke von Kindern von Verschwundenen. Dieser Generationenwechsel unter den Autoren bereichert die Aufarbeitung der Vergangenheit um weitere Aspekte. Oftmals zeigt sich hier eine Spannung zwischen der Bewunderung und dem Mitgefühl für die verschwundenen Eltern einerseits, einer Anklage angesichts der weitreichenden Folgen, die das politische Engagement der Eltern für die Familien hatte, andererseits.

Die filmische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fand ihren breiten Niederschlag sowohl im Bereich des Dokumentarfilms als auch im Spielfilm.[128] In vielen Fällen ist die Diktatur das explizite Thema eines Films, häufig bietet sie aber auch den historischen Hintergrund fiktionaler Filme, wie etwa bei dem Blockbuster und Kriminalfilm *El secreto de sus ojos* (deutsch: *In ihren Augen*, Regie: Juan José Campanella, 2009). Die Filme *Argentinien, 1985* (2022) und *El Juicio* (2023) widmeten sich dem ersten Junta-Prozess.

Auch in der kinematografischen Auseinandersetzung mit der Diktatur lassen sich unterschiedliche Schwerpunkte und Schwerpunktverschiebungen feststellen. Ein besonders bedeutsamer Film war *La noche de los lápices* (Regie: Héctor Olivera, 1986). Dieser Film greift ein reales Ereignis, nämlich die Verschleppung, Folter und Ermordung – kurz: das Verschwinden – von sieben Jugendlichen im Jahr 1976 in der Stadt La Plata auf. Er war für die gesellschaftliche Wahrnehmung des Opfertypus „Verschwundener“ prägend, zeichnet er doch das Bild der Verschwundenen als idealistische, sozial engagierte Jugendliche, die sich – wie in diesem Fall – für ein Schülerticket einsetzten und deswegen in den Fokus des Regimes gerieten. Die Verschwundenen wurden als sozial engagierte, im Grunde aber weitgehend unpolitische Jugendliche dargestellt. In der späteren gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Diktatur, in der die Entstehungsursachen der politischen Gewalt und der Militärherrschaft mehr Aufmerksamkeit erhielten, gab es wiederum gegenläufige Strömungen, die gerade die *militancia política* und die politisch-ideologische Motivationslage der Verschwundenen in den Mittelpunkt stellten. Eine extreme Position hierbei ver-

126 José Luis de Diego, „Campo intelectual y campo literario en la Argentina (1970–1986)“, PhD diss., Universidad Nacional de La Plata, 2000, verfügbar unter: http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/tesis/te.150/te.150.pdf (letzter Zugriff: 17.10.2022).

127 Victoria García, „Testimonio y ficción en la Argentina de la postdictadura: Los relatos del sobreviviente-testigo“, in *Revista Chilena de Literatura* 93 (2016), S. 73–100.

128 José Gabriel Cristancho Altuzarra, „Memoria, oposición y subjetividad política en el cine argentino“, in *Imagofagia* 10 (2014), S. 1–62. Für einen Überblick mit Kurzbeschreibungen siehe: http://www.memoriaabierta.org.ar/ladictaduraenelcine (letzter Zugriff: 17.10.2022).

tritt die *Asociación Madres de Plaza de Mayo*, die dazu neigt, alle Verschwundenen zu „Revolutionären“ zu stilisieren.[129]

Auch das argentinische Theater befasste sich mit der Thematik. Als eine der herausragenden Dramatikerinnen gilt Griselda Gambaro, die sich in ihrem Werk mit Folter und Repression, aber auch mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auseinandersetzt.[130] Besondere Erwähnung verdient im Kontext der Aufarbeitung der Vergangenheit das maßgeblich von und mit den *Abuelas de Plaza de Mayo* initiierte *Teatro x la Identidad* (Theater für die Identität). Als politisches Theater thematisiert dieses Projekt seit dem Jahr 2000 Aspekte des Schicksals der Verschwundenen und der ihrer Identität beraubten Kinder.[131] Das Motto des *Teatro x la Identidad* lautet: „*Actuar para no olvidar, actuar para encontrar la verdad*“ („Handeln/Schauspielen, um nicht zu vergessen, Handeln/Schauspielen, um die Wahrheit zu finden“).[132]

Die Initiative *Teatro x la Identidad* führt seit nunmehr 20 Jahren regelmäßig (politische) Theaterstücke, die von einem eigenen Komitee ausgewählt werden, in Theatern, Kulturzentren, im öffentlichen Raum und in Schulen auf. Ziel ist es, die Erinnerung an die Gräuel der Diktatur wachzuhalten sowie Reflexionsprozesse anzustoßen und zu fördern. Zugleich geht es maßgeblich darum, das Anliegen der *Abuelas*, nämlich die Suche nach den mutmaßlich noch 400 verschwundenen Kindern, publik zu machen.[133]

3 Bilanz

Argentinien kehrte nach den Jahren der Militärdiktatur 1983 zur Demokratie zurück. In den fast vier Jahrzehnten seit der Redemokratisierung zeigten sich im Umgang mit den Verbrechen der Diktatur unterschiedliche Konjunkturen. Maßgeblich dafür, welche Bedeutung dieses Thema auf der gesellschaftlichen und politischen Agenda einnahm, waren die persönlichen Überzeugungen und Schwerpunktsetzungen der jeweiligen Staatspräsidenten und ihre jeweilige politische Kosten-Nutzen-Einschätzung, aber auch äußere limitierende Faktoren wie etwa die faktische Macht der Streitkräfte. Von zentraler Bedeutung war aber auch die jeweilige Fähigkeit der Menschenrechtsbewegung, politischen Handlungsdruck zu erzeugen. Hierbei wiederum spielten äuße-

129 Straßner, „La lucha continúa!“.

130 Gail Bulman, „Moving On? Memory and History in Griselda Gambaro’s Recent Theater“, in *Studies in 20th & 21st Century Literature* 28/2 (2004), S. 379–395.

131 Maria Luisa Diz, „Teatro x la Identidad: Un escenario para las Abuelas de Plaza de Mayo“, in *Reflexión Académica en Diseño y Comunicación* XXI/42 (2020), S. 228–234.

132 Verfügbar unter: https://teatroxlaidentidad.net/contenidos/quienessomos.php (letzter Zugriff: 17.10.2022). Das Motto spielt hier mit der doppelten Bedeutung des Verbs *actuar*, das sowohl handeln als auch schauspielern bedeutet.

133 Verfügbar unter: https://teatroxlaidentidad.net/index.php (letzter Zugriff: 17.10.2022).

re Umstände, wie etwa die Geständnisse des ehemaligen Offiziers Adolfo Scilingo Mitte der 1990er-Jahre, eine wichtige Rolle.

Die Phasen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit

Für Argentinien lassen sich im Wesentlichen drei Phasen der Aufarbeitung unterscheiden: Die erste Phase bilden die frühen Jahre der Regierung Alfonsín. Diese Phase war geprägt vom politischen Willen, die Forderungen nach *Verdad y Justicia*, Wahrheit und Gerechtigkeit, in die Tat umzusetzen. Diese Strategie stieß jedoch an ihre Grenzen, als der immer massiver werdende Widerstand der Streitkräfte sichtbar wurde und sich im Land die Angst vor einem erneuten Putsch der Militärs breitmachte. Hinfort war die Vergangenheitspolitik maßgeblich durch die Versuche gekennzeichnet, das Thema, wenn es schon nicht ignoriert werden konnte, zumindest möglichst klein zu halten.

In diese Zeit fallen die beiden Amnestiegesetze, die Begnadigungen durch Präsident Menem und die finanziellen Entschädigungen für ehemalige politische Häftlinge sowie für die Angehörigen der Verschwundenen. Diese Phase umfasste das letzte Jahr der Präsidentschaft Alfonsíns, die beiden Amtszeiten von Carlos Menem (1989 bis 1999) sowie die sich anschließenden Präsidentschaften von Fernando De la Rúa (1999 bis 2001) und Eduardo Duhalde (2002 bis 2003).

Einen vergangenheitspolitischen Paradigmenwechsel gab es mit der Amtsübernahme von Néstor Kirchner (2003 bis 2007) sowie den beiden Amtszeiten seiner Frau Cristina Kirchner (2007 bis 2015). Beide erhoben die Aufarbeitung der Vergangenheit zu einem der wichtigsten Ziele ihrer Amtszeit. In diese Phase fallen die Aufhebung der Amnestiegesetze, die Ausweitung von Entschädigungsleistungen, zahlreiche gedenk- und erinnerungspolitische Entscheidungen sowie weitere Maßnahmen zur institutionellen Unterstützung der Aufarbeitungsprozesse.

Mit der Regierungsübernahme des marktliberal-konservativen Mauricio Macri (2015 bis 2019) hingegen zeigten sich deutliche Blockaden und Rückschritte: Macri versuchte mehrfach, die Bedeutung der Thematik zurückzunehmen, die ihr seine direkten Vorgänger beigemessen hatten. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Aufarbeitung wurden gekürzt.[134]

Demokratischer Übergang und zivil-militärische Beziehungen

Als erster und bedeutender Erfolg des argentinischen Umgangs mit der Vergangenheit ist zu nennen, dass der Regimeübergang gewaltfrei verlief. Das Militär konnte sich dauerhaft keine Machtenklaven sichern. Auch wenn es besonders während der Regie-

134 Luciana Bertoia, „La agenda de Memoria, Verdad y Justicia en tiempos de cambios: Tensiones, rupturas y continuidades en el discurso del gobierno macrista en torno al terrorismo de Estado“, in *Aletheia* 7/13 (2016), verfügbar unter: http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/art_revistas/pr.7622/pr.7622.pdf (letzter Zugriff: 17.10.2022); Palmás et al., „Las políticas de memoria, verdad y justicia“.

rungszeit Alfonsíns immer wieder zu Situationen kam, in denen das Land durch die Aktivitäten der Streitkräfte destabilisiert wurde, kam es zu keinem Rückfall in den Autoritarismus oder gar einen erneuten Putsch. Die Funktionseliten aus Militär und Justiz wurden zügig ausgewechselt. Die Gerichte agierten in Menschenrechtsfragen von Anfang an selbstbewusst und autonom, wie es sich etwa im Jahr 1986 zeigte, als die Pläne Alfonsíns, die Zahl der Gerichtsverfahren gegen Militärangehörige zu reduzieren, an der Eigenständigkeit der Gerichte scheiterten.

Es dauerte jedoch eine Weile, bis die Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Regierung gelang. Das von Alfonsín verfolgte Konzept der Selbstreinigung der Streitkräfte scheiterte; Menem konnte hier jedoch durch die Militärreformen und die großzügige Begnadigungspraxis Erfolge erzielen. Als General Martín Balza, der Generalstabschef des Heeres, im Jahr 1995 erstmals eine selbstkritische Bewertung der Rolle der Streitkräfte während der Diktatur vornahm, war diese Stellungnahme noch von Kontextualisierungen der Gewalt und deren Relativierung geprägt.[135] Im Jahr 2004 distanzierte sich hingegen Admiral Jorge Godoy, Generalstabschef der Marine, klar von den Menschenrechtsverletzungen. Er nannte die Aufklärung und die Bestrafung der Verantwortlichen als einzige Möglichkeit, die belastete Vergangenheit zu überwinden. Ein deutliches Zeichen dieser Distanzierung war auch die Abnahme der Bilder der Junta-Generäle aus der Galerie der ehemaligen Leiter der Offiziersschule des Heeres.[136] Ein weiterer Schritt zur Ausräumung militärischer Privilegien war die Auflösung der Militärgerichtsbarkeit und die Unterstellung der Soldaten unter die ordentliche Justiz.

Aufklärung und Wahrheitssuche

Hinsichtlich der Aufklärung der Verbrechen, die zuvor systematisch vertuscht und geleugnet worden waren, leistete Argentinien Pionierarbeit. Die von Präsident Alfonsín eingesetzte CONADEP war die erste Wahrheitskommission dieser Art in Lateinamerika (die zwei Jahre zuvor in Bolivien geschaffene Kommission legte nie einen Abschlussbericht vor). Innerhalb kurzer Zeit gelang es der CONADEP, eine „globale Wahrheit“ zu etablieren, indem sie die Systematik der Repression und die Funktionsweise des Staatsterrorismus offenlegte. Es gelang ihr ebenso, die Namen von fast 10.000 Verschwundenen und größtenteils auch die Umstände ihres Verschwindens zu erfassen.

Die Bevölkerung nahm intensiv Anteil an der Arbeit der Kommission. Ihre Ergebnisse sind heute im Wesentlichen unbestritten. Es gab – nicht zuletzt dank der Arbeit der CONADEP – im demokratischen Argentinien stets einen breiten Konsens hinsichtlich der Verurteilung der Diktatur.

---

135 Martin Antonio Balza, „‚Das Ziel rechtfertigt niemals die Mittel‘: Fernsehansprache des Stabschefs des argentinischen Heeres, General Martín Antonio Balza, vom 25.4.1995“, in Detlef Nolte (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, Frankfurt am Main 1996, S. 96–99.

136 Straßner, *Die offenen Wunden Lateinamerikas*, S. 149.

Wenngleich der argentinischen Aufarbeitungsstrategie beachtliche Erfolge bei der Etablierung einer „globalen Wahrheit“ zukommen, fällt die Bilanz hinsichtlich der „konkreten Wahrheit“ deutlich dürftiger aus: Noch immer ist das Schicksal der überwiegenden Mehrheit der Verschwundenen ungeklärt. Ähnlich verhält es sich bei den verschwundenen Kindern. Nur in wenigen Fällen ist es gelungen, die sterblichen Überreste der Verschwundenen zu finden und zu identifizieren. Es zeigt sich, dass der Schweigepakt der Militärs sowie der Verantwortlichen und an den konkreten Operationen Beteiligten noch immer fortwirkt.

Die Opfer und ihre Angehörigen begrüßten die Aufklärungsarbeit und die Etablierung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses. Diese Zufriedenheit wird allerdings von der noch größeren Unzufriedenheit überschattet, keine Informationen über das konkrete Schicksal der Verschwundenen zu haben.

Strafrechtliche Aufarbeitung

In Bezug auf die Strafverfolgung nach Systemunrecht kommt Argentinien eine besondere Rolle zu. In den Junta-Prozessen gelang es, die Hauptverantwortlichen für den Staatsterrorismus in einem hochgradig transparenten und rechtsstaatlichen Verfahren vor der ordentlichen Gerichtsbarkeit (und nicht etwa vor einem Sondertribunal) zu langen Haftstrafen zu verurteilen. Dieses Vorgehen suchte zu Beginn der 1980er-Jahre seinesgleichen. Nach diesem fulminanten Auftakt waren die Erwartungen der Bevölkerung und die Befürchtungen des Militärs gleichermaßen groß.

Alfonsín verfolgte den Plan einer reduzierten und symbolischen strafrechtlichen Aufarbeitung. Um die junge und noch instabile Demokratie nicht zu gefährden, optierte er für eine überschaubare Zahl an Prozessen, in denen die „Exzess-Täter“ abgeurteilt werden sollten. Nachdem seine Strategie nicht aufging, musste er in Anbetracht der wachsenden Unruhe in der Truppe nach neuen Wegen suchen, um die Zahl der Verfahren zu begrenzen. Die Amnestiegesetze brachten schließlich jede Form der strafrechtlichen Aufarbeitung zum Erliegen. Alfonsín wurde für diese Entscheidungen mit zumeist gesinnungsethischen Argumenten massiv kritisiert. Aus verantwortungsethischer Perspektive war es für die damaligen Entscheidungsträger ein schwieriges Abwägen zwischen der legitimen Forderung nach Gerechtigkeit einerseits und der Angst vor den Folgen einer möglichen erneuten militärischen Intervention andererseits. Gewiss haben diese realpolitisch motivierten Entscheidungen das ohnehin chronisch geringe Vertrauen in die Institutionen und den Rechtsstaat nicht gestärkt.

War mit den Amnestiegesetzen die Strafverfolgung zu einem frühen Ende gekommen, so gelangten die wenigen bereits verurteilten und inhaftierten Täter durch die Begnadigungsmaßnahmen Menems wieder auf freien Fuß. Diese Entscheidungen wurden nicht nur von den Opfern, sondern auch von weiten Teilen der Bevölkerung massiv kritisiert. Es machte sich ein Gefühl der Machtlosigkeit breit. Die *Impunidad*, die Straflosigkeit, wurde zum zentralen Topos im Diskurs der Menschenrechtsbewegung.

Der Stillstand im Bereich der Strafverfolgung konnte erst nach Jahren durch findige Juristen der Menschenrechtsbewegung aufgebrochen werden. Begünstigt wurden diese Bemühungen durch die Bekenntnisse Scilingos, die die Menschenrechtsverletzungen der Diktatur wieder ins öffentliche Bewusstsein rückten. Es gelang den Juristen, zunächst trotz der fortbestehenden Amnestiegesetze, Strafverfahren anzustoßen. Eine wichtige Rolle kam hierbei auch dem Interamerikanischen Menschenrechtsregime bzw. dem Menschenrechtsgerichtshof in Costa Rica zu, der von der argentinischen Menschenrechtsbewegung vor allem als politischer Hebel genutzt wurde, um die heimische Regierung unter Druck zu setzen. Die meisten dieser Verfahren führten nicht zu Verurteilungen. Sie hatten aber in politischer Hinsicht eine wichtige Bedeutung, da durch sie Handlungsdruck auf Seiten der Regierung erzeugt wurde.

Tatsächliche Fortschritte konnten dann ab der Mitte der 2000er-Jahre erzielt werden, nachdem die Amnestiegesetze aufgehoben worden waren: Zwischen 1985 und 2005 waren insgesamt 38 Angeklagte wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen worden.[137] Zwischen 2005 und 2020 stieg die Zahl der Urteile auf fast 1.000 an. Diese Zahl ist durchaus beachtlich. Jedoch gilt zu bedenken: Viele der Täter von damals sind bereits verstorben. Viele der Verurteilten verbüßen ihre Haftstrafen aufgrund ihres hohen Alters im Hausarrest. Die Tatsache, dass die Täter über Jahre weitgehend unbehelligt ihren Alltag leben konnten, stellte das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit auf eine harte Probe.

Die wenigen Erfolge, die bis zur Regierung Kirchner im Bereich der Strafverfolgung erzielt werden konnten, gingen im Wesentlichen auf das unermüdliche Engagement der Menschenrechtsbewegung zurück. So schrieb José María Guembe von der Menschenrechtsorganisation CELS im Jahr 2002:

> Den Fortschritt, den wir auf diesem Gebiet in Argentinien in den letzten Jahren erreicht haben, haben wir trotz des Staates erreicht. Der Einsatz der Staatsbürger, die vom Staat maximale Anstrengungen bei der Aufarbeitung forderten, war ein entscheidender Faktor.[138]

In den Präsidentschaften von Néstor und Cristina Kirchner hingegen gab es eine aktive institutionelle Unterstützung der Gerichte bei der strafrechtlichen Aufarbeitung, die – wenn auch spät – das Vertrauen in den Rechtsstaat stärkte. Das so gestärkte Justizsystem hat sich weiterentwickelt. Auch durch (menschen-)rechtspolitische Entscheidungen wurde ein dauerhafter Beitrag zur Sicherung der Menschenrechte geleistet. Und dennoch kam es im Zusammenhang mit Menschenrechtsprozessen auch immer wieder zu Einschüchterungen von Zeugen, zu Tötungsdelikten und im Jahr 2006 sogar

137 Torras et al., *Memoria, verdad y justicia*, S. 21.

138 José María Guembe, „Die Suche nach Wahrheit vor den Gerichten“, in Okwui Enwezor et al. (Hrsg.), *Experimente mit der Wahrheit: Rechtssysteme im Wandel und die Prozesse der Wahrheitsfindung und Versöhnung,* Ostfildern 2002, S. 261–272, hier S. 272.

zum „Verschwinden“. Hier wiederum zeigen sich konkrete Probleme des argentinischen Rechtsstaates.[139]

Entschädigungen und Reparationen

Die These Guembes, dass alles, was in Argentinien im Bereich der strafrechtlichen Aufarbeitung erreicht wurde, dem Staat abgetrotzt werden musste, trifft zum Teil auch auf die Entschädigungsleistungen zu. Wenngleich erste Entschädigungen von der CONADEP empfohlen und von der Regierung umgesetzt wurden, blieben diese Leistungen doch minimal.

Die Entschädigungen für ehemalige politische Gefangene wurden zunächst durch Klagen gegen den argentinischen Staat – in letzter Instanz vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof in Costa Rica – erstritten. Erst als ein Urteil drohte, erlies Präsident Menem zunächst ein Dekret zur Entschädigungsfrage – jedoch nicht für alle Betroffenen. Der Gesetzgeber regelte die Entschädigungsleistungen anschließend durch ein formales Entschädigungsgesetz für alle Betroffenen. Bei den Leistungen handelte es sich zunächst um Einmalzahlungen. Erst unter der Regierung Kirchner wurden die Entschädigungen auch auf Exilierte ausgeweitet. Ebenso wurde später eine Gnadenpension (*pensión graciable*) für die ehemaligen politischen Häftlinge eingeführt. Ähnlich mussten auch die über das erste Entschädigungsgesetz hinausgehenden Entschädigungen für die Angehörigen der Verschwundenen zunächst vor Gericht erstritten werden.

Die Bilanz der Entschädigungspolitik fällt gemischt aus: Positiv ist festzuhalten, dass im Laufe der Zeit viele Opfergruppen mit Entschädigungsleistungen bedacht wurden. Auch die ausgezahlten Summen waren teilweise beachtlich. Zu bedenken ist jedoch, dass viele Entschädigungsleistungen in Form von Staatsanleihen ausgezahlt wurden, um die Staatskasse zunächst zu entlasten. Wollten die Betroffenen direkt über das Geld verfügen, so mussten sie ihre Anleihen veräußern, was zur Folge hatte, dass sie den nominellen Gegenwert der Leistungen nicht immer in Anspruch nehmen konnten.

Deutlich negativ zu bewerten ist jedoch folgender Aspekt: Die Betroffenen waren allesamt Opfer staatlicher Gewalt geworden. Das demokratische Argentinien als Rechtsnachfolger der Militärregierung hatte also in gewisser Weise eine Bringschuld gegenüber den Opfern. Diese Bringschuld wurde in der Regel nicht eingelöst. Vielmehr mussten die Opfer ihre Rechte vor den Gerichten durchsetzen.

Ein weiterer kritischer Aspekt ist die Form der Entschädigung: Bis weit in die 2000er-Jahre bestanden die staatlichen Entschädigungsleistungen weitgehend aus finanziellen Zuwendungen (in der Regel Einmalzahlungen). Die heikle Frage der Entschädigungen hatte in Argentinien das Potential, die Opferorganisationen zu spalten: Für die einen waren die Entschädigungsleistungen eine willkommene Unterstützung,

139 Torras et al., *Memoria, verdad y justicia,* S. 23.

um den Alltag finanziell zu bewältigen, die anderen sprachen von „Blutgeld“ oder „Schweigegeld“.

Mit der von den Opfern vielfach geforderten *reparación integral*, also einer Entschädigungspolitik, die im Blick hat, wo für die Opfer im Alltag Probleme bestehen, und die diese Probleme gezielt adressiert, hat die argentinische Entschädigungspolitik wenig zu tun. Zu einer Form ganzheitlicher Entschädigung würden etwa folgende Leistungen gehören: eine monatliche Summe, die das fehlende Einkommen kompensiert, Stipendien für die Kinder der Verschwundenen, medizinische und psychologische Unterstützung, symbolische Maßnahmen zur Anerkennung des Unrechts etc.

Gedenkpolitik

Das Thema *Memoria* gewann erst im Laufe der Zeit an Bedeutung. Bereits zu Beginn der 2000er-Jahre begann auf gesellschaftlicher und kultureller Ebene der Diskurs um die angemessene Erinnerung und die Deutungshoheit hinsichtlich der jüngsten Vergangenheit.[140] Es war die Regierung Kirchner, die das Gedenken zum Thema der Politik machte und durch gezielte Gedenkstättenarbeit versuchte, die Gräuel der Vergangenheit im kollektiven Gedächtnis der Nation abzusichern. Hierbei kommt der Regierung das Verdienst zu, dass sie einerseits für die Kosten und die Erhaltung der Gedenkstätten aufkommt und andererseits die konkrete Ausgestaltung auf lokaler Ebene mit den Betroffenen und Zeitzeugen erarbeitet. Wenngleich die ESMA in Buenos Aires *die* zentrale Gedenkstätte ist, konnte mit der Dezentralisierung der Gedenkarbeit und der Errichtung von Gedenkstätten in allen Landesteilen ein gesteigertes Bewusstsein für die Thematik erreicht werden.

Archive und Aktenzugang

Auch in Hinblick auf den Zugang zu den relevanten Quellen hat sich in den vergangenen Jahren Vieles getan. Wiederholten die Streit- und Sicherheitskräfte über Jahre gebetsmühlenartig, dass es keine Akten und keine Archive gäbe, so wurden nun doch etliche Archivbestände entdeckt, erschlossen und für die Justiz, Presse und Forschung zugänglich gemacht. Mit der Einrichtung des *Archivo Nacional de la Memoria* wurde auch eine zentrale Archiverwaltung und -koordinierung geschaffen. Das sind unleugbare Fortschritte. Zugleich muss man aber konstatieren, dass es an einer systematisierenden Erfassung der Bestände, an ihrer (digitalen) Zusammenführung und überhaupt der Digitalisierung mangelt. Ebenso fehlen bislang klare Strategien für die Bewahrung der Archive der Menschenrechts- und Opferorganisationen.

140 Straßner, „La lucha continúa!“.

Gesellschaftlicher Umgang mit der Diktatur

Insgesamt besteht in Argentinien ein breiter gesellschaftlicher Konsens hinsichtlich des Staatsterrorismus. Es gibt kaum Leugner und nur wenige Revisionisten und Relativierer. Einen wichtigen Grundstein hierfür hat gewiss die CONADEP gelegt. Aber auch das unermüdliche Reklamieren von *Verdad y Justicia* durch die Opfer und die Menschenrechtsbewegung hielt das Thema über Jahrzehnte im öffentlichen Bewusstsein. Hierin liegt gewiss ein Teil der Tragik der Rolle der Opfer: Das Leid, das sie erfahren haben, kann kaum wieder ausgeglichen werden. Ihre Unzufriedenheit ist die Ursache dafür, dass ihre Anliegen immer wieder auf der gesellschaftlichen und politischen Agenda erscheinen. Dadurch ist die Gesellschaft gehalten, sich immer wieder mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Während die Gesellschaft daran reifen kann, stellt dieser Prozess für die Opfer eine große Belastung dar.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Diktatur fand aber auch ihren Niederschlag in Kunst und Kultur. Dabei wurden unterschiedlichste Facetten der Diktatur beleuchtet. Zugleich diente die Diktatur auch immer wieder als Hintergrundfolie für fiktionale Erzählungen. Auch dies scheint ein wichtiger Schritt zu sein: Die Diktatur ist nicht nur explizites Thema der kulturellen Auseinandersetzung, sondern wird auch im Zusammenhang mit anderen Themen implizit mit behandelt.

Eine weitere wichtige Entwicklung in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Diktatur ist die Ausweitung des Fokus: Es geht nicht mehr nur um die Grausamkeit des Militärs, sondern auch um die Entstehungsbedingungen der Gewalt, um fördernde Faktoren, um nicht-militärische Akteure, um die Profiteure des Regimes etc. Auch dies zeugt von einer immer umfassenderen und facettenreicheren Auseinandersetzung mit dem Staatsterrorismus.

Die Erfahrung der jüngsten Militärdiktatur hat auch Auswirkungen auf das Geschichtsbewusstsein der Nation. Das argentinische Nationalnarrativ ist geprägt von kriegerischen Konflikten, militärischen Erfolgen, heldenhaften Generälen etc. Die Auseinandersetzung mit der Diktatur löste einen Prozess des kritischen Hinterfragens dieser Identitätskonstruktion aus. Deutlich wird dies etwa an den Kontroversen um die Figur General Julio Rocas (1843–1914), der in der Nationalgeschichtsschreibung als „Eroberer Patagoniens“ gefeiert wurde. Dass bei dieser „Eroberung“ Patagoniens Tausende Indigene getötet wurden, spielte hierbei keine Rolle. Im Kontext der Auseinandersetzung mit der argentinischen Diktatur wurden die Verbrechen immer wieder als Völkermord bezeichnet.[141] Dieses Genozid-Paradigma wurde in der Folge auch für eine kritische Neuinterpretation der argentinischen Geschichte genutzt. In diesem Zusammenhang wurde etwa auch General Roca vom heroischen Eroberer und Zivilisierer zum Völkermörder erklärt.[142]

---

141 Crenzel, „The Crimes of the Last Dictatorship“, S. 7–15.

142 Carlos Masotta, „Imágenes recientes de la ‚Conquista del Desierto‘: Problemas de la memoria en la impugnación de un mito de origen“, in *Runa: Archivo para las ciencias del hombre* XXVI (2006), S. 225–

Die Erfahrungen mit dem Staatsterrorismus bieten aber nicht nur einen Deutungsrahmen für die Vergangenheit Argentiniens, sondern auch für die Gegenwart. So stellt etwa die Polizeigewalt in Argentinien immer noch ein Problem dar. Korruption, fehlende Kontrollinstanzen und mangelnde Professionalität haben zur Folge, dass den Mitgliedern der Sicherheitskräfte wenig Vertrauen entgegengebracht wird. Auch heute noch verschwinden Personen, die von der Polizei in Gewahrsam genommen wurden. Solche Vorfälle bekommen vor dem Hintergrund der jüngsten Geschichte ein besonderes Gewicht.[143]

Fazit

Der Fall Argentinien ist in vielfacher Hinsicht aufschlussreich und erhellend. Abschließend seien einige Aspekte kurz genannt, die sich am Beispiel Argentiniens gut zeigen lassen:

Die *Art des Systemübergangs* ist maßgeblich für die Möglichkeiten der Aufarbeitung der Vergangenheit. Im Fall Argentiniens handelte es sich eher um einen Systemkollaps als um einen paktierten und verhandelten Übergang. Für die Regierung Alfonsín boten sich somit zu Beginn gute Voraussetzungen für die Aufarbeitung der Vergangenheit.

Eine *frühe und umfassende Aufklärung der Verbrechen* wie durch die CONADEP ist wichtig, um den erforderlichen Rückhalt in der Bevölkerung zu erreichen. Ebenso wird so die Basis geschaffen für eine klare Abgrenzung vom Vorgängerregime.

In Aufarbeitungsprozessen haben *Handlungsbeschränkungen und politische Restriktionen* eine wichtige Bedeutung. Gerade während der Regierungszeit Alfoníns zeigte sich, dass die Streitkräfte als innenpolitischer Machtfaktor in der Lage waren, als Veto-Akteure aufzutreten und etwa die strafrechtliche Aufarbeitung zu verhindern. Hier wiederum muss die Regierung sorgsam abwägen, ob sie eher prinzipientreu und gesinnungsethisch ihr ursprüngliches Ziel weiterverfolgt, oder ob sie pragmatisch-verantwortungsethisch auf den Druck reagiert.

Die *Rolle der Opferorganisationen und der Menschenrechtsbewegung* kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Im Falle Argentiniens ist es im Wesentlichen diesen Gruppen zu verdanken, dass Fortschritte im Bereich der Aufarbeitung erzielt werden konnten. Sie waren über weite Strecken der vergangenen Jahrzehnte die treibenden Kräfte – die oft genug die Regierung vor sich hergetrieben haben.

Deutlich wird auch die *Rolle der Exekutive* in Aufarbeitungsprozessen. Gerade der Unterschied zwischen der vergangenheitspolitischen Strategie von Präsident Menem und derjenigen der beiden Kirchner-Präsidenten macht deutlich, welche Fortschritte

245; Diana Lenton et al. (Hrsg.), „Huellas de un genocidio silenciado: Los indígenas en Argentina“, in *Conceptos* 90 (2015), S. 119–142.

143 Michelle D. Bonner, „Never Again: Transitional Justice and Persistent Police Violence in Argentina“, in *International Journal of Transitional Justice* 8 (2014), S. 235–255, hier S. 235 f.

erzielt werden können, wenn das *Agenda Setting* vergangenheitspolitischer Themen von Regierungsseite erfolgt und nicht von „unten“ erzwungen werden muss.

Aufarbeitungsprozesse haben eine bestimmte *Phasenabfolge*: Am Anfang stehen zunächst oft drängende Fragen (wie etwa Haftentlassungen, Elitenaustausch etc.) sowie die Notwendigkeit der Aufklärung und Bestrafung im Mittelpunkt des Interesses. Oft folgen Fragen der Entschädigung und Wiedergutmachung. Mit dem Voranschreiten der Zeit spielen zunächst erinnerungspolitische und dann geschichtspolitische Fragen eine Rolle. Oftmals ist es auch so, dass bestimmte Maßnahmen – wenngleich sie von Anfang an gefordert wurden – erst später möglich werden. Hier spielen generationelle Aspekte sicherlich eine bedeutende Rolle. Dies zeigte sich in Argentinien bei der Strafverfolgung.

Bibliografie

Aalen, Lovise et al. *Ethiopian since Dergue: A decade of democratic pretension and performance.* London: Zed Books, 2002.

Abdurrahmani, Bledar. „Transitional Justice in Albania: The Lustration Reform and Information on Communism Files." *Interdisciplinary Journal of Research and Development* 5(3). Durrës: Aleksandër Moisiu, 2018.

Able, Richard L. *Politics by Other Means: Law in the Struggle against Apartheid, 1980–1994.* Cambridge: Cambridge University Press, 1997.

Abraham, Kinfe. *Ethiopia From Bullets to the Ballot Box: the Bumpy Road to Democracy and the Political Economy of Transition.* Lawrenceville: The Red Sea Press Inc., 1994.

Abrahan, Manuela und Mariana Risso. „Llena de hondos silencios: Los debates en torno a la aprobación de la ley de Sitios de Memoria Histórica del Pasado Reciente No. 19.641." In *Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay*, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2018*, 50–65. Montevideo: SERPAJ, 2018.

ACHPR (Ethiopia). *HaregewoinGabre-Selassie and IHRDA (on behalf of former Dergue officials) v. Ethiopia* (Urteil), 12. Oktober 2013, Comm. No. 301/2005.

Achugar, Mariana, Amparo Fernández und Nicolás Morales. „(Re)presentando el pasado reciente: la última dictadura uruguaya en los manuales de historia." *Discurso & Sociedad* 5(2) (2011): 196–229.

Adler, Sabine. „Umstrittene Erinnerungskultur: Erste Museen zur Hoxha-Diktatur in Albanien." *Deutschlandfunk*, 16.08.2017. Verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/umstrittene-erinnerungskultur-erste-museen-zur-hoxha.691.de.html?dram:article_id=393639 (letzter Zugriff: 14.01.2021).

Acuña, Carlos H. und Catalina Smulovitz. „Guarding the Guardians in Argentina: Some Lessons about the Risks and Benefits of Empowering the Courts." In *Transitional Justice and the Rule of Law in New Democracies*, hrsg. von A. James McAdams, 93–122. Notre Dame and London: University of Notre Dame Press, 1997.

Acuña, Carlos H. und Catalina Smulovitz. „Militares en la transición argentina: del gobierno a la subordinación constitucional." In *Juicio, castigos y memorias. Derechos humanos y justicia en la política argentina*, hrsg. von Carlos H. Acuña et al., 19–99. Buenos Aires: Ediciones Nueva Visión, 1995.

Adorno, Theodor W. *Gesammelte Schriften*, vol. 10.2 Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1977.

Ahlbrecht, Heiko. *Der Fall Pinochet (s): Auslieferung wegen staatsverstärkter Kriminalität?*. Baden-Baden: Nomos, 1999.

Ainley, Kirsten. *Evaluating Transitional Justice: Accountability and Peacebuilding in Post-Conflict Sierra Leone*. London: Springer, 2015.

Akhavan, Payam. „Justice and Reconciliation in the Great Lakes Region of Africa: The Contribution of the International Criminal Tribunal for Rwanda." *Duke Journal of Comparative & International Law* 7 (1997): 325–348.

Alegría, Diego et al. (Hrsg.). *Poesía Chilena en Dictadura y Postdictadura.* Santiago: Universidad de Chile, Gramaje ediciones, 2020.

Alfonsín, Raúl. *Memoria Política: Transición a la democracia y derechos humanos.* Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica de Argentina, 2004.

Alia, Ramiz. *Shpresa dhe zhgënjime.* Tiranë: Dituria, 1993.

Allier Montaño, Eugenia. „Lugar de memoria: ¿un concepto para el análisis de las luchas memoriales? El caso de Uruguay y su pasado reciente." *Cuadernos del CLAEH* 2(31) (2008): 87–109.

Allier Montaño, Eugenia. „Recordar para reparar: la imagen de los desaparecidos uruguayos en el ‚Memorial a los detenidos-desaparecidos'." *ILCEA – Revue de l'Institut des langues et cultures d'Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–21. Verfügbar unter: https://doi.org/10.4000/ilcea.3968 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Allo, Awol und Tesfaye, Beza. „Spectacles of illegality: mapping Ethiopia's show trials." *African Identities* 13 (2015): 279–296.

Open Access. © 2023 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 International Lizenz.

https://doi.org/10.1515/9783111252674-012

Aliçka, Ylljet. *Metamorfozae një kryeqyteti.* Berat: Onufri 2019.
Aliçka, Ylljet. *La valse du bonheur*. Paris: L'Esprit du temps, 2019.
Aliçka, Ylljet. *Les slogans de pierre*. N. N.: Edition Climates, 1999.
Alonso, Fabiana. „La dictadura militar argentina (1976–1983) en los textos de Ciencias Sociales e Historia para el tercer ciclo de la Educación General Básica." In *Dictadura y Educación: Tomo 3: Los textos escolares en la historia argentina reciente,* hrsg. von Carolina Kaufmann, 227–245. Salamanca: FahrenHouse, 2018.
Alonso, Jimena. „La prisión masiva y prolongada en perspectiva de género: Mujeres presas durante la dictadura uruguaya (1973–1985)." In *El tiempo quieto: Mujeres privadas de libertad en Uruguay*, hrsg. von Natalia Montealegre Alegría, Graciela Sapriza, María Ana Folle Chavannes, 53–73. Montevideo: Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación, Universidad de la República, 2016.
Alonso, Jimena und Fabiana Larrobla. „Memorias femeninas en el uruguay pos-dictadura." *Aletheia* 5(9) (2014): 1–14. Verfügbar unter: http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/art_revistas/pr.6417/pr.6417.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
Alonso, Jimena, Fabiana Larrobla und Mariana Risso. *Avanzar a tientas: Cronología de las luchas por verdad y justicia 1985–2015.* Montevideo: Scielo, 2016.
Altuzarra, Cristancho. José Gabriel. „Memoria, oposición y subjetividad política en el cine argentine." *Imagofagia* 10 (2014): 1– 62.
Ambos, Kai. „Zur ‚rechtlichen' Struktur der Repression und strafrechtlichen Vergangenheitsbewältigung in Argentinien: Ein Kommentar aus juristischer Sicht." In *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, hrsg. von Detlef Nolte, 86–95. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.
Ambos, Kai und Mohamed Othmann. *New Approaches in International Criminal Justice: Kosovo, East Timor, Sierra Leone & Cambodia.* Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, 2003.
Amesti, Nadia et al. „La estructura del poder militar durante la dictadura." Montevideo: Universidad de la República del Uruguay, 2018. Verfügbar unter: https://sitiosdememoria.uy/sites/default/files/2020-01/Estructura.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
Amnesty Interational, „Äthiopiens Ex-Diktator Mengistu nicht verhaftet." *AI-Journal* (Januar 2000). Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20160304074225/http://www.amnesty.de/umleitung/2000/deu05/264?lang=de%26mimetype%3dtext%2fhtml (letzter Zugriff: 24.11.2021).
Amnesty International Publications, *Albania Political Imprisonment and the Law.* London: Shadowdean Limited, 1984.
Amnesty International, *Safer to Stay Silent* (London, 2010). Verfügbar unter: https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CBCBF4D4CFC49B494925779000199C1B-Full_Report.pdf (letzter Zugriff: 06.12.2021).
Anonymus, „Clouds over Attempts to Reconcile with the Past." The New Humanitarian, 15. Dezember 2006. Verfügbar unter: https://www.thenewhumanitarian.org/fr/node/229198 (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 14.07.2021).
Anonymus, „Gericht: Kein Foto von Ex-Terroristin." Der Tagesspiegel, 27. Mai 2007. Verfügbar unter: https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/gericht-kein-foto-von-ex-terroristin/827642.html (letzter Zugriff: 22.03.2022).
Anonymus, „The Senate Adopts the Report on Consolidation of the Genocide Memorial Sites." Verfügbar unter: https://www.parliament.gov.rw/newsdetail?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=16027&cHash=de69d119fd24304a4-de10b09a66272d0 (letzter Zugriff: 06.12.2021).
Antonio Pereira. „Análisis de los informativos televisivos durante el proceso de aprobación de la ley de caducidad." Cuaderno de Historia 9 (2012): 125–149.

APDH (Asamblea Permanente por los Derechos Humanos). Memoria, Verdad y Justicia: Herramientas para la comunicación desde los derechos humanos. Buenos Aires: Asamblea Permanente por los Derechos Humanos, 2019.

Arapi, Lindita. *Schlüsselmädchen*. Berlin: Dittrich Verlag, 2013.

Arapi, Lindita. *Wie Albanien albanisch wurde – Rekonstruktion des Albanienbildes*. Marburg: Tectum Verlag, 2006.

Arce, Luz. *El Infierno.* Santiago: Editorial Planeta, 1993.

Aronson, Jay D. „The Strengths and Limitations of South Africa's Search for Apartheid-Era Missing Persons." *International Journal of Transitional Justice* 5(2) (2011): 262–81. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1093/ijtj/ijr013 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Asociación Madres de Plaza de Mayo. *Historia de las Madres de Plaza de Mayo.* Buenos Aires: Editorial de las Madres, [2]2003.

Assmann, Aleida. *Erinnerungsräume: Formen und Wandlungen des kollektiven Gedächtnisses.* Munich: C. H. Beck, 2009.

Assmann, Aleida. *Formen des Vergessens.* Göttingen: Wallstein, 2016.

Auer, Kira. *Vergangenheitsbewältigung in Ruanda, Kambodscha und Guatemala: Die Implementierung normativer Ansprüche.* Baden-Baden: Nomos, 2014.

Austin, C. Robert und Jonathan Ellison, „Post-Communist Transitional Justice in Albania." *East European Politics and Societies* 22(2) (2008): 373–401.

Austin, C. Robert und Jonathan Ellison. „Albania." In *Transitional Justice in Eastern Europe and the Former Soviet Union: Reckoning with the communist past*, hrsg. von Lavinia Stan, 176–199. New York: Routledge, 2009.

Baberowski, Jörg. *Verbrannte Erde: Stalins Herrschaft der Gewalt.* München: Fischer, [2]2019.

Backer, David. „Watching a Bargain Unravel? A Panel Study of Victims' Attitudes about Transitional Justice in Cape Town, South Africa." *International Journal of Transitional Justice* 4(3) (2010): 443–456. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1093/ijtj/ijq015. (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Bagilishya, Déogratias. „Mourning and Recovery from Trauma: In Rwanda, Tears Flow Within." *Transcultural Psychiatry* 37(3) (2000): 337–353.

Baines, Gary. „Site of Struggle: The Freedom Park Fracas and the Divisive Legacy of South Africa's Border War/ Liberation Struggle." *Social Dynamics* 35(2) (2009): 330–344. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1080/02533950903076428 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Bajohr, Frank. „Holocaustforschung–Entwicklungslinien in Deutschland seit 1945." In *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, hrsg. von Magnus Brechtken, 122–142.

Bakiner, Onur. *Truth Commissions: Memory, Power, and Legitimacy.* Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2016.

Balé, Cinthia. „Usos del archivo y políticas de la memoria: un análisis del proceso de ‚apertura' de los archivos militares en Argentina (2003–2015)," Nuevo Mundo Mundos Nuevos (2018). Verfügbar unter: http://journals.openedition.org/nuevomundo/73860 (letzter Zugriff: 11.04.2022); DOI: https://doi.org/10.4000/nuevomundo.73860.

Balza, Martín Antonio. „‚Das Ziel rechtfertigt niemals die Mittel.' Fernsehansprache des Stabschefs des argentinischen Heeres", General Martín Antonio Balza, vom 25.4.1995. In *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, hrsg. von Detlef Nolte, 96–99. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.

Barahona de Brito, Alexandra. *Human Rights and Democratization in Latin America: Uruguay and Chile.* Oxford: Oxford University Press, 1997.

Barahona de Brito, Alexandra. „Truth, Justice, Memory, and Democratization in the Southern Cone." In *The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies*, hrsg. von Alexandra Barahona de Brito, Carmen González-Enríquez and Paloma Aguilar, 119–160. Oxford: Oxford University Press, 2001.

Barbano, Rodrigo. „Wikipedia y derechos humanos: construyendo memoria en territorios digitales, in Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay.“ *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2018.* Montevideo: SERPAJ, 2018.

Barrera, Giulia. „Of condors and judges: archival musings over a judicial investigation.“ *Archival Science* 9 (2009): 203–214.

Bassiouni, M. Cherif. *International Criminal Law: International Enforcement.* Leiden: Martinus Nijhoff Publishers, [3]2008.

Bauerkämper, Arnd. „Transnationale Dimensionen der ‚Vergangenheitsaufarbeitung‘.“ In *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, hrsg. von Magnus Brechtken, 20–37. Bonn: bpb, 2021.

Behrendt, Urs. *Die Verfolgung des Völkermordes in Ruanda durch internationale und nationale Gerichte: Zugleich ein Beitrag zu Inhalt und Funktion des Universalitätsprinzips bei der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen.* Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 2004.

Beinart, William und Peter Delius. „The Historical Context and Legacy of the Natives Land Act of 1913.“ *Journal of Southern African Studies* 40(4) (2014): 667–688. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1080/03057070.2014.930623 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Berghoff, Hartmut. „Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung: Die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre nationalsozialistische Vergangenheit in den Fünfziger Jahren.“ *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 49 (1998): 96–114.

Berhe, Aregawi. *A Political History of the Tigray People's Liberation Front (1975–1991): Revolt, Ideology and Mobilisation in Ethiopia.* PhD diss., Amsterdam: Vrijie Universiteit Amsterdam, 2009.

Bertoia, Luciana. „La agenda de Memoria, Verdad y Justicia en tiempos de cambios: Tensiones, rupturas y continuidades en el discurso del gobierno macrista en torno al terrorismo de Estado.“ *Aletheia* 7(13) (2016). Verfügbar unter: http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/art_revistas/pr.7622/pr.7622.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Besoky, Juan Luis. „Como dos extraños: dilemas del joven historiador frente al archive.“ *Hilos Documentales* 1(1) (2018). Verfügbar unter: https://revistas.unlp.edu.ar/HilosDocumentales/article/view/5956/5332 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Bhandari, Ram Kumar. *The Role of Victims' Organisations in Transition from Conflict: Families of the Disappeared in Nepal.* PhD diss., Hamburg: University of Hamburg 2011.

Biberaj, Elez. *Albania in Transition: The Rocky Road to Democracy.* Boulder Colorado: Westview Press, 1998.

Bickford, Louis. „Human Rights Archives and Research on Historical Memory: Argentina, Chile, and Uruguay.“ *Latin American Research Review* 35(2) (2000): 160–182.

Bilbija, Ksenija and Leigh A. Payne. *Accounting for Violence: Marketing Memory in Latin America.* Durham: Duke University Press, 2011.

Birantamije, Gérard. „Civil Society Organisations and Transitional Justice in Burundi: When Making is Resisting.“ In *Resistance and Transitional Justice*, hrsg. von Briony Jones und Julie Bernath, 77–100. London: Routledge, 2017.

Bisset, Alison. *Truth Commissions and Criminal Courts.* Cambridge: Cambridge University Press, 2012.

Blackie, Laura und Nicki Hitchcott. „‚I am Rwandan‘: Unity and Reconciliation in Post-Genocide Rwanda.“ *Genocide Studies and Prevention: An International Journal* 12(1) (2018): 24–37.

Boddy-Evans, Alistair. „Pass Laws During Apartheid.“ ThoughtCo, 2019. Verfügbar unter: https://www.thoughtco.com/pass-laws-during-apartheid-43492 (letzter Zugriff: 02.11.2022).

Boeninger, Edgardo. *Democracia en Chile: Lecciones para la Gobernabilidad.* Santiago: Editorial Andrés Bello, 1997.

Boiani, Micaela et al. „Otro 20 de mayo.“ In Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2020.* Montevideo: SERPAJ, 2020.

Bois, Francois du. „Judicial Selection in Post-Apartheid South Africa.“ *SSRN Scholarly Paper*. Rochester, New York: Social Science Research Network, 2006. Verfügbar unter: https://doi.org/10.2139/ssrn.2283148 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Bonacker, Thorsten. „Global Victimhood: On the Charisma of the Victim in Transitional Justice Processes.“ *World Political Science* 9 (2013): 97–129.

Bond, Patrick. *The Elite Transition: From Apartheid to Neoliberalism in South Africa.* Pluto Press, 2000.

Bonner, Michelle D. „Never Again: Transitional Justice and Persistent Police Violence in Argentina.“ *International Journal of Transitional Justice* 8 (2014): 235–255.

Bornkamm, Paul Christoph. *Rwanda's Gacaca Courts: Between Retribution and Reparation.* Oxford: Oxford University Press, 2012.

Botschaft der Russischen Föderation in der Republik Südafrika, „On the Solemn Unveiling of the Soviet/Russian Section of the Wall of Names Freedom Park – Press Releases“, 13. Dezember 2018, verfügbar unter: https://russianembassyza.mid.ru/ru_RU/-/on-the-solemn-unveiling-of-the-soviet-russian-section-of-the-wall-of-names-freedom-park-13-december-2018?inheritRedirect=true&redirect=%2Fru_RU (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Bottinelli, Eduardo. „Las carreras políticas de los senadores en Uruguay: ¿Cambios o continuidades ante el triunfo de la izquierda?“ *Revista de Sociologia e Política* 16(30) (2008): 29–43.

Boxill, Bernard R. „The Morality of Reparation.“ *Social Theory and Practice* 2(1) (1972): 113–123.

Brandstetter, Anna-Maria. „Contested Pasts: The Politics of Remembrance in Post-Genocide Rwanda.“ In *The Ortelius Lecture*, hrsg. von Netherlands Institute for Advanced Studies in the Humanities and Social Sciences / University of Antwerp. Wassenaar, 2010.

Brannigan, Augustine und Nicholas A. Jones. „Genocide and the Legal Process in Rwanda: From Genocide Amnesty to the New Rule of Law.“ *International Criminal Justice Review* 19(2) (2009): 192–207.

Brauman, Roy, Stephen Smith und Claudine Vidal. „Rwanda: Politique de terreur, privilege d'impunite.“ *Esprit* 266/267 (8/9) (2000): 147–161.

Bravo, Nazareno. „H. I. J.OS. en Argentina: La emergencia de prácticas y discursos en la lucha por la memoria, la verdad y la justicia.“ *Sociológica* 27(76) (2012): 231–248.

Brechtken, Magnus (Hrsg.). *Aufarbeitung des Nationalsozialismus: Ein Kompendium.* Göttingen: Wallstein, 2021.

Broquetas, Magdalena. *Huellas de la repression: Identificación de centros de detención del autoritarismo y la dictadura (1968–1985).* Montevideo: Centro Municipal de Fotografía, 2008.

Broszat, Martin, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick, *Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung* (*Anatomie des SS-Staats*, vol. 2). Olten und Freiburg im Breisgau: dtv, 1965.

Brüne, Stefan. „Ideology, Government And Development: The People's Democratic Republic Of Ethiopia.“ *Northeast African Studies* 12(2) (1990) 189–199.

Bubenzer, Ole. *Post-TRC Prosecutions in South Africa: Accountability for Political Crimes After the Truth and Reconciliation Commission's Amnesty Process.* Leiden und Boston: Brill, 2009.

Buchheim, Hans. *Die SS – Das Herrschaftsinstrument: Befehl und Gehorsam* (*Anatomie des SS-Staates*, Bd. 1). Olten und Freiburg im Breisgau: dtv, 1965.

Buckley-Zistel, Susanne. „Remembering to Forget: Chosen Amnesia as Strategy for Local Co-Existence in Post-Genocide Rwanda.“ *Africa. The Journal of the International African Institute* 76(2) (2006): 131–150.

Buckley-Zistel, Susanne. „Nation, narration, unification? The politics of history teaching after the Rwandan genocide.“ *Journal of Genocide Research* 11(1) (2009): 31–53.

Buckley-Zistel, Susanne. „Vergangenes Unrecht aufarbeiten: Eine globale Perspektive.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2013): 25–26. Verfügbar unter: https://www.bpb.de/apuz/162889/vergangenes-unrecht-aufarbeiten-eine-globale-perspektive?p=all (letzter Zugriff: 22.03.2022).

Bühlmann, Marc Wolfgang et al. „Demokratiebarometer: Ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität.“ *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 6 (2012): 115–159. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s12286-012-0129-2 (last accessed 23.11.2021).

Bulcha, Mekuria. „Genocidal Violence in the Making of Nation and State in Ethiopia.“ *African Sociological Review* 9(2) (2005): 1–54.

Bulman, Gail. „Moving On? Memory and History in Griselda Gambaro's Recent Theater." *Studies in 20th & 21st Century Literature* 28(2) (2004): 379–395.

Bundeszentrale für politische Bildung, *Gedenkstätten für die Opfer des* Nationalsozialimus, Bde. 1 und 2. Bonn, 1999. Verfügbar unter: https://www.bpb.de/shop/multimedia/dvd-cd/33945/gedenkstaetten-fuer-die-opfer-des-nationalsozialismus (letzter Zugriff: 09.11.2021).

Burbach, Roger. *The Pinochet Affair.* London und New York: Zed Books, 2003.

Buriano, Ana. „Ley de Caducidad en Uruguay y esencia ético-política de la izquierda." *Perfiles Latinoamericanos* 38 (2011): 173–203.

Buriano, Ana und Silvia Dutrénit. „A 30 años de la ley de caducidad uruguaya ¿Qué y cómo debemos conmemorar?." *Antíteses* 10(19) (2017): 351–375.

Burnet, Jennie E. „Whose Genocide? Whose Truth? Representations of Victim and Perpetrator in Rwanda." In *Genocide, Truth, Memory and Representation*, hrsg. von Alexander Laban Hinton und Kevin Lewis O'Neill, 80–113. Durham: Duke University Press, 2009.

Burnet, Jennie E. „Situating Sexual Violence in Rwanda (1990–2001): Sexual Agency, Sexual Consent, and the Political Economy of War." *African Studies Review* 55(2) (2012): 97–118.

Burnet, Jennie E. „Rape as a Weapon of Genocide: Gender, Patriarchy, and Sexual Violence in the Rwandan Genocide." *Anthropology Faculty Publications* 13 (2015): 1–3.

Burt, Jo-Marie, Gabriela Fried Amilivia und Francesca Lessa. „Civil Society and the Resurgent Struggle against Impunity in Uruguay (1986–2012)." *The International Journal of Transitional Justice* 7 (2013): 306–327.

Buruma, Ian. *Erbschaft der Schuld: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und Japan*, übersetzt von Klaus Binder und Jeremy Gaines. München und Wien: Carl Hanser, 1994.

Busquets, José Miguel und Andrea Delbono. „La dictadura cívico-militar en Uruguay (1973–1985): aproximación a su periodización y caracterización a la luz de algunas teorizaciones sobre el autoritarismo." *Revista de la Facultad de Derecho* 41 (2016): 61–102.

Butka, Uran. *Lufta civile në Shqipëri 1943–1945.* Tiranë: ISKK, 2015.

Caetano, Gerardo. „Los archivos represivos en los procesos de ‚justicia transicional': una cuestión de derechos." *Perfiles Latinoamericanos* 37 (2011): 9–32.

Caetano, Gerardo. „Los archivos represivos y el debate sobre los criterios para su mejor utilización como instrumento de justicia y de derechos." *Claves. Revista de Historia* 3/5 (2017): 155–183.

Caetano, Gerado und José Rilla. *Breve historia de la dictadura (1973–1985).* Montevideo: Grupo Editor, 1987.

Calic, Marie-Janine. *Südosteuropa: Weltgeschichte einer Region.* München: bpb, 2016.

Camay, Phiroshaw und Anne J. Gordon. „The National Peace Accord and Its Structures." Johannesburg: Cooperative for Research and Education, 2000. Verfügbar unter: https://omalley.nelsonmandela.org/omalley/index.php/site/q/03lv02424/04lv03275/05lv03294/06lv03321.htm (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Carreras, Sandra und Barbara Potthast. *Eine kleine Geschichte Argentiniens.* Frankfurt am Main: Suhrkamp, [2]2013.

Castro, Alicia. „Derechos humanos y delitos de lesa humanidad: Un análisis de la jurisprudencia de la Suprema Corte de Justicia sobre imprescribilidad de delitos de la dictadura." *Revista de Derecho Público* 27 (2018): 7–34.

Catoggio, María Soledad. „Activismos no violentos bajo dictaduras militares en Argentina y Chile: el Servicio de Paz y Justicia, 1974–1983." *Jahrbuch für Geschichte Lateinamerikas* 52 (2015): 291–314.

Catoggio, María Soledad. „La última dictadura militar argentina (1976–1983): la ingeniería del terrorismo de Estado." In *Online Encyclopedia of Mass Violence* (2010). Verfügbar unter: http://www.massviolence.org/PdfVersion?id_article=485 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Catsam, Derek. „Permanently Removed from Society: The Cradock Four, the TRC, Moral Judgments, Historical Truth, and the Dilemmas of Contemporary History." *Historia Actual Online*, 1. Januar 2005.

Cavanna, Federico A. und Luis Fernando Cerri. „Enseñanza de historia reciente en Uruguay: pasado y laicidad en el juego de la identidad." *Archivos de Ciencias de la Educación* 3(3) (2009): 99–112. Verfüg-

bar unter: http://www.fuentesmemoria.fahce.unlp.edu.ar/art_revistas/pr.4085/pr.4085.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

CELS – Centro de Estudios Legales y Sociales. *Derechos Humanos en la Argentina: Informe anual enero – diciembre 1998.* Buenos Aires: Centro de Estudios Legales y Sociales, 1999.

CELS – Centro de Estudios Legales y Sociales. *Derechos Humanos en Argentina: Informe anual 2000.* Buenos Aires: Centro de Estudios Legales y Sociales, 2000.

Centro de Derechos Humanos Universidad Diego Portales. *Informe anual sobre derechos humanos en Chile 2019* (2019). Verfügbar unter: https://derechoshumanos.udp.cl/informe-anual/informe-anual-sobre-derechos-humanos-en-chile-2019-2/ (letzter Zugriff: 11.12.2022).

Chandler, David. „Cambodia Deals with its Past: Collective Memory, Demonisation and Induced Amnesia." *Totalitarian Movements and Political Religions* 9 (2008): 355–369.

Chapman, Audrey R. und Patrick Ball. „The Truth of Truth Commissions: Comparative Lessons from Haiti, South Africa, and Guatemala." *Human Rights Quarterly* 23(1) (2001): 1–43.

Chapman, Audrey R. und Hugo van der Merwe. *Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC deliver?*. Philadelphia: De Gruyter, 2008.

Chargoñia, Pablo. „Caso Elena Quinteros: El ex canciller de la dictadura y el Batallón 13 en el centro de las investigaciones." In *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2004*, 119–125. Montevideo: SERPAJ, 2004.

Chargoñia, Pablo. „Avances, retrocesos y desafíos en la lucha judicial contra la impunidad." In *Luchas contra la impunidad. Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 163–174. Montevideo: Trilce, 2011.

Chargoñia, Pablo, Leonardo Di Cesare und Fiorella Garbarino. „Después de la disolución del Grupo de Trabajo por Verdad y Justicia: Comentarios sobre la Ley No. 19.822 que comete la búsqueda de personas detenidas desaparecidas a la Institución Nacional de Derechos Humanos y Defensoría del Pueblo," Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2019.* Montevideo: SERPAJ, 2019: 70–78.

Cherry, Janet. *Spear of the Nation: Umkhonto WeSizwe.* Athens: Ohio University Press, 2012. Verfügbar unter: https://www.bookdepository.com/Spear-Nation-Umkhonto-weSizwe-Janet-Cherry/9780821420263 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Christie, Kenneth. *The South African Truth Commission.* Basingstoke, London und New York: Palgrave, 2000.

Christodoulidis, Emilios and Scott Veitch, (Hrsg.). *Lethe's Law. Justice: Law and Ethics in Reconciliation.* Oxford: Hart Publishing, 2001.

Cingranelli, David L. und David L. Richards. „Das Menschenrechtsdatenprojekt von Cingranelli und Richards (CIRI)." *Human Rights Quarterly* 32 (2010): 401–424. Verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/236759507_The_Cingranelli_and_Richards_CIRI_Human_Rights_Data_Project. (letzter Zugriff: 23.11.2021).

Clapham, Christopher. „Re-writing Ethiopian History." *Annales d'Éthiopie* 18(1) (2002): 37–54. Clark, Phil und Zachary D. Kaufman, (Hrsg.). *After Genocide: Transitional Justice, Post-Conflict Reconstruction and Reconciliation in Rwanda and Beyond.* London: Hurst, 2008.

Clark, Phil. *The Gacaca Courts, Post-Genocide Justice and Reconciliation in Rwanda: Justice without Lawyers*, *Cambridge Studies in Law and Society.* Cambridge: Cambridge University Press, 2010.

Clark, Phil. „Negotiating Reconciliation in Rwanda: Popular Challenges to the Official Discourse of Post-Genocide National Unity." *Journal of Intervention and Statebuilding* 8(4) (2014): 303–320.

Clark, Phil. *Distant Justice: The Impact of the International Criminal Court on African Politics.*
Cambridge: Cambridge University Press, 2018.

Coleman, Max (Hrsg.). *A Crime Against Humanity: Analysing the Repression of the Apartheid State.*
Cape Town: David Philip Pub, 1998.

Collins, Cath. *Post-Transitional Justice: Human Rights Trials in Chile and El Salvador.* Pennsylvania: Pennsylvania State University Press, 2010.

Collins, Cath, Katherine Hite und Alfredo Joignant. *Las políticas de la memoria en Chile: Desde Pinochet a Bachelet.* Santiago: Ediciones Universidad Diego Portales, 2013.

Comblin, José. *The Church and the National Security State.* Maryknoll: Orbis Books, 1979.

Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación. Informe (1991). Verfügbar unter: https://bibliotecadigital.indh.cl/handle/123456789/170 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura. Informe (2014). Verfügbar unter: https://www.indh.cl/destacados-2/comision-valech/ (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Comisión para la Paz. *Informe Final.* Montevideo: Comisión para la Paz, 2003.

CONADEP – Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas. *Nunca Más: Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas.* Buenos Aires: Editorial de la Universidad de Buenos Aires, [3]1984.

Conferencia Episcopal Argentina. *Iglesia y Democracia en la Argentina: Selección de documentos del Episcopado Argentino.* Buenos Aires: Conferencia Episcopal Argentina, 2006.

Conley, Bridget. *Memory from the Margins: Ethiopia's Red Terror Martyrs Memorial Museum.* London: Palgrave Macmillan, 2019.

Contera, Cristina. „La educación superior en Uruguay." *Avaliação: Revista da Avaliação da Educação Superior* 13(2) (2008): 533–554.

Conti, Diana. „La democracia y su respuesta a las violaciones a los Derechos Humanos el pasado." *Hechos y Derechos*, 8 (2001): 57–70.

Cook, Susan E. *Genocide in Cambodia and Rwanda: New Perspectives.* New York: New Brunswick Transaction Publishers, 2006.

Cornelißen, Christoph, Lutz Klinkhammer und Wolfgang Schwentker (Hrsg.). *Erinnerungskulturen: Deutschland, Italien und Japan seit 1945.* Frankfurt am Main: Fischer, 2003.

Cornelißen, Christoph. „‚Vergangenheitsbewältigung'– ein deutscher Sonderweg?" In *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenhei*t, hrsg. von Katrin Hammerstein et. al., 21–36. Göttingen: Steiner, 2009.

Cornelißen, Christoph. „Erinnerungskulturen, Version: 2.0." In *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22.10.2012. Verfügbar unter: http://docupedia.de/zg/cornelissen_erinnerungskulturen_v2_de_2012 (letzter Zugriff: 22.03.2022).

Crenzel, Emilio. „Dos prólogos para un mismo informe: El Nunca Más y la memoria de las desapariciones." *Prohistoria* 11 (2007): 49–60.

Crenzel, Emilio. "Argentina's National Commission on the Disappearance of Persons: Contributions to Transitional Justice." *The International Journal of Transitional Justice* 2 (2008): 173–191.

Crenzel, Emilio. „The Crimes of the Last Dictatorship in Argentina and its Qualification as Genocide: A Historicization." *Global Society* (2019).

Cunha, Luiz Cláudio. *Operación Cóndor: El secuestro de los uruguayos. Un reportaje del tiempo de la dictadura.* Montevideo: SERPAJ, 2017.

Dahlmanns, Erika. „New Community, Old Tradition: The Intore Warrior as a Symbol of the New Man. Rwanda's Itorero-Policy of Societal Recreation." *Modern Africa: Politics, History and Society* 1 (2015): 113–151.

Dallaire, Roméo. *Shake Hands with the Devil: The Failure of Humanity in Rwanda.* Toronto: Random House, 2003.

Daniels, Nicola. „Ex-Prisoners' Association Upset over Robben Island Council ‚Meeting Snub.'" *Independent Online*, 27. Januar 2020. Verfügbar unter: https://www.iol.co.za/capetimes/news/ex-prisoners-association-upset-over-robben-island-council-meeting-snub-41497561 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Davies, Robert und Dan O'Meara. „Total Strategy in Southern Africa: An Analysis of South African Regional Policy since 1978." *Journal of Southern African Studies* 11(2) 1. April 1985: 183–211. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1080/03057078508708096 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Dávila, Mireya, et al. „The Chilean Experience.“ In *Memory of Nations: Democratic Transition Guide.* Prague: CEVRO, 2019. Verfügbar unter: http://www.cevro.cz/pdf.php?id=24299 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

de Amézola, Gonzalo. „Currículo oficial y memoria: El pasado reciente en la escuela argentina.“ *Enseñanza de las ciencias sociales* 7 (2008): 47–55.

de Amézola, Gonzalo. „Una educación por el repudio: La formación ciudadana con el ejemplo de la dictadura militar 1976–1983 en escuelas secundarias de Argentina.“ *CLIO: History and History teaching* 41 (2015). Verfügbar unter: http://clio.rediris.es/n41/articulos/mono/MonAmezola2015.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

de Diego, José Luis. *Campo intelectual y campo literario en la Argentina (1970–1986).* (PhD diss., Universidad Nacional de La Plata, 2000). Verfügbar unter: http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/tesis/te.150/te.150.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Definitions of Power of Provisional Military Administration Council and of its Chairman. Proclamation No.2 /1974, *entered into force* 15 September 1974.

de Giorgi, Álvaro. „El ‚Nunca Más‘ uruguayo. Política ritual hacia el pasado reciente en el gobierno del Frente Amplio.“ *Izquierdas* 42 (2018): 63–96.

de Greiff, Pablo. *Report of the Special Rapporteur on the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non recurrence, Mission to Uruguay.* UN-Menschenrechtsrat, 27. Sitzung, A/HRC/27/56/Add. 2, New York: Vereinte Nationen, 2014.

de Greiff, Pablo (Hrsg.). *The Handbook of Reparations.* Oxford: Oxford University Press, 2006. Deguefe, Taffara. *Minutes of an Ethiopian Century.* Addis Ababa: Shama Books, 2006.

de Lame, Danielle. *Une colline entre mille: Transformations et blocages du Rwanda rural.* Tervuren: Musée Royal de l’Afrique Centrale, 1996.

de León Orpi, Walter. „Juan María Bordaberry: el dictador latinoamericano condenado por delitos de lesa humanidad.“ In *Luchas contra la impunidad: Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 175–187. Montevideo: Trilce, 2011.

Demasi, Carlos. „La trasmisión del pasado traumático: Enseñanza de la dictadura y debate social en Uruguay.“ *ILCEA – Revue de l’Institut des langues et cultures d’Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–14. Verfügbar unter: http://journals.openedition.org/ilcea/3959 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Demasi, Carlos und Jaime Yaffé (Hrsg.). *Vivos los llevaron… Historia de la lucha de Madres y Familiares de Uruguayos Detenidos Desaparecidos (1976–2005).* Montevideo: Trilce, 2002.

Denbel, Jima Dilbo. „Transitional Justice in the Context of Ethiopia.“ *International Letters of Social and Humanistic Science* 10 (2013): 73–83. Verfügbar unter: https://www.scipress.com/ILSHS.10.73.pdf (letzter Zugriff: 24.11.2021).

Department of Justice (Südafrika). Draft Regulations for TRC Victims – Education and Medical Assistance (2011). Verfügbar unter: https://static.pmg.org.za/docs/110411regulations-TRC.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Department of Justice (Südafrika). Regulations relating to assistance to victims in respect of higher education ad traing: Promotion of National Unity and Reconciliation Act of 1995 (2014). Verfügbar unter: https://www.justice.gov.za/legislation/notices/2014/20141103-gg38157-gon852-trc.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Department of Justice and Constitutional Development (Südafrika). Regulations regarding reparations to victims. No. R. 1660 (2003). Verfügbar unter: https://www.justice.gov.za/trc/legal/20031112-gg25695_nn1660.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Dervishi, Kastriot. *Sigurimi i Shtetit 1944–1991: Historia e policisë politike të regjimit komunist.* Tiranë: Shtëpia Botuese 55, 2012.

Dervishi, Kastriot. *Internimi dhe burgimi komunist në Shqipëri.* Tiranë: Shtëpia Botuese 55, 2016a. Dervishi, Kastriot. *Vrasjet në kufi në vitin 1990.* Tiranë: ISKK, 2016b.

Des Forges, Alison. *Leave None to Tell the Story: Genocide in Rwanda.* New York: Human Rights Watch, 1999.

Desta, Fisseha. *AbiyotunaTizitaye.* Los Angeles: Tsehai Publishers, 2015.
de Waal, Alex. „AlemBekagn: the African Union's accidental human rights memorial." *African Affairs* 112 (447) (2013): 191–215.
Diamint, Rut. „Streitkräfte und Demokratie." In *Argentinien nach Menem: Wandel und Kontinuität*, hrsg. von Peter Birle und Sandra Carreras, 313–339. Frankfurt am Main: Vervuert, 2002.
Diamint, Rut. „La historia sin fin: el control civil de los militares en Argentina." *Nueva Sociedad* 213 (2008): 95–111.
Díaz, José Pedro. „Uruguay: Medios de comunicación y Estado/gobierno: Descubriendo la cenicienta." In *¿Por qué nos odian tanto? Estado y medios de comunicación en América Latina* (Bogotá: Centro de Competencia en Comunicación para América Latina/Friedrich Ebert Stiftung, 2010): 245–261.
Diner, Dan und Gotthard Wunberg (Hrsg.). *Restitution and Memory: Material Restoration in Europe.* New York und Oxford: Berghahn, 2007.
Dinka, Tesfaye. *Ethiopia during the Derg Years: An Inside Account.* Los Angeles: Tsehai Publishers, 2016.
Diz, María Luisa. „Teatro x la Identidad: Un escenario para las Abuelas de Plaza de Mayo." *Reflexión Académica en Diseño y Comunicación* XXI(42) (2020): 228–234.
Domenella Amadio, Ana Rosa. „Novelas sobre la dictadura cívico-militar en los ochenta y treinta años después." *Revista Huella de la Palabra* 12 (2018): 14–29.
Doughty, Kristin. „Law and the architecture of social repair: gacaca days in post-genocide Rwanda." *Journal of the Royal Anthropological Institute* 21(2) (2015): 419–437.
Drumbl, Mark A. „Rule of Law Amid Lawlessness: Counselling the Accused in Rwanda's Domestic Genocide Trials." *Colombia Human Rights Law Review* 29 (1997–1998): 545–639.
Dubois, Olivier. „Rwanda's national criminal courts and the International Tribunal." *International Review of the Red Cross* 79(828) (1997): 717–730.
du Bois-Pedain, Antje. *Transitional Amnesty in South Africa.* Cambridge: Cambridge University Press, 2007.
Dvořáková, Vladimira und Anđelko Milardović. *Lustration and Consolidation of Democracy and the Rule of Law in Central and Eastern Europe.* Zagreb: Political Science Research Centre Zagreb, 2007.
Dwertmann, Eva. *The Reparation System of the International Criminal Court: Its Implementation, Possibilities and Limitations.* Leiden: Brill, 2010.
Echternkamp, Jörg. „Die Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen." Verfügbar unter: https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/199413/die-verfolgung-nationalsozialistischer-gewaltverbrechen (letzter Zugriff: 22.03.2022).
Eckel, Jan und Claudia Moisel (Hrsg.). *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive.* Göttingen: Wallstein, 2008.
Edmonds, Amy. „Moral Authority and Authoritarianism: The Catholic Church and the Military Regime in Uruguay." *Journal of Church and State* 56(4) (2014): 644–669.
Eeden, Elize S. van. „South Africa's Revised History Curriculum on Globalism and National Narratives in Grade 12 Textbooks." *Historia* 55, no. 1 (Mai 2010): 110–124.
Eichmüller, Andreas. „Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945: Eine Zahlenbilanz." *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 56 (2008): 621–640.
Elbasani, Arolda und Artur Lipinski. „Transitional Justice in Albania: Historical Burden, Weak Civil Society and Conflicting Interests." In *Transitional Justice and Civil Society in the Balkans*, hrsg. von Olivera Simić und Zala Volčič, 105–121. New York: Springer, 2013.
El Masri, Samar, Tammy Lambert und Joanna R. Quinn (Hrsg.). *Transitional Justice in Comparative Perspective: Preconditions for Success.* Cham: Palgrave Macmillan, 2020.
Encuesta Bicentenario 2019. (Santiago, Universidad Católica de Chile, 2019). Verfügbar unter: https://encuestabicentenario.uc.cl/ (letzter Zugriff: 11.04.2022).
Engstrom, Par und Gabriel Pereira. „From Amnesty to Accountability: Ebb and Flow in the Search for Justice in Argentina." In *Amnesty in the Age of Human Rights Accountability: Comparative and Internatio-*

nal Perspectives, hrsg. von Fancesca Lessa und Leigh A. Payne. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.

Erebara, Rudi. *Epika eyjeve të mëngjesit* [The Epos of the Morning Stars]. Tiranë: Ombra GVG, 2016.

Errandonea, Jorge. „Justicia transicional en Uruguay." *Revista Instituto Interamericana de Derechos Humanos* 47 (2008): 13–69.

Eser, Albin, et al. (Hrsg.). *Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht: Vergleichende Einblicke in Transitionsprozesse.* 14 Bde. Berlin: Duncker & Humblot, 2000–2012.

Evans, Christine. *The Right to Reparation in International Law for Victims of Armed Conflict.* Cambridge: Cambridge University Press, 2012.

Fähnders, Till. „Khieu Samphan gibt sich ahnungslos." *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. August 2021, 8.

Feld, Claudia. *Del estrado a la pantalla: Las imágenes del juicio e los ex comandantes en Argentina.* Madrid: Siglo XXI Editores, 2002.

Feld, Claudia. „Memoria colectiva y espacio audiovisual: Historia de las imágenes del juicio a las ex Juntas Militares (1985–1998)." In *La imposibilidad del olvido. Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, hrsg. von Bruno Groppo und Patricia Flier: 103–114. La Plata: Al Margen/Bibliothéque de Documentation Internationale Contemporaine, 2001.

Ferrara, Anita. *Assessing the Long-Term Impact of Truth Commissions: The Chilean Truth and Reconciliation Commission in Historical Perspective.* Oxford und New York: Routledge, 2015.

Ferrari, Damián. *Memoria Abierta: Una experiencia de Coordinación Interinstitucional para facilitar el acceso a la información sobre Derechos Humanos.* Minneapolis: 2005. Verfügbar unter: http://www.memoriaabierta.org.ar/materiales/pdf/utilizando_cooperacion.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

FHC (Äthiopien). *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (revidierte Anklageschrift), 28. November 1995, Akte Nr. 1/87.

FHC (Äthiopien). *SPO* v. *Dagnenet Ayalew et al.* (Anklageschrift), 23. Dezember 1997. Akte Nr. 13/90.

FHC (Äthiopien). *SPO* v. *Tesfaye Belayeneh* et al., (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 34/89.

FHC (Äthiopien). *SPO* v. *Teshome Kebede* et al. (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 931/89.

FHC (Äthiopien). *SPO v. Getahun Zenebe Woldeselassie et al.* (revidierte Anklageschrift), 16. Juni 1999, Akte Nr. 962/89.

FHC (Äthiopien). *SPO v. Colonel Tesfaye Woldeselassie Eshetie et al.* (Anklageschrift), 8. Oktober 2000, Akte Nr. 206/93.

FHC (Äthiopien). *SPO v. Hailu Burrayyu Sima et al.* (Gerichtsurteil) 31. Oktober 2005, Akte Nr. 03119.

FHC (Äthiopien). *SPO* v. *Legesse Asfaw et al.,* (Gerichtsurteil), 4. März 2008, Akte Nr. 03116.

Fichtelberg, Aaron. *Hybrid Tribunal: A Comparative Examination.* New York: Springer, 2015.

Fierro, Jorge. „¿Otra película sobre la dictadura? El relato del pasado reciente en el cine uruguayo" *Brecha* (15.05.2020). Verfügbar unter: https://brecha.com.uy/otra-pelicula-sobre-la-dictadura/.7 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Filippini, Leonardo. „Reconocimiento y justicia penal en el caso Gelman." *Anuario de Derechos Humanos* (2012): 185–193.

Fischer, Bernd-Jürgen. *Albania at War, 1939–1945.* West Lafayette, Indiana: Purdue University Press, 1999.

Fischer, Thomas. „Die Tupamaros in Uruguay: Das Modell der Stadtguerrilla." In *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 2, hrsg. von Wolfgang Kraushaar, 736–750. Hamburg: Hamburger Edition, 2006.

Forbes, David. „Investigation 168: Long Road to No Justice for TRC Victims." Daily Maverick, 21. November 2020. Verfügbar unter: https://www.dailymaverick.co.za/article/2020-11-21-long-road-to-no-justice-for-trc-victims/ (letzter Zugriff: 14.07.2021).

François, Etienne und Hagen Schulze (Hrsg.). *Deutsche Erinnerungsorte*, Bde. 1–3. München: C. H. Beck, 2001.

Freedom Park. „Freedom Park Annual Report 2018–2019." 2019. Verfügbar unter: https://static.pmg.org.za/Freedom_Park_Annual_Report_201819_Final.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Freedom Park. „The History of the Park.“ Verfügbar unter: https://www.sahistory.org.za/place/freedom-park (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 14.07.2021).

Freeman, Mark. *Necessary Evils: Amnesties and the Search for Justice.* Cambridge: Cambridge University Press, 2009.

Frei, Norbert (Hrsg.). *Transnationale Vergangenheitspolitik: Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg.* Göttingen: Wallstein, 2006.

Frei, Norbert. *Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit.* Munich: Ullstein, 2012.

Fried Amilivia, Gabriela. „Sealing and Unsealing Uruguay's Transitional Politics of Oblivion: Waves of Memory and the Road to Justice, 1985–2015.“ *Latin American Perspectives* 43(6) (2016): 103–123.

Fried Amilivia, Gabriela, Francesca Lessa und Felipe Michelini. „Uruguay: El Cóndor en la bruma.“ In *A 40 años del condor: De las coordinaciones represivas a la construcción de las políticas públicas regionales en derechos humanos*, hrsg. von Javier Palummo, Pedro Rolo Benetti and Luciana Vaccotti, 157–203. Buenos Aires: IPPDH, 2015. Verfügbar unter: http://www.raadh.mercosur.int/wp-content/uploads/2015/06/A-40-a%C3%B1os-del-C%C3%B3ndor.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Frieslaar, Geraldine. „Education and Preservation of Sites of Conscience.“ In *Memory of Nations. Democratic Transition Guide: The South African Experience.* CEVRO, 2020. Verfügbar unter: http://www.cevro.cz/web_files/soubory/democracy-guide/democracy-guide-2019/MN-DTG%202019%20-%20(12)%20The%20South%20African%20Experience.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Fuchs, Ruth. *Staatliche Aufarbeitung von Diktatur und Menschenrechtsverbrechen in Argentinien: Die Vergangenheitspolitik der Regierungen Alfonsín (1983–1989) und Menem (1989–1999) im Vergleich.* Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde, 2003.

Fuentes, Claudio. „The Unlikely Outcome: Transitional Justice in Chile 1990–2008.“ In *After Oppression*, hrsg. von Vesselin Popovski, 116–142.

Fujii, Lee. *Killing Neighbors: Webs of Violence in Rwanda.* New York: Cornell University Press, 2011.

Gahima, Gerald. *Transitional Justice in Rwanda: Accountability for Atrocity.* New York: Routledge, 2013.

Galain Palermo, Pablo. „Uruguay.“ In *Justicia de Transición: Informes de América Latina, Alemania, Italia y España*, hrsg. von Kai Ambos, Ezequiel Malarino und Gisela Elsner, 391–414. Berlin und Montevideo: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009.

Galain Palermo, Pablo. „La justicia de transición en Uruguay: Un conflicto sin resolución.“ *Revista de Derecho* 6 (2011): 109–153.

Ganzenmüller, Jörg (Hrsg.). *Recht und Gerechtigkeit: Die strafrechtliche Aufarbeitung von Diktaturen in Europa.* Köln: C. H. Beck, 2017.

Garcia, Martina Eva. „Archivo, Testimonios y Memorias en Uruguay.“ *Aletheia* 10/20 (2020): 1–13. Verfügbar unter: https://doi.org/10.24215/18533701e051 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

García, Victoria. „Testimonio y ficción en la Argentina de la postdictadura: Los relatos del sobreviviente-testigo.“ *Revista Chilena de Literatura* 93 (2016): 73–100.

Gargiulo Silvariño, Liliana und Fabián Hernández Muñíz. „Archivos y derechos humanos en Uruguay. Estado de la cuestión. La Secretaría de Derechos Humanos para el Pasado Reciente de la Presidencia de la República Oriental del Uruguay: génesis y acciones archivísticas actuales.“ *Informatio* 23(1) (2018): 95–117.

Garretón, Manuel Antonio. *La posibilidad democrática en Chile.* Santiago: Flacso Chile, 1988.

Garzón Valdés, Ernesto. „El Terrorismo de Estado (El problema de su legitimación e ilegitimidad).“ *Revista de Estudios Políticos (Nueva Época)* 65 (1989): 35–55.

Geschichte der Gegenwart, Wallstein Verlag. Verfügbar unter: https://www.wallstein-verlag.de/reihen/geschichte-der-gegenwart.html [Buchreihe].

Geschichte der Gegenwart: Beiträge zur öffentlichen Debatte. Verfügbar unter: https://geschichtedergegenwart.ch (Weblog).

Gauteng Provincial Government. „Gauteng Provincial Government Annual Report 2017–2018," 2018. Verfügbar unter: https://provincialgovernment.co.za/entity_annual/400/2018-gauteng-gauteng-growth-and-development-agency-(ggda)-annual-report.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Gevers, Christopher. „Prosecuting the Crime Against Humanity of Apartheid: Never, Again." *African Yearbook of International Humanitarian Law*, 2018. Verfügbar unter: https://www.academia.edu/39736593/Prosecuting_the_Crime_Against_Humanity_of_Apartheid_Never_Again (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Giambruno, Rafael. „A mitad de camino: El gobierno de izquierda ante el desarrollo de políticas reparatorias en Uruguay (1985–2015)." In Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2016* (Montevideo: SERPAJ, 2016), 76–83.

Ginzberg, Victoria. „Quién es el nieto 130: La historia de Javier Matías Darroux Mijalchuk." *Página/12* (14.06.2019).

Girmachew, Alemu, Charles Schaefer and Kjetil Tronvoll. *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged.* Suffolk: Woodbridge, 2009.

Glos, Walter und Jonila Godole. „Albanien: Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit, Länderbericht." *Konrad-Adenauer-Stiftung*, Dezember 2017. Verfügbar unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=21700176-c5c0-ecc8-0c12-66e59964e5a0&groupId=252038 (letzter Zugriff: 14.01.2021).

Godole, Jonila. *Gazetaria shqiptare në tranzicion.* Tiranë: Papirus, 2014.

Godole, Jonila und Sonila Danaj. „Who died? The Role of Journalists in Framing Collective Memory in Albania." In *Media Transformation and Collective Memory in Albania*, hrsg. von Godole und Danaj. Tiranë: IDMC, 2015.

Godole, Jonila. „Albanien: Deutschland als Musterland." *bpb*, 2016. Verfügbar unter: https://www.bpb.de/geschichte/deutschegeschichte/stasi/225357/albaniendeutschland-als-musterland (letzter Zugriff: 31.10.2020).

Godole, Jonila. „Das Erbe der kommunistischen Diktatur in Albanien." In *Disziplinieren und Strafen*, hrsg. von Jörg Baberowski et al., 293–311. Berlin: Campus Verlag, 2021.

Godole, Jonila und Valbona Bezati. „Në shërbim të popullit – Politikat kufitare në Shqipërinë komuniste." In *Profile të armikut të popullit në diktaturë, Veröffentlichung der Konferenzbeiträge vom 17.–18. Mai 2019*, 13–32. Tiranë: Onufri, 2021. Verfügbar unter: https://issuu.com/aidssh/docs/profilet_e_armikut_t_popullit (11.10.2022).

Goldsmith, Jack und Stephen D. Krasner. „The Limits of Idealism." *Daedalus* 132(47) (2003): 47–63.

González Baica, Soledad und Mariana Risso Fernández (Hrsg.). *Las Laurencias: Violencia sexual y de género en el terrorismo de Estado uruguayo.* Motevideo: Trilce, 2012.

González de Oleaga, Marisa. „¿La memoria en su sitio? El museo de la Escuela de Mecánica de la Armada." *Kamchatka: Revista de análisis cultural* 13 (2019): 117–162.

Gosewinkel, Dieter und Johannes Masing (Hrsg.). *Die Verfassungen in Europa 1789–1949.* München: C. H. Beck, 2006.

Gready, Paul. „Novel Truths: Literature and Truth Commissions." *Comparative Literature Studies* 46(1) (2009): 156–76.

Gready, Paul. *The Era of Transitional Justice: The Aftermath of the Truth and Reconciliation Commission in South Africa and Beyond.* New York: Routledge, 2010.

Grupo de Investigación en Antropología Forense (GIAF Uruguay). *Investigaciones Arqueológicas sobre Detenidos Desaparecidos en la última dictadura cívico-militar.* Informes de Actividades (Montevideo: GIAF, 2006 ff.).

Grupo de Investigación en Antropología Forense (GIAF Uruguay). *Investigaciones antropológicas sobre Detenidos Desaparecidos en la última dictadura cívico-militar. Informe de actividades año 2011–2012* (Montevideo: GIAF 2012).

Guembe, María José. „Die Suche nach Wahrheit vor den Gerichten.“ In *Experimente mit der Wahrheit: Rechtssysteme im Wandel und die Prozesse der Wahrheitsfindung und Versöhnung. Documenta11_Plattform2*, hrsg. von Okwui Enwezor et al., 261–272. Ostfildern: Hatje Cantz, 2002.

Guembe, María José. „Reopening of Trials for Crimes Committed by the Argentine Military Dictatorship.“ *Sur – International Journal on Human Rights* 3 (2005): 115–131.

Guembe, María José. „Economic Reparations for Grave Human Rights Violations.“ In *The Handbook of Reparations*, hrsg. von Pablo de Greiff, 21–47. Oxford: Oxford University Press, 2006.

Guglielmucci, Ana. „Transición política y reparación a las víctimas del terrorismo de estado en la Argentina: algunos debates pendientes.“ *Taller. Revista de Sociedad, Cultura y Política en América Latina* 4(5) (2015): 24–42.

Guianze, Mirtha. „La Ley de Caducidad, las luchas por la Justicia y por la jurisdicción universal de los derechos humanos en Uruguay.“ In *Luchas contra la impunidad. Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 189–202. Montevideo: Trilce, 2011.

Guyer, Sara. „Rwanda's Bones.“ *Boundary 2* 36(2) (2009): 155–175.

Guzman Bouvard, Marguerite. *Revolutionizing Motherhood: The Mothers of the Plaza de Mayo* Wilmington: S. R. Books, 1994.

Hahn-Godeffroy, Emily. *Die südafrikanische Truth and Reconciliation Commission.* Baden-Baden: Nomos, 1998.

Haile, Dadimos. *Accountability for Crimes of the Past and the Challenges of Criminal Prosecution: The Case of Ethiopia.* Leuven: Leuven University Press, 2000.

Haile-Selassie, Teferra. *The Ethiopian Revolution 1974–1991: From a Monarchical Autocracy to a Military Oligarchy.* London: Kegan Paul International, 1997.

Harden, Blaine. „Rebel leaders Pledges Coalition Government, then Free Elections.“ *The Washington Post*, 29. Mai 1991. Verfügbar unter: https://www.washingtonpost.com/archive/politics/1991/05/29/rebel-leader-pledges-coalition-government-then-free-elections/a5818143-9397-470d-a1b2-b44e28e9e98d/ (letzter Zugriff: 20.03.2020).

Harris, Paul. „‚Spin‘ on Boer Atrocities.“ *The Guardian*, 9. Dezember 2001, sec. World news. Verfügbar unter: http://www.theguardian.com/world/2001/dec/09/paulharris.theobserver (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Haschke, Peter. *The Political Terror Scale (PTS) Codebook.* Ashville, 2017. Verfügbar unter: https://www.politicalterrorscale.org/Data/Files/PTS-Codebook-V100.pdf (letzter Zugriff: 23.11.2021).

Hatzfeld, Jean. *Life Laid Bare: The Survivors in Rwanda Speak.* New York: Other Press, 2007. Hatzfeld, Jean. *The Antelope's Strategy: Living in Rwanda After the Genocide.* New York: Picador, 2010.

Hauck, Kuno und Rainer Huhle. „20 Jahre *Madres de Plaza de Mayo:* Geschichte, Selbstverständnis und aktuelle Arbeit der *Madres de Plaza de Mayo* in Argeninien.“ In *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, hrsg. von Detlef Nolte, 108–127. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.

Havel, Vaclav. „New Years' Address to the Nation.“ In *The Art of the Impossible.* New York, 1984.

Hayner, Priscilla B. „Past Truths, Present Dangers: The Role of Official Truth Seeking in Conflict Resolution and Prevention.“ In *International Conflict Resolution after the Cold War*, hrsg. von Paul Stern und Daniel Druckman, 338–382. Washington DC.: National Academy Press, 2000.

Hayner, Priscilla B. *Unspeakable Truths: Facing the Challenge of Truth Commissions.* New York und London: Routledge Chapman & Hall, 2002.

Hayner, Priscilla B. *Unspeakable Truths: Transitional Justice and the Challenge of Truth Commissions.* New York: Routledge, [2]2010.

Herf, Jeffrey. *The Jewish Enemy: Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust.* Cambridge: Harvard University Press, 2006.

Heinz, Wolfgang S. „Militär und Demokratie.“ In *Argentinien: Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*, hrsg. von Detlef Nolte und Nikolaus Werz, 225–240. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.

Heinz, Wolfgang S. „Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-sponsored Actors in Uruguay 1960–1990.“ In *Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-sponsored*

Actors in Brazil, Uruguay, Chile, and Argentina 1960–1990, hrsg. von Wolfgang S. Heinz und Hugo Frühling, 219–387. Den Haag, Boston und London: M. Nijhoff cop., 1999.

Hemmerling, Mario. *Vergangenheitsaufarbeitung im postautoritären Argentinien: Ein Beitrag zur Reaktion des Verfassungsrechts und der Verfassungsgerichtsbarkeit auf staatlich gesteuertes Unrecht im Lichte völkerrechtlicher Verpflichtungen.* Baden-Baden: Nomos, 2011.

Henze, Paul. *Rebels and separatist in Ethiopia: regional resistance to a Marxist Regime.* RAND Corporation, 1985.

Henze, Paul B. *Layers of Time: A history of Ethiopia.* New York: Palgrave, 2000.

Higher Education Institutions Administration (Äthiopien). Proclamation No.109/1977 *in Kraft getreten am* 13. Januar 1977, Article 3(1).

Hinton, Alexander Laban. *Transitional Justice: Global Mechanisms and Local Realities After Genocide and Mass Violence.* New Brunswick: Rutgers University Press, 2010.

Hitchcott, Nicki. „Seeing the Genocide against the Tutsi through someone else's eyes: Prosthetic memory and Hotel Rwanda." *Memory Studies* (zuerst online 2020).

Hoeres, Peter. *Krieg der Philosophen: Die deutsche und die britische Philosophie im Ersten Weltkrieg.* Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2004.

Hoeres, Peter. „Vom Paradox zur Eindeutigkeit: Der 8. Mai in der westdeutschen Erinnerungskultur." In *Der 8. Mai 1945 im Geschichtsbild der Deutschen und ihrer Nachbarn*, hrsg. von Bernd Heidenreich, Evelyn Brockhoff und Andreas Rödder, 47–58. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, 2016.

Hoeres, Peter. „Der Versailler Vertrag: Ein Frieden, der kein Frieden war." *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15 (2019): 38–44. Verfügbar unter: https://www.bpb.de/apuz/288788/versailler-vertrag-ein-frieden-der-kein-frieden-war?p=all (letzter Zugriff: 22.03.2022).

Hoeres, Peter. *Zeitung für Deutschland: Die Geschichte der FAZ.* München und Salzburg: Benevento, 2019.

Hoffmann, Deborah und Frances Reid. *A Long Night's Journey into Day*, 2000.

Hola, Barbora und Hollie Brehm. „Punishing Genocide: A Comparative Empirical Analysis of Sentencing Laws and Practices at the International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR), Rwandan Domestic Courts, and Gacaca Courts." *Genocide Studies and Prevention: An International Journal* 10(3) (2016): 59–80.

Hola, Barbora und Alette Smeulers. „Rwanda and the ICTR – Facts and Figures." In *Elgar Companion to the International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR)*, hrsg. von Alette Smeulers und Annemarie de Brouwer, 44–76. Glos: Edward Elgar Publishing Ltd, 2016.

Horne, Cynthia M. „Lustration, Transitional Justice, and Social Trust in Post-Communist Countries: Repairing or Wresting the Ties that Bind?" *Europe-Asia Studies* 66(2) (2014): 225–254. Verfügbar unter: https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09668136.2014.882620 (letzter Zugriff: 09.11.2021).

Hoxha, Çelo. *Krimet e komunistëve gjatë luftës 1941–1945.* Tiranë: ISKK 2014.

Hoxha, Nexhmije. *Përjetime dhe meditime në jetën time politike.* Tirana: Ilar, 2019.

Hughes, James und Denisa Kostovicova. *Rethinking Reconciliation and Transitional Justice after Conflict.* Abingdon: Routledge, 2018.

Huikuri, Salla. *The Institutionalization of the International Criminal Court.* Cham: Pallgrave Macmillan, 2019.

Human Rights Watch. „Evil Days: 30 Years of War and Famine in Ethiopia." Report of African Watch, September 1991. Verfügbar unter: https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/Ethiopia919.pdf (letzter Zugriff: 20.03.2020).

Human Rights Watch. „Decision to Deny ANC Leaders Amnesty Applauded." Human Rights Watch, 1999. Verfügbar unter: https://www.hrw.org/news/1999/03/03/decision-deny-anc-leaders-amnesty-applauded (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Human Rights Watch und Amnesty International. „Truth and Justice: Unfinished Business in South Africa." Amnesty International / Human Rights Watch Briefing Paper, 2003. Verfügbar unter: https://www.hrw.org/legacy/backgrounder/africa/truthandjustice.htm (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Human Rights Watch. *Law and Reality: Progress in Judicial Reform in Rwanda* (New York, 2008) Human Rights Watch. *Justice Compromised – The Legacy of Rwanda's Community-Based Gacaca Courts*, 31. Mai 2011. Verfügbar unter: https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/rwanda0511webwcover_0.pdf. (letzter Zugriff: 22.03.2022).

Huntington, Samuel. *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century.* London: University of Oklahoma Press, 1991.

Huyse, Luc und Mark Salter. *Traditional Justice and Reconciliation after Violent Conflict: Learning from African Experiences.* Stockholm: International Institute for Democracy and Reconciliation, 2008.

Huyse, Luc. *Transitional Justice after War and Dictatorship: Learning from European Experiences 1945–2010. Abschlussbericht Januar 2013.* Brussels: CEGES SOMA, 2013.

Ibreck, Rachel. „The politics of mourning: Survivor contributions to memorials in post-genocide Rwanda." *Memory Studies* 3(4) (2010): 330–343.

Ibreck, Rachel. „The Time of Mourning: The Politics of Commemorating the Tutsi Genocide in Rwanda." In *Public Memory, Public Media, and the Politics of Justice*, hrsg. von Philip Lee und Pradip Thomas, 98–121. London: Palgrave Macmillan, 2012.

ICTR, *Key Figures of ICTR Cases.* Verfügbar unter: https://unictr.irmct.org/sites/unictr.org/files/publications/ictr-key-figures-en.pdf (letzter Zugriff: 24.11.2021).

IDMC. *(Non)rehabilitation of Political Persecuted in the Process of Transitional Justice in Albania 1991–2018.* Tiranë: IDMC, 2019.

IDMC. *Filmat e Kinostudios pasuri kombëtare apo propagandë?* Tiranë: IDMC, 2019.

Idrizi, Idrit. „Zwischen politischer Instrumentalisierung und Verdrängung: Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in Öffentlichkeit, Geschichtspublizistik und Historiografie im postkommunistischen Albanien." *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2014). Berlin: Metropol, 2014.

Idrizi, Idrit. *Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus 1976–1985.* Berlin und Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2019.

IJR. „SA Reconciliation Barometer Report." Cape Town: Institute for Justice and Reconciliation, 2019. Verfügbar unter: http://www.ijr.org.za/home/wp-content/uploads/2019/12/800108-IJR-Barometer-Report-2019-final-web.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Ingelaere, Bert. *Does the Truth Pass Across Fire without Burning? Transitional Justice and its Discontents in Rwanda's Gacaca Courts.* Antwerpen: Management IoDPa Discussion Paper, 2007.

International Journal of Transitional Justice. Mission statement. Verfügbar unter: https://academic.oup.com/ijtj/pages/About (letzter Zugriff: 22.03.2022).

Jallow, Hassan Bubacar. „The Contribution of the International Criminal Tribunal for Rwanda to the Development of International Criminal Law." In *After Genocide: Transitional Justice, Post-Conflict Reconstruction and Reconciliation in Rwanda and Beyond*, hrsg. von Phil Clark und Zachary D. Kaufman, 261–279. London: Hurst, 2008.

Jansen, Jonathan. „Rethinking Education Policy Making in South Africa: Symbols of Change, Signals of Conflict." In *Educational in Retrospect: Policy and Implantation 1990–2000*, hrsg. von Andre Kraak und Michael Young, 40–57. Pretoria: HSRC Press, 2001.

Jeffery, Renee und Hun Joon Kim. *Transitional Justice in the Asia-Pacific.* New York: Cambridge University Press, 2015.

Jelin, Elisabeth. „The Politics of Memory: The Human Rights Movement and the Construction of Democracy in Argentina." *Latin American Perspectives* 21(2) (1994): 38–58.

Jelin, Elisabeth. „La política de la memoria: El movimiento de Derechos Humanos y la construcción democrática en argentina." In *Juicio, castigos y memorias. Derechos humanos y justicia en la política argentina*, hrsg. von Carlos H. Acuña et al., 103–146. Buenos Aires: Ediciones Nueva Visión, 1995.

Jelin, Elisabeth. „Memorias en conflict." *Puentes* 1(1) (2000): 6–13.

Jelin, Elisabeth. „Introducción: Gestión política, gestión administrativa y gestión historica: Ocultamientos y descubrimientos de los archivos de la repression." In *Los archivos de la represión: Documentos, memo-*

ria y verdad, hrsg. von Ludmila da Silva Catela und Elizabeth Jelin, Madrid: Siglo XXI editores, 2002, 1–13.

Jelin, Elisabeth. *State Repression and the Labors of Memory.* Minnesota: University of Minnesota Press, 2003.

Jensen, Silvina und María Lorena Montero. „Prisión política y destierro en la Argentina dictatorial: Materiales y preguntas para la construcción de nuevos objetos de studio." In *Izquierdas* 26 (2016): 99–122.

Jeßberger, Florian und Julia Geneuss (Hrsg.). *Zehn Jahre Völkerstrafgesetzbuch.* Baden-Baden: Nomos, 2013.

Jeßberger, Florian und Gerhard Werle. *Völkerstrafrecht.* Tübingen: Mohr Siebeck, [5]2020.

Joignant, Alfredo und Pedro Güell (Hrsg.). *Notables, Tecnócratas y Mandarines: Elementos de sociología de las elites en Chile (1990–2010*). Santiago: Ediciones Universidad Diego Portales, 2011.

Jones, Bruce D. *Peacemaking in Rwanda: The Dynamics of Failure.* Boulder, CO: Lynne Rienner, 2001.

Jones Daniel, Santiago Luján und Analía Quintáns. „De la resistencia a la militancia: las Iglesias evangélicas en la defensa de los derechos humanos (1976–1983) y el apoyo al matrimonio igualitario (2010) en Argentina." *Espiral, Estudios sobre Estado y Sociedad* XX/59 (2014): 109–142.

Jones, Nicholas A. *The Courts of Genocide: Politics and the Rule of Law in Rwanda and Arusha.* New York: Routledge, 2010.

Jorda, Romana. *El Reflejo de la Dictadura en el cine chileno.* Vienna: Universität Wien, 2011. Verfügbar unter: https://www.academia.edu/33028751/Romana_Jorda_El_reflejo_de_la_dictadura_en_el_cine_chileno (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Judges Matter. „The Make-Up Of South Africa's Judiciary." 29. März 2017. Verfügbar unter: https://www.judgesmatter.co.za/opinions/south-africa-judges/ (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Jureit, Ulrike und Carsten Schneider. *Gefühlte Opfer: Illusionen der Vergangenheitsbewältigung.* Stuttgart: Klett-Cotta, 2010.

Kadare, Ismail. *Die Verbannte*. Frankfurt am Main: S. Fischer, 2017. Kadare, Ismail. *Kur sunduesit grinden*. Tiranë: Onufri, 2018.

Kaitesi, Usta. *Genocidal Gender and Sexual Violence: The legacy of the ICTR, Rwanda's ordinary courts and gacaca courts.* PhD Thesis: Utrecht University, 2013.

Kaleck, Wolfgang, Michael Ratner, Tobias Singelnstein und Peter Weiss (Hrsg.). *International Prosecution of Human Rights Crimes.* Berlin und New York: Springer, 2006.

Kaleck, Wolfgang. *Kampf gegen die Straflosigkeit: Argentiniens Militärs vor Gericht.* Berlin: Wagenbach, 2010.

Kalo, Isuf. *Blloku: Rrëfimi i mjekut personal të Enver Hoxhës.* Tirana: UET Press, 2019.

Kamatali, Jean Marie. „The Challenge of Linking International Criminal Justice and National Reconciliation: the Case of the ICTR." *Leiden Journal of International Law* 16(1) (2003): 115–133.

Kaminsky, Anna (Hrsg.). *Orte des Erinnerns: Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR.* Berlin: Ch. Links, 2016.

Kant, Immanuel. *Werke in zwölf Bänden*, Bd. 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1977.

Kaufman, Stuart J. „South Africa's Civil War, 1985–1995." *South African Journal of International Affairs* 24, Nr. 4 (2. Oktober 2017): 501–521. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1080/10220461.2017.1422012 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Kebede, Messay. „The Civilian left and the Radicalization of Dergue." *Journal of Developing Societies* 24(2) (2008): 159–182.

Keller, Sven. „Er bleibt – aber wie? Der Obersalzberg als Hitler-Ort." In *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, hrsg. von Magnus Brechtken, 284–316.

Kerbusch, Ernst-J. „Die Wahlen vom 28. November 1971 in Uruguay." *Verfassung und Recht in Übersee* 5 (1972): 387–398.

Kim, Hun Joon. *Expansion of Transitional Justice Measures: A Comparative Analysis of its Causes.* PhD diss., Minnesota, 2008.

King, Elisabeth. „From classrooms to conflict in Rwanda." *African Affairs* 114(454) (2014): 156–158. King, Peter John. „Comparative Analysis of Human Rights Violations under Military Rule in Argentina, Brazil, Chile, and Uruguay." *Statistical Abstract of Latin America* 27 (1989): 1043–1065.

Kittel, Manfred. *Die Legende von der „Zweiten Schuld“: Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer.* Frankfurt am Main und Berlin: Ullstein, 1993.

Kittel, Manfred. *Nach Nürnberg: „Vergangenheitsbewältigung“ in Japan und Westdeutschland 1945 bis 1968.* München: De Gruyter Oldenbourg, 2004.

Klein, Herbert S. „La Seguridad Nacional y la destrucción de regímenes democráticos en América Latina.“ *Políticas de la Memoria* 18 (2018/2019): 49–63.

Klumpp, Guido. *Vergangenheitsbewältigung durch Wahrheitskommissionen – das Beispiel Chile.* Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 2001.

Knabe, Hubertus. *Die Täter sind unter uns: Über das Schönreden der SED-Diktatur.* Berlin: Propyläen, 2007.

Knabe, Hubertus. *Die unterwanderte Republik: Stasi im Westen.* Berlin: Propyläen, 1999.

Knigge, Volkhard und Norbert Frei. *Verbrechen erinnern: Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord.* München: C. H. Beck, 2002.

Knoch, Habbo. „Gedenkstätten.“ In *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11. September 2018. Verfügbar unter: http://docupedia.de/zg/Knoch_gedenkstaetten_v1_de_2018 (letzter Zugriff: 24.11.2021).

Knust, Nandor. *Strafrecht und Gacaca: Entwicklung eines pluralistischen Rechtsmodells am Beispiel des ruandischen Völkermordes.* Berlin: Duncker & Humblot, 2011.

Kogon, Eugen. *Der SS-Staat: Das System der deutschen Konzentrationslager.* München: dtv, 1946.

Kohl, Christine von. *Albanien.* München: Beck Verlag, ²2003.

Koselleck, Reinhart. „Gibt es ein kollektives Gedächtnis?“ *Divinatio* 19 (2004): 23–28.

Korman, Remi. „The Tutsi Body in the 1994 Genocide: Ideology, Physical Destruction, and Memory.“ In *Destruction and Human Remains: Disposal and Concealment in Genocide and Mass Violence*, hrsg. von Jean-Marc Dreyfus und Elisabeth Anstett, 226–242. Manchester: Manchester University Press, 2014.

Krasniqi, Afrim. „Trajtimi i të kaluarës në raport krahasues: Shqipëria dhe Evropa Lindore.“ In *Të mohuar nga regjimi.* Tiranë: AIDSSH, 2020.

Kretsi, Georgia. *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien: Eine Analyse postsozialistischer Erinnerungsstrategien.* Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2007.

Kroh, Jens. *Transnationale Erinnerung: Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen.* Frankfurt am Main: Campus, 2008.

Kutzner, Maximilian. „Tagungsbericht: HT 2018: Gespaltene Erinnerung und Elitenkontinuitäten. Posttotalitäre Gesellschaften im Vergleich, 25.09.2018–28.09.2018 Münster.“ *H-Soz-Kult*, 2. November 2018. Verfügbar unter: http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7923. (letzter Zugriff: 22.03.2022).

Labuschagne, Pieter. „Balancing the Past and the Future in South Africa: A Spatial Analysis of the Apartheid Museum as an Instrument for Dealing with a Contested Past.“ *South African Journal of Art History* 27 (2012).

Lahiff, Edward et al. „Land Redistribution and Poverty Reduction in South Africa.“ *Programme for Land and Agrarian Studies*, University of the Western Cape, 2008.

Lamb, Guy. „Dismantling of the State Security Apparatus.“ In *Memory of Nations: Democratic Transitions Guide – The South African Experience*, hrsg. von CEVRO, 7–17. CEVRO, 2020.

Lame, Qemal. *Kur shembeshin themel*et. Tiranë: Onufri, 2014.

Lame, Qemal. *Dritëhijet e kohës: Letërsia dhe arti në diktaturë: Përndjekja e Ismail Kadaresë.* Tiranë: Neraida, 2020.

Landkammer, Joachim. *Erinnerungsmanagement: Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich.* München: Wilhelm Fink, 2006.

Laplante, Lisa J. „The plural justice aims of reparations.“ In *Transitional Justice Theories*, hrsg. von Susanne Buckley-Zistel, Teresa Koloma Beck, Christian Braun und Friederike Mieth, 40–66. New York: Routledge, 2014.

Larraín, Hernán und Ricardo Núñez (Hrsg.). *Las Voces de la Reconciliación.* Santiago: Intituto de Estudios de la Sociedad, 2013.

Larrobla, Carla und Fabiana Larrobla. „Las investigaciones históricas de la Universidad de la República." *ILCEA – Revue de l'Institut des langues et cultures d'Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–11. Verfügbar unter: https://journals.openedition.org/ilcea/3950 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Lau, Carola. *Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989: Institute für nationales Gedenken im östlichen Europa im Vergleich.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2017.

Laucero, Malena. „Los Centros clandestinos: Núcleo duro de la Política Terrorista del Estado. In Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay." In *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2016*, 84–99. Montevideo: SERPAJ, 2016.

Laucero, Malena und Efraín Olivera. „Memoria y sitios de memoria: el pasado en disputa, in Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay." In *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2019*, 100–114. Montevideo: SERPAJ, 2019.

Lazzara, Michael. *Chile in Transition: The Poetics and Politics of Memory.* Gainesville: De Gruyter, 2006.

Leese, Daniel. *Maos langer Schatten: Chinas Umgang mit der Vergangenheit*. München: C. H. Beck, 2020.

Lemarchand, Rene. *The Dynamics of Violence in Central Africa.* Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2009.

Lenton, Diana et al. „Huellas de un genocidio silenciado: Los indígenas en Argentina." *Conceptos* 90 (2015): 119–142.

Lessa, Alfonso. *La revolución imposible: Los Tupamaros y el fracaso de la vía armada en el Uruguay del siglo XX.* Montevideo: Fin de Siglo, 2010.

Lessa, Francesca und Gabriela Fried. „Las múltiples máscaras de la impunidad: la Ley de Caducidad desde el Sí Rosado hasta los desarrollos recientes." In *Luchas contra la impunidad. Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 31–44. Montevideo: Trilce, 2011.

Lessa, Francesca und Leigh A. Payne (Hrsg.). *Amnesty in the Age of Human Rights Accountability: Comparative and International Perspectives.* Cambridge: Cambridge University Press, 2012.

Lessa, Francesca. „Elusive Justice, Changing Memories and the Recent Past of Dictatorship and Violence in Uruguay: An Analysis of the 2012 Public Act in the Gelman Case." *International Journal for Conflict and Violence* 8/1 (2014): 75–90.

Lessa, Francesca. „¿Justicia o impunidad? Cuentas pendientes a treinta años del retorno a la democracia." *ILCEA – Revue de l'Institut des langues et cultures d'Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–16. Verfügbar unter: https://doi.org/10.4000/ilcea.3874 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Lessa, Francesca. *Justice without Borders: Accountability for Plan Condor Crimes in South America.* Oxford: University of Oxford, Latin American Centre, 2016. Verfügbar unter: https://www.lac.ox.ac.uk/sites/default/files/lac/documents/media/policy_brief_eng.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Lessa, Francesca und Elin Skaar. „Uruguay: Halfway towards accountability." In *Transitional Justice in Latin America. The uneven road from impunity towards accountability*, hrsg. von Elin Skaar, Jemima García-Godos und Cath Collins, 77–102. London und New York: Routledge, 2017.

Levy, Daniel und Natan Sznaider. *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust.* Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001.

Lewthwaite, Gilbert A. „Rebels pledge democracy in Ethiopia: U. S.-brokered talks end in agreement after fall of capital." *The Baltimore Sun*, 29. Mai 1991. Verfügbar unter: http://Articles.baltimoresun.com/1991-05-29/news/1991149072_1_addis-ababa-ethiopians-eprdf (letzter Zugriff: 20.03.2020).

Licklider, Roy. „The Ethics of Advice: Conflict Management vs. Human Rights in Ending Civil Wars." *Journal of Human Rights* 7(4) (2008): 376–387.

Liscano, Carlos. *Ejercicio de la Impunidad: Sanguinetti y Batlle contra Gelman.* Montevideo: Ediciones del Caballo Perdido, 2004.

Lleshanaku, Luljeta. *Kinder der Natur*. Wien: Edition Korrespondenzen, 2010.

Lleshanaku, Luljeta. *Negative Space*. New York: New Directons Publishing, 2018.

Lodge, Tom. „State of Exile: The African National Congress of South Africa, 1976–86." *Third World Quarterly* 9, 1 (1987): 1–27.

Logman, Timothy und Theoneste Rutagengwa. „Memory and Violence in Postgenocide Rwanda.“ In *States of Violence, Politics, Youth and Memory in Contemporary Africa*, hrsg. von Edma G. Bay und Donald L. Donham, 236–260. Charlottesville und London: University of Virginia Press, 2006.

Longman, Timothy. „Limitations to Political Reform: The Undemocratic Nature of Transition in Rwanda.“ In *Remaking Rwanda: State-Building and Human Rights after Mass Violence*, hrsg. von Scott Straus und Lars Waldorf, 25–48. Wisconsin: Wisconsin University Press, 2011.

Longman, Timothy. *Memory and Justice in Post-Genocide Rwanda.* Cambridge: Cambridge University Press, 2017.

López Mazz, José. „The concealment of bodies during the military dictatorship in Uruguay (1973–84).“ In *Human remains and identification: Mass violence, genocide, and the “forensic turn*,“ hrsg. von Élisabeth Anstett und Jean-Marc Dreyfus, 83–97. Manchester: Manchester University Press, 2015.

Lorenz, Frederico Guillermo. „¿De quién es el 24 de Marzo? Las luchas por la memoria del golpe de 1976.“ In *Las conmemoraciones: Las disputas en las fechas „in-felices*“, hrsg. von Elisabeth Jelin, 53–100. Madrid: Siglo XXI Editores, 2002.

Lorenz, Frederico Guillermo. Archivos de la represión y memoria en la República Argentina (2007). Verfügbar unter: http://www.historizarelpasadovivo.cl/downloads/archivoargentina.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Lübbe, Hermann. „Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein.“ *Historische Zeitschrift* 236 (1983): 579–599.

Lübbe, Hermann. *Vom Parteigenossen zum Bundesbürger – über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten.* München: Wilhelm Fink, 2007.

Lubonja, Fatos. *Në vitin e shtatëmbëdhjetë: Ditar burgu 1990–1991.* Tiranë, 1994. Lubonja, Fatos. *Ridënimi* (1996).

Madres y Familiares de Detenidos Desaparecidos. *El Referendum desde Familiares.* Montevideo: MFDD, 1990.

Madres y Familiares de Detenidos Desaparecidos. *A todos ellos: Informe de Madres y Familiares de Uruguayos Detenidos Desaparecidos.* Montevideo: MFDD, 2004.

Magendzo, Abraham und María Isabel Toledo. „Educación en Derechos Humanos: curriculum historia y ciencias sociales del 2o año de enseñanza media. subunidad ‚regimen militar y transición a la democracia‘.“ *Valdivia, Revista Estudios pedagógicos* XXXV. (2009): 139–154. Verfügbar unter: http://revistas.uach.cl/index.php/estped/article/view/3262 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Magnarella, Paul J. „The Background and Causes of the Genocide in Rwanda.“ *Journal of International Criminal Justice* 3(4) (2005): 801–822.

Magome, Mogomotsi. „South Africa Probes Apartheid-Era Death in Police Custody.“ AP NEWS, 3. Februar 2020. Verfügbar unter: https://apnews.com/article/0a4ea5b33bcef3c5d044d801d30173a7 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Mahlokwane, James. „Gallows Museum Still Not Open to Public for Safety Reasons.“ *Independent Online*, 2018. Verfügbar unter: https://www.iol.co.za/pretoria-news/gallows-museum-still-not-open-to-public-for-safety-reasons-14419781 (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 14.07.2021).

Maier, Julio B. J. „Die strafrechtliche Aufarbeitung von staatlich gesteuertem Unrecht in Argentinien.“ *Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft* 107 (1995): 143–156.

Mallinder, Louise. *Amnesty, Human Rights and Political Transitions: Bridging the Peace and Justice Divide.* London: Hart Publishing, 2008.

Mallinder, Louise. „Indemnity, Amnesty, Pardon and Prosecution Guidelines in South Africa.“ *Working Paper No. 2. Beyond Legalism*. Belfast: Institute of Criminology and Criminal Justice, Queens University, 2009.

Mallinder, Louise. „Uruguay’s Evolving Experience of Amnesty and Civil Society’s Response.“ *Working Paper No. 4 from Beyond Legalism: Amnesties, Transition and Conflict Transformation*. Belfast: Institut of Criminology and Criminal Justice, Queen’s University, 2009.

Mamdani, Mahmood. *When Victims Become Killers: Colonialism, Nativism, and the Genocide in Rwanda.* Princeton: Princeton University Press, 2001.

Marchesi, Alberto Aldo. „*Las lecciones del pasado", memoria y ciudadanía en los informes „nunca más".* Informe final del concurso: Culturas e identidades en América Latina y el Caribe. Programa Regional de Becas CLACSO, 2001. Verfügbar unter: http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/becas/2000/marchesi.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Marchesi, Alberto Aldo. „¿‚Guerra' o ‚Terrorismo de estado'? Recuerdos enfrentados sobre el pasado reciente uruguayo." In *Las conmemoraciones: Las disputas en las fechas „in-felices"*, hrsg. von Elizabeth Jelin, 101–147. Madrid: Siglo XXI, 2002.

Marín Suárez, Carlos und Azul Cordo. "Políticas de memoria en Uruguay: entre el control, la acción y la passion." In *Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay*, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2015*, 39–47. Montevideo: SERPAJ, 2015.

Marius, Jorge Leonel und Juan Francisco Bacigalupe. *Sistema Electoral y Elecciones Uruguayas 1925–1998*, Montevideo: KAS, 1998.

Markakis, John. „Garrison Socialism: the Case of Ethiopia." MERIP Reports, 79, Juni 1979. Markarian, Vania. „Uruguayan Exiles and Human Rights: From Transnational Activism to Transitional Politics, 1981–1984." *Anuario de Estudios Americanos* 64 (2007): 111–140.

Markarian, Vania. „Los documentos del pasado reciente como materiales de archive: Reflexiones desde el caso uruguayo." *Contemporanea – Historia y problemas del siglo XX* 7/7 (2016): 178–190.

Martínez Guidolin, Virginia. *Políticas de Memoria del pasado reciente en las ciudades de Montevideo y Buenos Aires.* MA thesis, Montevideo: Universidad de la República de Uruguay, Facultad de Ciencias Sociales, 2015.

Martínez, Virginia. *Los fusilados de abril ¿Quién mató a los comunistas de la 20?* Montevideo: Ediciones del caballo perdido, 2002.

Martínez, Virginia. *Tiempos de Dictadura: Hechos, voces, documentos: La represión y la resistencia día a día.* Montevideo: Ediciones de la Banda Oriental, 2006.

Mary, Kayitesi-Blewitt. „Funding Development in Rwanda: The Survivors' Perspective." *Development in Practice* 16(3/4) (2006): 316–321.

Mason, Randall. „Conserving Rwandan Genocide Memorials." *The Journal of Preservation Technology* 50(2/3) (2019): 17–26.

Masotta, Carlos. „Imágenes recientes de la ‚Conquista del Desierto': Problemas de la memoria en la impugnación de un mito de origen." *Runa. Archivo para las ciencias del hombre* XXVI (2006): 225–245.

May, Eva-Lotte. „Die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission: Wahrheit, Versöhnung und Gerechtigkeit." In *Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung? Zum Umgang mit autoritären Vergangenheiten und Menschenrechtsverletzungen*, hrsg. von Susanne Pickel und Siegmar Schmidt, 245–286. Wiesbaden: Springer VS, 2009.

Maza, Gonzalo de la. „De la elite civil a la elite política: Reproducción del poder en contextos de democratización." *Polis* (Santiago) 12(36) (2013), 67–100. Verfügbar unter: https://www.scielo.cl/scielo.php?pid=S0718-65682013000300004&script=sci_abstract (Link nicht mehr verfügbar,letzter Zugriff: 11.04.2022).

McCarthy, Conor. *Reparations and Victim Support in the International Criminal Court.* Cambridge: Cambridge University Press, 2012.

McDonald, Ronald H. „Redemocratization in Uruguay." In *Liberalization and Redemocratization in Latin America*, hrsg. von George A. Lopez und Michael Stohl, 173–189. New York, Westport und London: Greenwood Press, 1987.

McDonald, Ronald H. und Martin Weinstein. „Balancing Growth and Democracy in Uruguay." In *Latin American Politics and Development*, hrsg. von Howard J. Wiarda und Harvey F. Kline, 295–311. Boulder: Westview Press, [5]2000.

Meier, Christian. *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns: Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit.* München: Siedler, 2010.

Melvern, Linda. *Conspiracy to Murder: The Rwandan Genocide.* London: Verso, 2006.
Melvern, Linda. *A People Betrayed: The role of the West in Rwanda's Genocide.* London: Zed Books, 2019.
Melvin, Jennifer. „Correcting history: mandatory education in Rwanda." *Journal of Human Rights in the Commonwealth* 1(2) (2013): 14–22.
Memoria Abierta. *Guía de archivos útiles para la investigación judicial de delitos de lesa humanidad.* Buenos Aires: Memoria Abierta, 2011.
Memoria para Armar, *uno. Testimonios coordinados por el Taller Género y Memoria ex-Presas Políticas.* Montevideo: Senda, 2001.
Memoria para Armar, *dos. ¿Quién se portó mal? Selección de Testimonios coordinados por el Taller Género y Memoria ex-Presas Políticas.* Montevideo: Senda, 2002.
Memoria para Armar, *tres. Selección de Testimonios coordinados por el Taller Género y Memoria ex-Presas Políticas.* Montevideo: Senda, 2003.
Merino, Marcia Alejandra. *Mi Verdad: Mas allá del horror, yo acuso.* Santiago: Impreso ATG SA, 1993.
Meta, Beqir und Ermal Frasheri. *Mbi sistemin e burgjeve, internimit dhe punës së detyruar gjatë regjimit komunist në Shqipëri.* Tiranë: AIDSSH, 2018.
Metekia, Tadesse S. „Violence Against and Using the Dead: Ethiopian Dergue Cases." *Human Remains and Violence* 4(1) (2018): 76–92.
Metekia, Tadesse S. „Punishing Core Crimes in Ethiopia: Analysis of the Domestic Practice in Light of and in Comparison, with Sentencing Practices at the UNICTs and the ICC." *International Criminal Law Review* 1 (2019): 160–190.
Metekia, Tadesse S. *Prosecution of Core Crimes in Ethiopia: Domestic Practice vis-à-vis international standards.* Leiden: Brill, 2021.
Mgbako, Chi Adanna. „Ingando Solidarity Camps: Reconciliation and Political Indoctrination in Post-Genocide Rwanda." *Harvard Human Rights Journal* 18 (2005): 201–224.
Michelini, Felipe. „La experiencia del Cono Sur en materia de comisiones de la verdad." In *Verdad y Justicia: Homenaje a Emilio F. Mignone*, hrsg. von Juan E. Méndez, Martín Abregú und Javier Mariezcurrena, 173–206. San José de Costa Rica: Instituto Interamericano de Derechos Humanos, 2001.
Mihr, Anja. *Regime Consolidation and Transitional Justice: A comparative Study of Germany, Spain and Turkey.* New York: Cambridge University Press, 2018.
Mihr, Anja, Gert Pickel und Susanne Pickel (Hrsg.). *Handbuch Transitional Justice: Aufarbeitung von Unrecht – hin zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.* Wiesbaden: Springer VS, 2018.
Milkias, Paulos. „Mengistu Haile Mariam: Profile of a Dictator." *Ethiopian Review* 4(1) (1994): 57–59.
Miller, Alicia und Vanina Berghella. „Una mirada sobre el periodismo de investigación en la Argentina." In *¿Qué periodismo se hace en Argentina? Perspectivas locales y globales*, hrsg. von Konrad Adenauer-Stiftung, 75–108. Buenos Aires: Konrad Adenauer-Stiftung, 2018.
Ministerio de Educación y Cultura. Comisión Nacional de Repatriación. *Programa de la Comisión Nacional de Repatriación: Salud – Vivienada – Trabajo: Año 1986.* Montevideo: MEC, 1986.
Mirza, Roger. „Memoria y representación en la escena uruguaya: 1968–2013." *Nuestro Tiempo* 19 (2014): 5–42.
Mirza, Roger und Gustavo Remedi (Hrsg.). *La dictadura contra las tablas: Teatro uruguayo e historia reciente.* Montevideo: Biblioteca Nacional, 2009.
Mitchell, Neil und James McCormick. „Economic and Political Explanations of Human Rights Violations." *World Politics* 40(4) (1988): 476–498.
Mohale, Gabi. „A People's Guide to Archives and Democracy." *Daily Maverick*, 21. September 2020.
Montero, Ana Soledad. „La scène de débat autour de l'annulation de la Loi de caducité de la prétention punitive de l'État en Uruguay (2011): positionnements présidentiels et enjeux politiques." *ILCEA – Revue de l'Institut des langues et cultures d'Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016). Verfügbar unter: https://journals.openedition.org/ilcea/3923 (letzter Zugriff: 11.04.2022), 1–15.
Mulleti, Fatbardha. *Saga e dhimbjes.* Tiranë: ISKK, 2018.

Munck, Gerado L. *Authoritarianism and Democratization: Soldiers and Workers in Argentina, 1976–1983.* University Park: Penn State University Press, 1998.

Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, Archivo Audiovisual (2016).

Mussi, Francesca. „The South African TRC and Its Narrative Legacies." In *Literary Legacies of the South African TRC*, 1–39. Cham: Palgrave Macmillan, 2020. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-030-43055-9_1 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Nahum, Benjamín. *Manual de Historia del Uruguay, Tomo II: 1903–2000.* Montevideo: Banda Oriental, 2004.

Nattrass, Jill. *The South African Economy: Its Growth and Change.* Oxford: Oxford University Press, [2]1988.

Navia, Patricio und Arturo Arriagada. *Intermedios: Medios y Democracia en Chile.* Santiago: Universidad Diego Portales, 2013.

Ndahinda Mukwiza, Felix. „Debating and Litigating Post-Genocide Reparations in the Rwandan Context." In *Reparations for Victims of Genocide, War Crimes and Crimes against Humanity*, hrsg. von Carla Ferstman und Mariana Goetz, 629–655. Leiden: Brill Nijhoff, 2020.

Ndoja, Leka und Alvin Saraci. *Akte gjyqësore politike gjatë komunizmit në Shqipëri: Bashkimi Demokratik Shqiptar 1946.* Tiranë: ISKK, 2015.

Neumann, Ulfrid und Paulo Abrao. *Transitional Justice: Das Problem gerechter strafrechtlicher Vergangenheitsbewältigung.* Frankfurt am Main: PL Academic Research, 2014.

Newbury, Catharine. *The Cohesion of Oppression: Clientship and Ethnicity in Rwanda, 1860–1960.* New York: Colombia University Press, 1988.

Nietzsche, Friedrich. *Unzeitgemäße Betrachtungen: Zweites Stück: Vom Nutzen und Nachtheil der Historie für das Leben* (*Kritische Studienausgabe*, Bd. 1), hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari. München: dtv, 1999.

Nino, Carlos Santiago. *Radical Evil on Trial.* New Haven und London: Yale University Press, 1996. Nissen, Sylke. „The Eurobarometer and the Process of European Integration." *Quality & Quantity* 48(2) (2014): 713–727.

Nohlen, Dieter. „Uruguay." In *Handbuch der Dritten Welt*, *Bd. 2: Südamerika*, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler, 477–509. Bonn: Dietz, [3]1992.

Nohlen, Dieter. „Uruguay." In *Elections in the Americas. A Data Handbook, Vol. II South America*, hrsg. von Dieter Nohlen, 487–534. Oxford: Oxford University Press, 2005.

Nolte, Detlef. „Verantwortungsethik versus Gesinnungsethik: Menschenrechtsverletzungen und Demokratisierung in Südamerika." In *Politische Gewalt in Lateinamerika*, hrsg. von Thomas Fischer und Michael Krennech, 291–309. Frankfurt am Main: Vervuert, 2000.

Nora, Pierre (Hrsg.). *Realms of Memory: Rethinking the French Past.* Chicago: Columbia University Press, 1998.

Nora, Pierre (Hrsg.). *Erinnerungsorte Frankreichs.* München: C. H. Beck, 2005.

Novaro, Marcos und Vincente Palermo. *La Dictadura Militar 1976/1983: Del Golpe de Estado a la Restauración Democrática.* Buenos Aires, Barcelona und Mexico: Paidós, 2003.

Novick, Peter. *The Holocaust in American Life.* Boston: Houghton Mifflin Company, 1999.

Nsanzuwera, Francois-Xavier. „The ICTR Contribution to National Reconciliation." *Journal of International Criminal Justice* 3(4) (2005): 944–949.

NURC (Ruanda). *National Policy of Unity and Reconciliation.* Kigali, 2007.

NURC (Ruanda). *Strategic Plan of Itorero ry'Igihugu 2009–2012.* Kigali, 2009. NURC (Ruanda). *Understanding Itorero Ry'igihugu.* Kigali, 2011.

NURC (Ruanda). *Histoire du Rwanda: des origines à la fin du xxe siècle.* Kigali, 2011.

Nyseth Brehm, Hollie, Christopher Uggen und Jean-Damascène Gasanabo. „Genocide, Justice, and Rwanda's Gacaca Courts." *Journal of Contemporary Criminal Justice* 30(3) (2014): 333–352.

Odendaal, Andries. *A Crucial Link: Local Peace Committees and National Peacebuilding.* Washington, D.C: USIP, 2013. Verfügbar unter: https://bookstore.usip.org/browse/book/9781601271815/A%20Crucial%20Link (letzter Zugriff: 14.07.2021).

O'Donnell, Guillermo und Philippe C. Schmitter. *Transitions from Authoritarian Rule, Vol. 4: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies.* Baltimore: John Hopkins University Press, 1986.

Olásolo, Héctor. *International Criminal Law: Transnational Criminal Organizations and Transitional Justice.* Boston: Brill, 2018.

Olivera, Raúl und Sara Méndez. *Secuestro en la embajada: El caso de la maestra Elena Quinteros.* Montevideo: Fundación Editorial El Perro y la Rana, [2]2004.

Olivera, Raúl. „Memoria, verdad y justicia en Uruguay: la gestión del pasado en un escenario de luces y sombras." *ILCEA – Revue de l'Institut des langues et cultures d'Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–22. Verfügbar unter: http://journals.openedition.org/ilcea/3905 (letzter Zugriff: 11.04.2022); DOI: 10.4000/ilcea.3905.

Olsen, Tricia und Leigh Payne. *Transitional Justice in Balance: Comparing Processes, Weighing Efficacy.* Washington: Cambridge University Press, 2010.

Orentlicher, Diane F. „Settling Accounts: The Duty To Prosecute Human Rights Violations of a Prior Regime." *The Yale Law Journal* 100 (1991): 2537–2615. Verfügbar unter: https://digitalcommons.law.yale.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=7376&context=ylj (letzter Zugriff: 23.11.2021).

Orentlicher, Diane. *That Someone Guilty Be Punished: The Impact of the ICTY in Bosnia.* New York: ICTY, 2010.

Ortiz, María Luisa. „Acceso público a la información y archivos sobre terrorismo de estado." In *Acceso Público a la Memoria.* Santiago: Corporación Parque por la Paz, Villa Grimaldi, 2009.

Ostertag, Thomas. *Der gezähmte Diktator: Die Wirkung von Menschenrechtsverfahren auf das Repressionslevel in Autokratien.* Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2017.

Pagenstecher, Cord. „Der lange Weg zur Entschädigung." 2. Juni 2016. Verfügbar unter: https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/ns-zwangsarbeit/227273/der-lange-weg-zur-entschaedigung (letzter Zugriff: 22.03.2022).

Pagès, Joan und Jesús Marolla. „La historia reciente en los currículos escolares de Argentina, Chile y Colombia: Desafíos de la educación para la ciudadanía desde la Didáctica de las Ciencias Sociales." *Historia y Memoria* 17 (2018): 153–184.

Palmás Zaldua, Luz et al. „Memoria, verdad y justicia: Rasgos de un cambio de época en el discurso, las sentencias y las políticas." In *Derechos humanos en la Argentina. Informe 2017*, 145–179. Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS). Buenos Aires: Siglo veintiuno editores/CELS, 2017.

Palmás Zaldua, Luz et al. „Las políticas de memoria, verdad y justicia a cuarenta años del golpe." In *Derechos humanos en la Argentina. Informe 2016*, 25–56. Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS). Buenos Aires: Siglo veintiuno editores/CELS, 2016.

Palmer, Nicola. *Courts in Conflict: Interpreting the Layers of Justice in Post-Genocide Rwanda.* Oxford: Oxford University Press, 2015.

Parliament of South Africa. „Commission for the Promotion and Protection of the Rights of Cultural, Religious and Linguistic Communities Act (Act No. 19 of 2002)." 2002. Verfügbar unter: https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201409/a19-02.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Parliament of South Africa. „Constitution of the Republic of South Africa (Act 200 of 1993)." 1993. Verfügbar unter: https://www.gov.za/documents/constitution/constitution-republic-south-africa-act-200-1993 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Parliament of South Africa. „No. 58 of 2008: Provision of Land and Assistance Amendment Act, 2008." 2008. Verfügbar unter: https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201409/3178821.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Parliament of South Africa. „Promotion of National Unity and Reconciliation Act (Act 34 of 1995)." 1995. Verfügbar unter: https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201409/act34of1995.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Parliamentary Committee on Reparations. „Final Report." 2003. Verfügbar unter: https://pmg.org.za/committee-meeting/2624/ (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Pan, Jorge Eduardo. „Una brecha a la impunidad." *Revista de IELSUR* 9 (1994): 7–18.

Pellegrino, Adela. „Aspectos demográficos, 1963–1985.“ In *El Uruguay de la dictadura (1973–1985)*, hrsg. von Carmen Appratto et al., 181–192. Montevideo: Banda Oriental, 2004.

Pells, Kirrily. „Rights are everything we don't have: Clashing Conceptions of Vulnerability and Agency in the Daily Lives of Rwandan Children and Youth.“ *Children's Geographies* 10(4) (2012): 427–440.

Peralta, Ariela. „El caso Gelman y los desafíos a la Ley de Caducidad.“ In *Luchas contra la impunidad: Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 203–215. Montevideo: Trilce, 2011.

Pereira, Antonio. „Análisis de los informativos televisivos durante el proceso de aprobación de la ley de caducidad.“ *Cuaderno de Historia* 9 (2012): 125–149.

Peshkëpia, Gëzim und Agron Tufa. „Vila e Hoxhës, Muze për krimet e komunizmit!“, *Panorama*, 6. September 2013. Verfügbar unter: http://www.panorama.com.al/vila-e-enver-hoxhes-muze-per-krimet-e-komunizmit/ (letzter Zugriff: 30.01.2021).

Phakathi, Sizwe und Hugo Van der Merwe. „The Impact of the TRC's Amnesty Process on Survivors of Human Rights Violations.“ In *Truth and Reconciliation: Did the TRC Deliver?*, hrsg. von Audrey R. Chapman und Hugo van der Merwe. Pennsylvania: Pennsylvania University Press, 2009.

Phillipps-Treby, Walter und Jorge Tiscornia. *Vivir en Libertad.* Montevideo: Editorial Banda Oriental, 2003.

Pion-Berlin, David. „The Fall of Military Rule in Argentina: 1976–1983.“ *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 27(2) (1985): 55–76.

Pion-Berlin, David. „To Prosecute or to Pardon? Human Rights Decisions in the Latin American Southern Cone.“ *Human Rights Quarterly* 16(1) (1994): 105–130.

Pipa, Arshin. *Stalinizmi Shqiptar: Anatomia e një patologjie politike.* Tiranë: ISKK & Princi, 2007.

Plaut, Martin. „Ethiopia's Oromo Liberation Front.“ *Review of African Political Economy* 33(109) (2006): 587–593.

Pllumi, At Zef. *Rrno vetëm për me tregue.* Tiranë: Shtëpia Botuese 55, ²2006.

Pohlandt-McCormick, Helena. „‚I Saw a Nightmare…‘ Violence and the Construction of Memory (Soweto, June 16, 1976).“ *History and Theory* 39(4) (2000): 23–44.

Popovski, Vesselin und Mónica Serrano. *After Oppression: Transitional Justice in Latin America and Eastern Europe.* O. O., 2012.

Portugheis, Rosa Elsa (Hrsg.). *Documentos del Estado terrorista.* Buenos Aires: Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación. Secretaría de Derechos Humanos, 2012. Verfügbar unter: http://www.jus.gob.ar/media/1129178/41anmdocumentos_del_estado_terrorista.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Pottier, Johan. *Re-Imagining Rwanda: Conflict, Survival and Disinformation in the Late Twentieth Century.* Cambridge: Cambridge University Press, 2002.

President's Fund (Südafrika). „President's Fund Annual Report 2019–2020.“ 2020. Verfügbar unter: https://www.justice.gov.za/reportfiles/other/presfund-anr-2019-20.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Prodger, Matt. „Albania Seeks to Compensate Political Prisoners.“ *BBC News*, 23.07.2004. Verfügbar unter: http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/3917293.stm (letzter Zugriff: 11.01.2021).

Prouveze, Remy und Nadia Bernaz. „International and domestic prosecutions.“ In *The Pursuit of International Criminal Justice, Vol. I: A World Study on Conflicts, Victimization, and Post-Conflict Justice*, hrsg. von M. Cherif Bassiouni. Antwerpen: Intersentia, 2010.

Prunier, Gérard. *The Rwanda Crisis: History of a Genocide.* New York: Colombia University Press, 1997.

Prunier, Gérard. *Africa's World War: Congo, the Rwandan Genocide, and the Making of a Continental Catastrophe.* Oxford: Oxford University Press, 2009.

Prunier, Gérard. *From Genocide to Continental War: The Congolese Conflict and the Crisis of Contemporary Africa.* London: Hurst, 2009.

Puddington, Arch et al. (Hrsg.). *Freedom in the World 2017: The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties.* New York: Freedom House, 2019. Verfügbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/202002/Freedom_in_the_World_2017_complete_book.pdf (letzter Zugriff: 23.11.2021).

Purdeková, Andrea. „Rwanda's Ingando camps: Liminality and the reproduction of power.“ *Refugee Studies Centre, University of Oxford Working Paper* 80 (2011).

Purdeková, Andrea. „Civic Education and Social Transformation in Post-Genocide Rwanda: Forging the Perfect Development Subjects.“ In *Rwanda Fast Forward: Social, Economic, Military and Reconciliation*, hrsg. von Maddalena Campioni und Patrick Noack, 192–213. New York: Palgrave Macmillan, 2012.

Puwana, Zukiswa und Rita Kesselring. „Persistent Injuries, the Law and Politics: The South African Victims' Support Group Khulumani and Its Struggle for Redress.“ In *Advocating Transitional Justice in Africa: The Role of Civil Society*, hrsg. von Jasmina Brankovic und Hugo Van der Merwe, 2018.

Qazimi, Azem. *Procesi i asgjësimit të fesë në komunizëm.* Tiranë: ISKK, 2012.

Quaritsch, Helmut. „Über Bürgerkriegs- und Feind-Amnestien.“ In *Der Staat* 31 (1992): 389–418.

Radseck, Michael. „Das argentinische Militär: Vom Machtfaktor zum Sozialfall?“ In *Argentinien heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*, hrsg. von Klaus Bodemer, Andrea Pagni und Peter Waldmann, 83–103. Frankfurt am Main: Vervuert, 2002.

Rauch, Janine. „Police Transformation and the South African TRC.“ Centre for the Study of Violence and Reconciliation, 2004.

Reichel, Peter. *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland: Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute.* München: Beck'sche Reihe, 2001.

Reinhard, Wolfgang. „Geschichte als Delegitimation.“ *Jahrbuch des Historischen Kollegs* (2002): 27–37.

Remedi, Gustavo (Hrsg.). *Otros lenguajes de la memoria: teatro uruguayo contemporáneo e historia reciente.* Montevideo: Ediciones Universitarias, 2017.

República Oriental del Uruguay, Junta de Comandantes en Jefe. *La Subversion: Las Fuerzas Armandas al Pueblo Oriental*, Bd. I. Montevideo 1977.

Reta, Demelash Shiferaw. *National Prosecution and Transitional Justice: The Case of Ethiopia.* PhD diss., University of Warwick School of Law, 2014.

Reussner, Eva M. *Publikumsforschung für Museen: Internationale Erfolgsbeispiele.* Bielefeld: Transcript, 2010.

Reyntjens, Filip. „Rwanda, Ten Years on: From Genocide to Dictatorship.“ *African Affairs* 103(411) (2004): 177–210.

Reyntjens, Filip. „Constructing the truth, dealing with dissent, domesticating the world: Governance in post-genocide Rwanda.“ *African Affairs* 110(438) (2011): 1–34.

Rhodes James, Robert (Hrsg.). *Winston S. Churchill: His Complete Speeches 1897–1963*, *Volume VII. 1943–1949.* New York und London: Chelsea House, 1974.

Rial, Juan. „Militares y Redemocratización.“ *Cuadernos de Marcha* II/8 (1986): 26–39.

Rico, Álvaro (Hrsg.). *Investigación histórica sobre Detenidos Desaparecidos: En cumplimiento del artículo 4 de la Ley No. 15.848*, 5 Bde. Montevideo: IMPO, 2007.

Rico, Álvaro (Hrsg.). *Investigación histórica sobre la dictadura y el terrorismo de Estado en el Uruguay 1973–1985*, 3 Bde. Montevideo: Universidad de la República Oriental del Uruguay – Comisión Sectorial de Investigación Científica, 2008.

Rieff, David. *In Praise of Forgetting: Historical Memory and Its Ironies.* New Haven und London: Yale University Press, 2017.

Risso, Mariana und Manuela Abrahan. „Desde el fondo del tiempo otro tiempo: Apuntes sobre el proceso de identificación y recuperación para la memoria de los espacios represivos del terrorismo de Estado uruguayo.“ *Aletheia* 8/16 (2018). Verfügbar unter: http://aletheiaold.fahce.unlp.edu.ar/numeros/numero-16/dossier/desde-el-fondo-del-tiempo-otro-tiempo-1-.–apuntes-sobre-el-proceso-de-identificacion-y-recuperacion-para-la-memoria-de-los-espacios-represivos-del-terrorismo-de-estado-uruguayo (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Robben Island Museum. „2019 Robben Island Museum Annual Report.“ 2020. Verfügbar unter: https://www.robben-island.org.za/download/annual-report-2019-2020/ (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Roberts, Jaine. „The Hidden Epidemic Amongst Former Miners: Silicosis, Tuberculosis and the Occupational Diseases in Mines and Works Act in the Eastern Cape, South Africa.“ *Health Systems Trust and SA Dept of Health*, o. D.

Robinson, Darryl und Gillian MacNeil. „The Tribunals and the Renaissance of International Criminal Law: Three Themes.“ *American Journal of International Law* 110(2) (2016): 191–211.

Rödder, Andreas. *21.0 – Eine kurze Geschichte der Gegenwart.* München: C. H. Beck, 2015.

Roht-Arriaza, Naomi. *Impunity and Human Rights in International Law and Practice.* New York: Oxford University Press, 1995.

Roht-Arriaza, Naomi. „Reparations in the Aftermath of Repression and Mass Violence.“ In *My Neighbor, My Enemy: Justice and Community in the Aftermath of Mass Atrocity*, hrsg. von Eric Stover und Harvey M. Weinstein, 121–139. Cambridge: Cambridge University Press, 2004.

Roht-Arriaza, Naomi und Javier Mariezcurrena (Hrsg.). *Transitional Justice in the Twenty-First Century: Beyond Truth versus Justice.* Cambridge: Cambridge University Press, 2006.

Roht-Arriaza, Naomi. „Reparations and Economic, Social, and Cultural Rights.“ In *Justice and Economic Violence in Transition*, hrsg. von Dustin Sharp, 109–138. New York: Springer, 2013.

Romano, Cesare, André Nollkaemper und Jann K. Kleffner (Hrsg.). *Internationalized Criminal Courts and Tribunals: Sierra Leone, East Timor, Kosovo and Cambodia.* Oxford: Oxford University Press, 2004.

Rombouts, Heidy. *Victim Organisations and the Politics of Reparation: a case study of Rwanda.* Antwerp: Intersentia, 2004.

Rombouts, Heidy und Stef Vandeginste. „Reparation for Victims in Rwanda: Caught Between Theory and Practice.“ In *Out of the Ashes: Reparation for Victims of Gross and Systematic Human Rights Violations*, hrsg. von Karl De Feyter, Stephan Parmentier, Marie Bossuyt und Peter Lemmes. Antwerpen: Intersentia, 2005.

Roniger, Luis. „Olvido, memoria colectiva e identidades: Uruguay en el contexto del Cono Sur.“ In *La imposibilidad del olvido: Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, hrsg. von Bruno Groppo und Patricia Flier, 151–178. La Plata: Al Margen/Bibliothéque de Documentation Internationale Contemporaine, 2001.

Roszkowski, Wojciech. *Communist Crimes: A Legal and Historical Stud*y. Radom: Polish Institute of National Remembrance, 2016.

Rotberg, Robert I. „Truth Commissions And The Provision Of Truth, Justice, And Reconciliation.“ In *Truth v. Justice*, hrsg. von Robert I. Rotberg und Dennis F. Thompson, 1–21. Princeton: Princeton University Press, 2010.

Rubio, Graciela. *La enseñanza del pasado reciente en Chile: Educación en Derechos Humanos en Chile.* Santiago: Red de Equipos de Educación en DDHH, 2014.

Ruderer, Stephan. *Das Erbe Pinochets: Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile 1990–2006.* Göttingen: Wallstein, 2010.

Ruderer, Stephan. „Between Religion and Politics: The Military Clergy during the Dictatorships of the Late Twentieth Century in Argentina and Chile.“ *Journal of Latin American Studies* 47(3) (2015): 463–489.

Ruderer, Stephan und Veit Strassner. „Ecumenism in National Security Dictatorships: Ecumenical Experiences in the Southern Cone.“ In *A History of the Desire for Christian Unity*, Bd. III, hrsg. von Alberto Melloni. Paderborn: Brill Verlag, i. E.

Rugege, Sam und Aimé M. Karimunda. „Domestic Prosecution of International Crimes: The Case of Rwanda.“ In *Africa and the International Criminal Court*, Bd. 1., hrsg. von Gerhard Werle, Lovell Fernandez und Moritz Vormbaum, 79–116. Den Haag: Springer, 2014.

Ruiz, Marisa. *La piedra en el zapato. Amnistía y la dictadura uruguaya: La acción de Amnistía Internacional en los sucesos de mayo de 1976 en Buenos Aires.* Montevideo: Universidad de la República, 2006.

Rusconi, Gian Enrico. *Deutschland – Italien, Italien – Deutschland: Geschichte einer schwierigen Beziehung von Bismarck bis zu Berlusconi*, übersetzt von Antje Peter. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2006.

Sabrow, Martin (Hrsg.). *Erinnerungsorte der DDR.* München: C. H. Beck, 2009.

Safferling, Christoph. *Völkerstrafrechtspolitik: Praxis des Völkerstrafrechts*. Berlin: Springer, 2014.

Santamaria, Yves. „Afro communism: Ethiopia, Angola, and Mozambique.“ In *The Black Book of Communism: Crimes, Terror, Repression,* hrsg. von Matthew Kramer, 683–704. Cambridge: Harvard University Press, 1999.

Saraçi, Alvin. *Konfiskimi i pronës dhe grabitja e arit 1944–1955.* Tiranë: ISKK, 2012.

Sarasin, Philipp. *1977: Eine kurze Geschichte der Gegenwart.* Berlin: Suhrkamp, 2021.

Sarkin, Jeremy. „Transitional Justice and the Prosecution Model: The Experience of Ethiopia.“ *Law, Democracy & Development* 2(3) (1999): 253–266.

Sarkin, Jeremy. „An Evaluation of the South African Amnesty Process.“ In *Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC Deliver?*, hrsg. von Hugo van der Merwe und Audrey R. Chapman. Pennsylvania: Pennsylvania University Press, 2009. Verfügbar unter: https://papers.ssrn.com/abstract=1367167 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Savage, Michael. „The Imposition of Pass Laws on the African Population in South Africa 1916–1984.“ *African Affairs 85* (339) (1986): 181–205.

Schabas, William. *The UN international criminal tribunals: The former Yugoslavia, Rwanda and Sierra Leone.* Cambridge: Cambridge University Press, 2006.

Schabas, William. *The International Criminal Court: A Commentary on the Rome Statute.* Oxford: Oxford University Press, 2010.

Schelotto, Magdalena. „La dictadura cívico-militar uruguaya (1973–1985): la construcción de la noción de víctima y la figura del exiliado en el Uruguay post-dictatorial.“ *Questões do tempo presente* (2015). Verfügbar unter: https://doi.org/10.4000/nuevomundo.67888 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Schelotto, Magdalena. „La dictadura cívico-militar uruguaya (1973–1985): militarización de los poderes del estado, transición política y contienda de competencias.“ *Diacronie: Studi di Storia Contemporanea* 24 (4) (2015). Verfügbar unter: http://journals.openedition.org/diacronie/3808; DOI: 10.4000/diacronie.3808 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Schimmel, Noam. *Advancing International Human Rights Law Responsibilities of Development NGOs: Respecting and Fulfilling the Right to Reparative Justice for Genocide Survivors in Rwanda.* New York: Palgrave Macmillan, 2020.

Schindel, Estela. „Die Präsenz der Vergangenheit im urbanen Raum: Erinnerungsorte in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay.“ *Lateinamerika Analysen* 9 (2004): 155–180.

Schindel, Estela. „Verschwunden, aber nicht vergessen: Die Konstruktion der Erinnerung an die Desaparecidos.“ In *Argentinien heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*, hrsg. von Klaus Bodemer, Andrea Pagni und Peter Waldmann, 105–134. Frankfurt am Main: Vervuert, 2002.

Schmitt, J. Oliver. „Albanien tut sich schwer mit der Bewältigung seiner Vergangenheit.“ *Neue Zürcher Zeitung*, 23.07.2012. Verfügbar unter: https://www.nzz.ch/albanien-tut-sich-schwer-mit-der-bewaeltigung-seiner-vergangenheit-1.17382475?reduced=true (letzter Zugriff: 21.01.2021)

Seligmann, Michael. „Uruguay: Volksbewegung und Parlamentarismus.“ In *Vom Elend der Metropolen*, hrsg. von Dietmar Dirmoser et al., 269–281. Hamburg: Junius, 1990.

Selimovic, Johanna Mannergren. „Making peace, making memory: peacebuilding and politics of remembrance at memorials of mass atrocities.“ *Peacebuilding* 1(3) (2013): 334–348.

Sempol, Diego. „HIJOS Uruguay: Identidad, protesta social y memoria generacional.“ In *El pasado en el futuro: los movimientos juveniles*, hrsg. von Elizabeth Jelin und Diego Sempol, 185–212. Buenos Aires: Siglo XXI, 2006.

Sempol, Diego. „HIJOS Uruguay: A 20 años de un ensayo de memoria generacional.“ *Cuadernos de Aletheia* 2 (2016): 53–60.

Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Informe: Derechos humanos en Uruguay (1988).* Montevideo: SERPAJ, 1988.

Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Uruguay Nunca Más: Informe sobre la violación a los Derechos Humanos (1972–1985).* Montevideo: SERPAJ, 1989.

Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Uruguay Nunca Más: Human Rights Violations (1972–1985)*, übersetzt von Elizabeth Hampsten. Philadelphia: Temple University Press, 1992.

Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay: Informe 2004.* Montevideo: SERPAJ, 2004.

Sharnak, Debbie. „The Gelman Case and the Legacy of Impunity in Uruguay.“ In *40 Years are Nothing: History and memory of the 1973 coups d'état in Uruguay and Chile*, hrsg. von Pablo Leighton und Fernando López. Cambridge: Cambridge Scholars Publishing, 2015, 33–55.

Shaw, Mark. „Point of Order: Policing the Compromise.“ In *SA Review 7: The Small Miracle: South Africa's Negotiated Settlement.*, hrsg. von Steven Friedman und Doreen Atkinson. Johannesburg: Ravan Press, 1994.

Shehu, Bashkim. *Fjalor udhëzues për misterine dosjeve*. Tiranë: Toena, 2015.

Shehu, Bashkim. *Loja, shembja e qiellit*. Tiranë: Toena, 2013.

Shifaw, Dawit. *The Diary of Terror: Ethiopia 1974–1991.* Bloomington: Trafford Publishing, 2012.

Sitze, Adam. *The Impossible Machine: A Genealogy of South Africa's Truth and Reconciliation Commission.* Ann Arbor: University of Michigan Press, 2013.

Skaar, Elin. *Human Rights Violations and the Paradox of Democratic Transition: A Study of Chile and Argentina.* Bergen: Chr. Michelsen Institute, 1994.

Skaar, Elin. „Un análisis de las reformas judiciales de Argentina, Chile y Uruguay.“ *América Latina Hoy* 34 (2003): 147–186.

Skaar, Elin. „Argentina: Truth, Justice, and Reconciliation.“ In *Roads to Reconciliation*, edited by Elin Skaar, Siri Gloppen and Astri Suhrke, 157–175. Lanham und Maryland: Lexington Books, 2005.

Skaar, Elin. „Uruguay: Reconstructing peace and democracy through transitional justice.“ In *After Violence: Transitional Justice, Peace, and Democracy*, hrsg. von Elin Skaar, Camila Gianella und Trine Eide, 67–95. New York: Routeledge, 2015.

Skaar, Elin, Trine Eide und Camila Gianella Malca. *After Violence: Transitional Justice, Peace and Democracy.* New York: Routledge 2015.

Skweyiya Commission. „Report of the Commission of Enquiry into Complaints by Former African National Congress Prisoners and Detainees.“ 1992. Verfügbar unter: https://omalley.nelsonmandela.org/index.php/site/q/03lv02424/04lv02730/05lv02731/06lv02869.htm (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Smulovitz, Catalina. „The Past is Never Dead: Accountability and Justice for Past Human Rights Violations in Argentina.“ In *After Oppression*, hrsg. von Vesselin Popovski, 64–85.

South African History Online. “Apartheid Museum – Johannesburg.“ Verfügbar unter: https://www.sahistory.org.za/place/apartheid-museum-johannesburg (letzter Zugriff: 27.11.2020).

South African Parliamentary Portfolio Committee of Arts, Culture, Science and Technology. „Visit to Vlakplaas from 14 to 16 December 2001.“ 2002.

Sparks, Allister. *The Mind of South Africa: The Story of the Rise and Fall of Apartheid.* Johannesburg: Jonathan Ball Publishers, 2006.

Special Prosecutor's Office. **ደም ያዘለ ዶሴ፣ በጊዘያዊ ወታደራዊ ደርግ ወይም መንግስት ዓባላት በንጹሃን ዜጎች ላይ የተፈጸመ የወን ል ዘገባ**. Addis Ababa: Far-East Trading P. L. C., 2010.

Stan, Lavinia, ed. *Transitional Justice in Eastern Europe and the Former Soviet Union: Reckoning with the Communist Past.* London: Routledge, 2009.

Stan, Lavinia und Nadya Nedelsky (Hrsg.). *Encyclopedia of transitional justice*, Bd. 1. Cambridge: Cambridge University Press, 2013.

Sterio, Milena. „The Yugoslavia and Rwanda Tribunals: A Legacy of Human Rights Protection and Contribution to International Criminal Justice.“ In *The Legacy of Ad Hoc Tribunals in International Criminal Law: Assessing the ICTY's and the ICTR's Most Significant Legal Accomplishments*, hrsg. von Michael Scharf und Milena Sterio, 11–24. Cambridge: Cambridge University Press, 2019.

Stern, Steve J. *Memorias en Construcción: Los retos del pasado presente en Chile.* Santiago: Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, 2013.

Stickler, Mercedes. „Brief: Land Redistribution in South Africa.“ In *Focus on Land in Africa*, ohne Datum. Verfügbar unter: http://www.focusonland.com/fola/en/countries/brief-land-redistribution-in-south-africa/.

Straßner, Veit. „‚La lucha continúa!‘ – Der Kampf um die Erinnerungen an die Verschwundenen der argentinischen Militärdiktatur.“ *Totalitarismus und Demokratie: Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung* 3 (2006): 345–386.

Straßner, Veit. *Die offenen Wunden Lateinamerikas: Vergangenheitspolitik im postautoritären Argentinien, Uruguay und Chile.* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.

Straßner, Veit. „Markt, Menschenrechte und Moral, (Neue) Herausforderungen für die Kirche im Cono Sur seit den 1990er Jahren (Argentinien, Uruguay und Chile).“ In *Einstürzende Mauern: Das Jahr 1989/90 als Epochenjahr in der Geschichte des Weltchristentums*, hrsg. von Klaus Koschorke, 291–314. Wiesbaden: Friedrich Verlag, 2009.

Straßner, Veit. „Uruguay.“ In *Kirche und Katholizismus seit 1945. Bd. 6: Lateinamerika und Karibik*, hrsg. von Johannes Meier und Veit Straßner, 433–446. Paderborn: Schöningh, 2009.

Straßner, Veit. „From Victimhood to Political Protagonism: Victim Groups and Associations in the Process of Dealing with a Violent Past.“ In *Victims of International Crimes: An Interdisciplinary Discourse*, hrsg. von Thorsten Bonacker und Thomas Safferling, 331–344. Den Haag: Springer, 2013.

Straßner, Veit. „Vergangenheitspolitik, Transitional Justice und Versöhnung: Begriffliche und konzeptionelle Annäherungen.“ In *Handbuch Transitional Justice*, hrsg. von Anja Mihr, Gert Pickel und Susanne Pickel, 201–231, 218–226. Wiesbaden: Springer, 2018.

Straßner, Veit. „‚*Falsos cristianos*‘ – Die progressive Kirche Lateinamerikas in der Sichtweise ihrer politischen Gegner.“ In *Religion als Ressource befreiender Entwicklung. 50 Jahre nach der 2. Konferenz des lateinamerikanischen Episkopats in Medellín: Kontinuitäten und Brüche*, hrsg. von Margit Eckholt, 99–120. Ostfildern: Grünewald, 2019.

Straus, Scott. „How many perpetrators were there in the Rwandan genocide? An estimate.“ *Journal of Genocide Research* 6(1) (2004): 85–98.

Straus, Scott. *The Order of Genocide: Race, Power, and War in Rwanda.* Ithaca und London: Cornell University Press, 2006.

Tadeo Fuica, Beatriz. „Presencias y ausencias: Uruguay y los documentales sobre hijos (des) aparecidos.“ *Cine Documental* (2015): 169–196.

Taylor, Christopher. „The Cultural Face of Terror in the Rwandan Genocide of 1994.“ In *Annihilating Difference: The Anthropology of Genocide*, hrsg. von Alexander Laban Hinton, 137–179. Berkley: University of California Press, 2002.

Teeger, Chana und Vered Vinitzky-Seroussi. „Controlling for Consensus: Commemorating Apartheid in South Africa.“ *Symbolic Interaction* 30, 1 (2007): 57–78. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1525/si.2007.30.1.57 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Tegegn, Melakou. „Mengistu’s Red Terror.“ *African Identities* 10(3) (2012): 249–263.

Teitel, Ruti G. *Transitional Justice.* Oxford: Oxford University Press, 2000.

Tessema Marshet, T. *Prosecution of Politicide in Ethiopia: The Red Terror Trials.* Den Haag: Asser Printing Press, 2018.

Theissen, Gunnar. „Object of Trust and Hatred: Public Attitudes toward the TRC.“ In Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC Deliver?, hrsg. von Audrey R. Chapman und Hugo van der Merwe, 191–216. Pennsylvania: *Pennsylvania University Press*, 2009.

Theurer, Karina. „Durch Referenden bestätigte Amnestiegesetze in Fällen gewaltsamen Verschwindenlassens unvereinbar mit der Amerikanischen Menschenrechtskonvention: Das Urteil des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte in der Sache Gelman v. Uruguay.“ In *Europäische Grundrechte-Zeitschrift* (2012): 682–693.

Thomas, Paul und Kristin Skinstad van der Kooij. „The history syllabus in post-genocide Rwanda.“ *Cogent Education* 5(1) (2018): 154–195.

Thompson, Susan. *Whispering Truth to Power: Everyday resistance to reconciliation in postgenocide Rwanda, Africa and the Diaspora: History, Politics, Culture*. Wisconsin: University of Wisconsin Press, 2013.

Thoms, Oskar, et al. *The Effects of Transitional Justice Mechanisms: A Summary of Empirical Rresearch Findings and Implications for Analysts and Practitioners.* Ottawa: CEPI, 2008. Verfügbar unter: https://www.files.ethz.ch/isn/103597/FullText.pdf, 68–77 (letzter Zugriff: 23.11.2021).

Tiba, Firew K. „Mass Trials and Modes of Criminal Responsibility for International Crimes: The Case of Ethiopia." In *The Hidden Histories of War Crimes Trials*, hrsg. von Kevin Jerry Heller und Gerry Simpson, 310–311. Oxford: Oxford University Press, 2013.

Tironi, Eugenio und Guillermo Sunkel. *Modernización de las Comunicaciones y Democratización Política.* Revista Estudios Públicos. Santiago: Centro de Estudios Públicos, 1993.

Tiruneh, Andargachew. *The Ethiopian Revolution, 1974–1987: A transformation from aristocratic to a totalitarian autocracy.* Cambridge: Cambridge University Press, 1993.

Todorov, Tzvetan. *Los usos de la Memoria*. Santiago: Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, 2013.

Toggia, Pietro. „The Revolutionary Endgame of Political Power: The Genealogy of ‚Red Terror' in Ethiopia." *African Identities* 10(3) (2012): 265–280.

Tola, Babile. *To kill the Generation: The Red Terror in Ethiopia.* Washington DC: Free Ethiopian Press, [2]1989.

Torras, Verónica, Luz Palmás Zaldua und Marcela Perelman. *Memoria, verdad y justicia como política de Estado: Análisis de políticas públicas implementadas durante los gobiernos kirchneristas (2003–2015) respecto de los delitos de lesa humanidad ocurridos en la última dictadura argentina.* Friedrich Ebert-Stiftung Argentina, Análisis No. 11–2016/September 2016.

TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission Final Report*. Bd. 6, 2003. Verfügbar unter: https://www.justice.gov.za/trc/report/finalreport/vol6_s5.pdf.

TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission Final Report*, n. d.

TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission Final Report*, Volume 6, 2003.

TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission of South Africa Final Report*, Bd. 1, 1998. Verfügbar unter: http://choicereviews.org/review/10.5860/CHOICE.37-1803 (letzter Zugriff: 14.07.2021).

TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Final Report*, Bd. 2, 1998. https://www.justice.gov.za/trc/report/finalreport/Volume%202.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Tronvoll, Kjetil. „The Quest for Justice or the Construction of Political Legitimacy: The Political Anatomy for the Red Terror Trials." In *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged,* hrsg. von Kjetil Tronvoll et al., 84–95. Martlesham: James Currey, 2009.

Trutkowski, Dominik. *Die ausgehandelten Revolutionen: Politische Kommunikation in Parlament und Öffentlichkeit beim Umbruch zur Demokratie in Spanien und Polen.* Düsseldorf: Droste, 2021.

Tshishonga, Ndwakhulu. „Cadre Deployment and Its Implications on Service Delivery in South Africa: A Human Development Capability Approach." *Journal of Public Administration* 49(3) (2014).

Tufa, Agron. *Mërkuna e zezë*. Berat: Onufri, 2007.

Tufa, Agron. *Fabula rasa*. Tirana: Ideart, 2004.

Turner, Simon. „Making Good Citizens from Bad Life in Post-Genocide Rwanda." In *Development and Change* 45(3) (2014): 415–433. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1111/dech.12093 (letzter Zugriff: 27.04.2022).

United Nations, *Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment.* Angenommen und freigegeben zur Ratifizierung und zum Beitritt durch Resolution 39/46 der UN-Vollversammlung vom 10. Dezember 1984, in Kraft getreten am 26. Juni 1987 in Übereinstimmung mit Artikel 27 (1). Verfügbar unter: https://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/cat.aspx (letzter Zugriff: 24.11.2021).

United Nations. *Guidance Note of the Secretary-General: United Nations Approach to Transitional Justice,* März 2010. Verfügbar unter: https://digitallibrary.un.org/record/682111 (letzter Zugriff: 09.11.2021).

United Nations, Resolution der Generalversammlung, angenommen am 16. Dezember 2005, Anhang, 7–9. Verfügbar unter: https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/basic-principles-and-guidelines-right-remedy-and-reparation (letzter Zugriff: 24.11.2021).

United Nations, Wirtschafts- und Sozialrat, Menschenrechtskommission. *The Administration of Justice and the Human Rights of Detainees*. Revidierter Abschlussbericht von Mr. Joinet aufgrund des Beschlusses 1996/119 der Unterkommission vom 2. Oktober 1997. Verfügbar unter: https://digitallibrary.un.org/record/245520/files/E_CN.4_Sub.2_1997_20_Rev.1-EN.pdf (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 09.11.2021.)

United Nations, Wirtschafts- und Sozialrat, Menschenrechtskommission. *Promotion and Protection of Human Rights*, 8. Februar 2005. Verfügbar unter: https://digitallibrary.un.org/record/541829.

Universidad Alberto Hurtado, Programa de investigación interdisciplinar en memoria y derechos Humanos. *Guía de Archivos de Memoria y Derechos Humanos en Chile* (2017). Verfügbar unter: https://drive.google.com/file/d/0B7drZJJ_NeStOXBwbWNtZlZLd2c/view (letzter Zugriff: 11.04.2022).

UN-Sicherheitsrat, *Resolution 955* (8. November 1994). Verfügbar unter: https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/100916_SC_Res_955.pdf (letzter Zugriff: 24.11.2021).

Valdéz, Patricia. „‚Tiempo Óptimo' para la Memoria." In *La imposibilidad del olvido. Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, hrsg. von Bruno Groppo und Patricia Flier, 63–82. La Plata: Al Margen/Bibliothéque de Documentation Internationale Contemporaine, 2001.

Vandeginste, Stef. „Reparation pour les victimes de genocide, de crimes contre l'humanité et de crimes de guerre au Rwanda." *L'Afrique des Grands Lacs* Annuaire 2000–2001 (2000–2001): 5–20.

Van der Merwe, Hugo. *Assessing the Impact of Transitional Justice: Challenges for Empirical Research.* Washington D. C.: USIPP, 2009.

Van der Merwe, Hugo. „Evaluation of the Health Sector Hearing: Conceptualising Human Rights and Reconciliation." Centre for the Study of Violence and Reconciliation, 2000. Verfügbar unter: http://www.csvr.org.za/docs/trc/evaluation.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Van der Merwe, Hugo. „Prosecutions, Pardons and Amnesty: The Trajectory of Transitional Accountability in South Africa." In *Critical Perspectives in Transitional Justice*, hrsg. von Nicola Palmer, Phil Clark und Danielle Granville, 443–457. Cambridge: Intersentia Cambridge, 2012.

Van der Merwe, Hugo. „What Did the TRC Teach South Africa about Democratic Citizenship?" In *The Limits of Transition: The South African Truth and Reconciliation Commission 20 Years On*, hrsg. von Mia Swart, 169–185. Brill Nijhoff, 2017.

Van der Merwe, Hugo und Guy Lamb. *Transitional Justice and DDR: The Case of South Africa.* International Center for Transitional Justice, 2011. Verfügbar unter: https://www.ictj.org/publication/transitional-justice-and-ddr-case-south-africa-brief.

Van der Merwe, Hugo und Kathleen Sensabaugh. „Truth, Redress and Reconciliation: Evaluating Transitional Justice from Below." In *Rethinking Reconciliation: Evidene from South Africa*, hrsg. von Kate Lefko-Everett, Rajen Govender und Donald Foster, 25–44. Cape Town: HSRC Press, 2016.

Van Dyke, Jon. „The Fundamental Human Right to Prosecution and Compensation." *Denver Journal of international Law and Policy* 29 (2000–2001): 77–100.

Vargas Cárdenas, Andrea. *Referéndum y plebiscito en Uruguay: Mecanismos de aplicación de la consulta popular y ejercicio en casos destacados.* Santiago and Valparaíso: Biblioteca del Congreso Nacional de Chile, Asesoría Técnica Parlamentaria: 2020. Verfügbar unter: https://obtienearchivo.bcn.cl/obtienearchivo?id=repositorio/10221/28313/1/Referendum__plebiscito_y_consulta_popular_en_Uruguay_Rev_BH.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Vázquez Bevilacqua, Mauricio. „A diez años de la creación del Sistema Nacional de Archivos en Uruguay: Análisis de la Ley 18220." *Revista de la Facultad de Derecho* 44 (2018): 1–32. Verfügbar unter: http://dx.doi.org/10.22187/rfd2018n44a6 (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Vázquez, Inés et al. *Luchar Siempre: Las Marchas de la Resistencia 1981–2003.* Buenos Aires: Editorial de Las Madres, 2004.

Vegh Weis, Valeria. „The Relevance of Victims' Organizations in the Transitional Justice Process: The Case of the Grandmothers of Plaza de Mayo in Argentina." *Intercultural Human Rights Law Review* 12 (2017): 1–70. Verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/314472205_The_Relevance_of_Vic-

tim's_Organizations_in_Transitional_Justice_Processes_The_Case_of_'Abuelas_De_Plaza_De_Mayo'_in_Argentina per cent20Vegh per cent20Weis.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Verbitsky, Horacio. *El Vuelo.* Buenos Aires: Planeta, 1995.

Vestal, Theodore M. *Ethiopia: A Post-Cold War African State.* Westport: Preager Publishers, 1999. Vickers, Miranda. *The Albanians: A Modern History.* New York: I. B. Taurus, 2001.

Vidal, Claudine. „Les commémorations du génocide au Rwanda." *Temps Modernes* 56(613) (2001): 1–46.

Viebach, Julia. „Aletheia and the Making of the World: Inner and Outer Dimensions of Memorials in Rwanda." In *Memorials in Times of Transition*, hrsg. von Susanne Buckley-Zistel und Stefanie Schaefer, 69–94. Antwerpen: Intersentia, 2014.

Viebach, Julia. „Mediating ‚absence-presence' at Rwanda's genocide memorials: of care-taking, memory and proximity to the dead." *Critical African Studies* 12(2) (2020): 237–269.

Viebach, Julia. „Of other times: Temporality, memory and trauma in post-genocide Rwanda." *International Review of Victimology* 25(3) (2019): 277–301.

Viebach, Julia. „Principle 3: The duty to preserve memory." In *The United Nations Principles to Combat Impunity: A Commentary*, hrsg. von Frank Haldemann und Thomas Unger, 71–78. Oxford: Oxford University Press, 2018.

Vital Brasil et al. „Reparación simbólica en América Latina como Política de Estado: La experiencia de asistencia a víctimas en Brasil y la Argentina." *Territorios Clínicos de la Memoria* (2019). Verfügbar unter: https://tecmered.com/reparacion-simbolica-en-america-latina-como-politica-de-estado/ (letzter Zugriff: 11.04.2022).

Vitalis, Natalia. *Educación Secundaria, censura cultural y dictadura: La expulsión de los enemigos: docentes y textos* (Avances de Investigación). Montevideo: Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación, Universidad de la República, 2011.

Vorpsi, Ornela. *Das ewige Leben der Albaner*. Wien: Paul Zsolnay Verlag 2007.

Vorpsi, Ornela. *Il paese dove non si muore mai*. Zürich: Scalo, 2004.

Vuuren, Hennie van. *Apartheid Guns and Money: A Tale of Profit.* London: Hurst, 2018.

Waal, Mandy de. „Jacques Pauw on Vlakplaas' Apartheid Assassin, Dirk Coetzee." *Daily Maverick*, 8. März 2013. Verfügbar unter: https://www.dailymaverick.co.za/article/2013-03-08-jacques-pauw-on-vlakplaas-apartheid-assassin-dirk-coetzee/.

Wahyuningroem, Sri Lestari. „Towards Post-Transitional Justice: The Failures of Transitional Justice and the Roles of Civil Society in Indonesia." *Journal of Southeast Asian Human Rights* 3(1) (2019): 124–154. Verfügbar unter: https://doi.org/10.19184/jseahr.v3i1.11497.

Waldorf, Lars. „Revisiting Hotel Rwanda: genocide ideology, reconciliation, and rescuers." *Journal of Genocide Research* 11(1) (2009): 101–125.

Warner, Rachel. „The Workers' Party of Ethiopia." *A Report Prepared by the Federal Research Division of the Library of Congress under an Interagency Agreement.* (Washington DC, 12 October 1984): 1–17. Verfügar unter: https://apps.dtic.mil/sti/pdfs/ADA303418.pdf (letzter Zugriff: 07.06.2022)

Waschik, Klaus. „Wo ist Trotzki? Sowjetische Bildpolitik als Erinnerungskontrolle in den 1930er Jahren." In *Das Jahrhundert der Bilder. Band 1: 1900 bis 1949*, hrsg. von Gerhard Paul, 252–259. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2009.

Weber, Max. „Die ‚Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis." *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 19 (1904): 22–87.

Weinrich, Harald. *Lethe: Kunst und Kritik des Vergessens.* München: C. H. Beck, 1997.

Weinstein, Martin. *Uruguay: Democracy on the Crossroads.* Boulder und London: Westview, 1988.

Weismantel, Jan. *Das „Recht auf Vergessenwerden" im Internet nach dem „Google-Urteil" des EuGH. Begleitung eines offenen Prozesses.* Berlin: Duncker & Humblot, 2017. *Policing and Society* 4(2) (1994): 99–117. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1080/10439463.1994.9964687 (last accessed: 14.07.2021).

Werle, Gerhard und Moritz Vormbaum. *Transitional Justice: Vergangenheitsbewältigung durch Recht.* Berlin: Springer VS, 2018.

Welp, Yanina und Nadja Braun Binder. „Initiativen und Referenden in Lateinamerika.“ In *Jahrbuch für direkte Demokratie 2017*, hrsg. von Nadja Braun Binder et al. Baden-Baden: Nomos, 2017, 60–85.

Weschler, Lawrence. *A Miracle, a Universe: Settling Accounts with Torturers.* New York: Penguin, 1990.

Weschler, Lawrence. „Introduction.“ In *Uruguay Nunca Más. Human Rights Violations, 1972–1985*, Servicio Paz y Justicia, Uruguay, übersetzt von Elizabeth Hampsten, xv–xxix. Philadelphia: Temple University Press, 1992.

Wibabara, Charity. *Gacaca Courts versus the International Criminal Tribunal for Rwanda and National Courts.* Baden-Baden: Nomos, 2014.

Wiebel, Jacob. „The State of Scholarship on the Ethiopian Red Terror.“ In *Documenting the Red Terror: Bearing Witness to Ethiopia's Lost Generations,* ERTDRC, 89–96. Ottawa: ERTDRC North America Inc, 2012.

Wiebelhaus-Brahm, Eric. *Truth Commissions and Transitional Societies: The Impact on Human Rights and Democracy.* London und New York: Routledge, 2010.

Wijkman, Anders. „European Parliament Delegation to Observe Federal and Regional Parliamentary Elections in Ethiopia: A Report, 12.–17. Mai 2005.“ (Juni 2005), Annex C, 1. Verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/intcoop/election_observation/missions/2004-2009/20051505_ethiopia.pdf (letzter Zugriff: 20.03.2020).

Wikinski, Mariana. „Testimonio y experiencia traumática: la declaración ante la justicia.“ In *Experiencias en salud mental y derechos humanos. Aportes desde la política pública*, hrsg. von Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación. Secretaría de Derechos Humanos, 134–141. Buenos Aires: Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación. Secretaría de Derechos Humanos, 2015.

Williams, Paul. *Memorial Museums: The Global Rush to Commemorate Atrocities.* Oxford: Berg, 2007.

Wolfrum, Edgar. „Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg: Berichte zur Geschichte der Erinnerung.“ In *Verbrechen erinnern: Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, hrsg. von Volkhard Knigge und Norbert Frei, 133–149. München: C. H. Beck, 2002.

Wogederes, Fikreselaise. *EgnanaAbiyotu?* Los Angeles: Tsehai Publishers, 2014.

Wolde Giorgis, Dawit. *Red Tears: War, Famine and Revolution in Ethiopia.* Trenton: The Red Sea Press, 1989.

World Bank. „The World Bank in South Africa: Overview.“ Text/HTML, 2019. Verfügbar unter: https://www.worldbank.org/en/country/southafrica/overview (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Xhemalaj, Fatmiroshe. „Kurrikula e histories dhe ndryshimet e saj në Shqipëri 1990–2020.“ In *Reflektimi i periudhës komuniste në kurrikulën e historisë.* Tiranë: IDMC, 2020.

Young, James. *The Texture of Memory: Holocaust Memorials and Meaning.* New Haven: Yale University Press, 1993.

Žagar, Mitja. „Rethinking Reconciliation: The Lessons from the Balkans and South Africa.“ *Peace and Conflict Studies* 17(1) (2010): 144–175.

Zanatta, Loris. *La larga agonía de la Nación Católica: Iglesia y dictadura en la Argentina.* Buenos Aires: Sudamericana, 2015.

Zehnder, Bruno. *Immunität von Staatsoberhäuptern und der Schutz elementarer Menschenrechte – der Fall Pinochet.* Berlin: Nomos, 2003.

Zewde, Bahru. „The history of the Red Terror: Contexts and Consequences.“ In *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged*, hrsg. von Kjetil Tronvoll et al. Martlesham: James Currey, 2009.

Zewde, Bahru. *A History of Modern Ethiopia: 1855–1991.* Oxford: James Currey Ltd, ^{2}2001. Zewde, Bahru. *The Quest for Socialist Utopia: the Ethiopian Student Movement c.1960–1974.* Addis Ababa: Addis Ababa University Press, 2014.

Zorbas, Eugenia. „What does reconciliation after genocide mean? Public transcripts and hidden transcripts in post-genocide Rwanda.“ *Journal of Genocide Research* 11(1) (2009): 127–147.